

Die folgenden Unterlagen (Leistungsbeschreibung, Vertragsbedingungen, Objektlisten etc.) dienen lediglich einer ersten Information über den Leistungsinhalt des Vergabeverfahrens. Die abschließenden und einzureichenden Unterlagen werden nach Beendigung des Teilnahmewettbewerbs zur Verfügung gestellt.

Information „elektronische Angebotsabgabe“

Im vorliegenden Verfahren sind ausschließlich elektronische Angebote zugelassen. Eine Angebotsabgabe in schriftlicher Textform (postalische oder persönliche Einreichung) ist nicht möglich!

Wir bitten möglichst nur eine Datei hochzuladen und auf das Beifügen von Werbung zu verzichten. Sofern mehrere Dateien erforderlich sind, bitten wir diese vorangestellt zu nummerieren. Bitte berücksichtigen Sie die erforderlichen Upload Zeiten.

Die elektronische Vergabe und Kommunikation wird ausschließlich über den Vergabemarktplatz Metropole Ruhr abgewickelt. Das bedeutet, dass alle Anforderungen/Nachforderungen seitens der Vergabestelle dann auch über den Vergabemarktplatz Metropole Ruhr über den Bereich „Kommunikation“ erfolgen. So wird gewährleistet, dass das gesamte Vergabeverfahren elektronisch abgewickelt wird. Daher bitten wir Sie sensibilisiert auf eingehende E-Mails vom Vergabemarktplatz zu achten und entsprechende Nachrichten abzurufen.

Bei elektronischer Vergabe findet **keine öffentliche Submission** (Eröffnung der Angebote) statt. Das heißt, dass keine Bieter zur Teilnahme an der Submission zugelassen werden.

Wir weisen darauf hin, dass Ihr Angebot vom weiteren Verfahren auszuschließen ist, wenn dieses nicht wie oben beschrieben elektronisch eingereicht wird!

Folgende Online-Hilfen stehen als Support für Unternehmen zur Verfügung:

<https://support.cosinex.de/unternehmen/>

➔ Anleitung für Unternehmen

<https://support.cosinex.de/unternehmen/pages/viewpage.action?pageId=28115008>

➔ Bietertool

<https://support.cosinex.de/unternehmen/display/company/Bietertool>

Tipps zur Abgabe elektronischer Angebote:

<https://support.cosinex.de/unternehmen/display/company/Tipps+zur+elektronischen+Angebotsabgabe>

Kontakt eMail:

support@cosinex.de



Az.: 19/2, Vergabe-Nr.: L229/26
Sachbearbeiter/In: Frau Baltz
Gebäude: Viktoriastraße 15
Zimmer: 431
Tel.: 0231/50-26424
E-Mail: abaltz@stadtdo.de

Vergabeart:

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Offenes Verfahren | <input checked="" type="checkbox"/> Teilnahmewettbewerb |
| <input type="checkbox"/> Nichtoffenes Verfahren | <input type="checkbox"/> Innovationspartnerschaft |
| <input checked="" type="checkbox"/> Verhandlungsverfahren | |
| <input type="checkbox"/> Wettbewerblicher Dialog | |

Einzureichen bis (Angebotsfrist)

Datum: **XX.XX.XXXX**

Uhrzeit: **20:00**

Bindefrist endet am: **YY.YY.YYYY**

Aufforderung zur Abgabe eines Angebots

Software Lichtsignalanlagensteuerungen

Anlagen

A) die beim Bieter verbleiben und im Vergabeverfahren zu beachten sind:

- | | |
|-------------------------------------|---|
| <input checked="" type="checkbox"/> | Information „elektronische Angebotsabgabe“ |
| <input checked="" type="checkbox"/> | A 1 - Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes EU ("Dieses Anschreiben") |
| <input checked="" type="checkbox"/> | A 3 - Teilnahmebedingungen |

B) Vertragsbestandteile, die nicht einzureichen sind

- | | |
|-------------------------------------|---|
| <input checked="" type="checkbox"/> | Allgemeine Vertragsbedingungen der Stadt Dortmund |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Anlage 7 – digitaler Rechnungseingang |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Anlage 8 - Besondere Vertragsbedingungen zur Einhaltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Anlage 2 - Lastenheft |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Anlage 4 - Schulungskonzept |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Anlage 5 - Teleservicevereinbarung |
| <input checked="" type="checkbox"/> | EVB IT Systemlieferungsvertrag |
| <input checked="" type="checkbox"/> | EVB IT Systemlieferungs-AGB |

C) Vertragsbestandteile, die immer 1-fach einzureichen sind

- | | |
|-------------------------------------|--|
| <input checked="" type="checkbox"/> | B 1 - Angebotsschreiben EU |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Anlage 1 - Leistungsbeschreibung |
| <input checked="" type="checkbox"/> | B2 - Vertragsbedingungen und Verpflichtungserklärung Frauen- und Familienförderung |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Anlage 3 - Bewertungsmatrix |
| <input checked="" type="checkbox"/> | B5 - Eigenerklärung zur Einhaltung der Vorgaben des Artikel 5k der Verordnung (EU) |

Sie können mit uns sprechen:

Sie erreichen uns : Im Internet unter:

Unsere Bankverbindung:

montags bis mittwochs 8.00 -12.00 / 13.00 - 15.30 Uhr, donnerstags bis 17.00 Uhr

freitags 8.00 - 12.00 Uhr und nach Vereinbarung

mit allen Stadtbahnlinien Haltestelle Hauptbahnhof oder Kampstraße und mit der S - Bahn Bhf. Hauptbahnhof
www.dortmund.de * Unverschlüsselte E-Mail kann auf allen Internetstrecken unbefugt mitgelesen und verändert werden.

Sparkasse Dortmund (BLZ 440 501 99) Konto Nr. 001 124 447

1. Es ist beabsichtigt, die in beiliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen gemäß den Verfahrensbestimmungen der VgV i.V.m. dem GWB sowie den hierzu bekannt gemachten Bedingungen im Namen und auf Rechnung der Stadt Dortmund zu vergeben. Wird in der Bekanntmachung auf die Vergabeunterlagen verwiesen, so gelten zusätzlich die Bedingungen in den Vergabeunterlagen.

2. Vorlage von Nachweisen

Der Auftraggeber wird bei Aufträgen ab einer Auftragssumme von 30.000,00 € für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, den Nachunternehmer und den Verleiher von Arbeitskräften zur Bestätigung der Erklärung (Angebotsschreiben Nr. 2) einen Auszug aus dem Wettbewerbsregister beim Bundeskartellamt anfordern.

2.1 Zum Nachweis der Eignung sind vorzulegen:

- ☒ mit dem Angebot ☐ auf Verlangen der Vergabestelle

folgende Unterlagen zum Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung gem. § 44 VgV:

- ☒ Erklärung über die Eintragung in das Berufsregister, z.B. Handwerkskammer, Industrie- und Handelskammer am Sitz des Unternehmens oder gleichwertiger Nachweis zur erlaubten Berufsausübung

folgende Unterlagen zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit gem. § 45 VgV:

- ☒ Erklärung, über den Gesamtumsatz des Unternehmens, sowie den Umsatz in dem Tätigkeitsbereich des Auftrages, jeweils bezogen auf die letzten drei Geschäftsjahre.

- ☒ Steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung des zuständigen Finanzamtes über abgeführte Steuern (nicht älter als 6 Monate)

- ☐ Weitere Unterlagen:

Gemäß § 45 Abs. 5 VgV können die Nachweise, sofern die geforderten Unterlagen aus berechtigtem Grund nicht beigebracht werden können, auch durch andere vom Auftraggeber als geeignet angesehene Unterlagen, erbracht werden.

folgende Unterlagen zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit gem. § 46 VgV:

- ☒ Mindestens drei Referenzen aus den letzten fünf Jahren über den produktiven Einsatz der ausgeschriebenen Software (Einführung eines neuen Ingenieurarbeitsplatzes zur Planung von Steuerungen für Lichtsignalanlagen) mit Angabe des Werts, des Liefer- beziehungsweise Erbringungszeitpunkts sowie des öffentlichen oder privaten Empfängers. Aus den Referenzen muss hervorgehen, dass die jeweilige Software seit mindestens einem Jahr im regulären Betrieb ist.

- ☒ Erklärung, aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Unternehmens und die Zahl seiner Führungskräfte in den letzten drei Jahren ersichtlich ist

- ☐ Weitere Unterlagen:

Werden abschließend keine ausreichenden Eignungsnachweise vom Bieter/von der Bietergemeinschaft eingereicht, kann er/sie vom Wettbewerb ausgeschlossen werden. Als Nachweis sind im Regelfall Eigenerklärungen ausreichend.

Bei der Beauftragung von Subunternehmen oder der sonstigen Einschaltung Dritter können Sie sich zum Nachweis Ihrer Leistungsfähigkeit und Fachkunde auch dieser Unternehmen bedienen. In diesem Fall können die entsprechenden Angaben dieser Unternehmen einbezogen werden, falls durch zusätzliche Vorlage einer Verpflichtungserklärung oder in sonstiger Weise nachgewiesen wird, dass Sie im Auftragsfall über die entsprechenden Mittel verfügen. Im Falle einer derartigen Eignungslleihe wird gemäß § 47 Abs. 3 VgV eine gemeinsame Haftung des Bieters und des anderen Unternehmens für die Auftragsausführung entsprechend des Umfangs der Eignungslleihe verlangt.

2.2 Folgende sonstige Unterlagen/Angaben sind vorzulegen:

- ☐ mit dem Angebot ☐ auf Verlangen der Vergabestelle

<input type="checkbox"/>	Produktdatenblätter
<input type="checkbox"/>	Umweltzertifikate
<input type="checkbox"/>	Siehe Anlage
<input type="checkbox"/>	

- 2.3 **Präqualifizierte Unternehmen** können anstelle der Nachweise nach 3.2 im Angebotsschreiben auch eine kostenfreie Datenbank, insbesondere ein Präqualifikationssystem, und die entsprechende Nummer der Eintragung angeben, unter der der öffentliche Auftraggeber die Unterlagen erhalten kann (z.B. „amtliches-verzeichnis.ihk.de“).

3. Losweise Vergabe:

- ☒ nein
☐ ja, Angebote sind möglich
☐ nur für ein Los,
☐ für ein oder mehrere Lose
☐ positionsweise Vergabe als Einzellöse

Die Gesamtvergabe wird sich vorbehalten.

4. Nebenangebote

- ☒ Nebenangebote sind nicht zugelassen.

☐ Nebenangebote sind zugelassen. Es gelten die Anforderungen aus den Teilnahmebedingungen.

5. Angebotswertung

5.1 Zuschlagskriterien bei Haupt- und Nebenangeboten:
Das wirtschaftlich günstigste Angebot bezüglich:

☒ Kriterien:

☒ 1 ____ 40 % Angebotspreis _____, 2 ____ 60 % Qualitätskriterien

☐ Gewichtung kann nicht angegeben werden, Kriterien sind in Reihenfolge ihrer Bedeutung aufgelistet

☒ siehe beiliegendes Formblatt Zuschlagskriterien oder Formblatt Angebotsprüfung und Wertung

☐ Kriterium: Preis, Gewichtung 100 v.H.

5.2 Abwicklung von Ausschreibungen oder Vergaben mit Teilnahmewettbewerb bzw. Verhandlungsrunden
Die Abwicklung in verschiedenen, aufeinander folgenden Phasen zur Begrenzung der Zahl der Angebote

☒ ist beabsichtigt.

☐ ist nicht beabsichtigt.

6. Zugelassene Angebotsabgabe

Angebote können abgegeben werden

☒ Elektronisch über die Vergabepattform unter www.vergabe.nrw.de

☒ in Textform

☒ mit fortgeschrittener/m Signatur/Siegel

☒ mit qualifizierter/m Signatur/Siegel

☐ per Fax unter **0231/50-10219**

☐ Schriftlich

Falls Sie nicht die Absicht haben, ein Angebot abzugeben, werden Sie gebeten, die Vergabestelle baldmöglichst davon zu unterrichten (entfällt bei offenen Verfahren und öffentlichen Ausschreibungen). Ein Nachteil entsteht Ihnen dadurch nicht.

Bei elektronischer Angebotsübermittlung in Textform ist der Bieter und die natürliche Person, die die Erklärung abgibt, zu benennen; falls vorgegeben, ist das Angebot mit der geforderten Signatur/dem geforderten Siegel zu versehen. Das Angebot ist zusammen mit den Anlagen bis zum Ablauf der Angebotsfrist über die Vergabepattform der Vergabestelle zu übermitteln.

Bei schriftlicher Angebotsabgabe ist das beigelegte Angebotsschreiben zu unterzeichnen und zusammen mit den ausgefüllten und gegebenenfalls an entsprechender Stelle unterzeichneten Anlagen in verschlossenem Umschlag bis zum Ablauf der Angebotsfrist an folgende Anschrift zu senden oder dort abzugeben:

Stadt Dortmund
Vergabe- und Beschaffungszentrum
Viktoriastr. 15
Zimmer 211 (Submissionsstelle)
44135 Dortmund

Der Umschlag ist außen mit dem beigelegten Kennzettel zu versehen. Bei erlaubtem Fax-Angebot ist der Kennzettel das Fax-Deckblatt.

Etwaige Änderungen bzw. Berichtigungen oder Rücknahmen des Angebots, sind bis zum Ende der Angebotsfrist in entsprechender Form wie das Angebot einzureichen. Danach sind Sie bis zum Ablauf der genannten Bindefrist an Ihr Angebot gebunden.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Baltz
Stadtoberinspektorin

(Dieses Schreiben wurde per EDV erstellt und ist daher ohne Unterschrift gültig)

BEWERBUNGSBEDINGUNGEN

für die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen

Einheitliche Fassung

Das Vergabeverfahren erfolgt nach der „Vergabeverordnung“ (VgV) i.V.m. dem „Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen“ (GWB)

Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bewerbers Unklarheiten, so hat er unverzüglich den Auftraggeber vor Angebotsabgabe in Textform darauf hinzuweisen.

Bieterfragen werden nur bis eine Woche vor Ablauf der Angebotsfrist beantwortet.

Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung der Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art der Bieter wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

1. Anforderungen an die Angebote gem. § 53 VgV

- 1.1 Das Angebot ist in all seinen Bestandteilen in deutscher Sprache abzufassen.
- 1.2 Für das Angebot sind die vom Auftraggeber übersandten Vordrucke zu verwenden. Das Angebot ist bis zu dem von der Vergabestelle angegebenen Ablauf der Angebotsfrist einzureichen. Ein nicht form- oder fristgerecht eingereichtes Angebot wird ausgeschlossen.
- 1.3 Unterlagen, die von der Vergabestelle nach Angebotsabgabe verlangt werden, sind zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt einzureichen.

Der öffentliche Auftraggeber kann den Bewerber oder Bieter unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung auffordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren, oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen.

Hiervon ausgenommen ist der Fall, dass der öffentliche Auftraggeber, in der Auftragsbekanntmachung oder den Vergabeunterlagen festlegt, dass er keine Unterlagen nachfordern wird. Die Unterlagen sind vom Bewerber oder Bieter nach Aufforderung durch den öffentlichen Auftraggeber innerhalb einer von diesem festzulegenden angemessenen, nach dem Kalender bestimmten Frist vorzulegen (§ 56 Abs. 2-4 VgV).
- 1.4 Bieter können für die Angebotsabgabe eine selbstgefertigte Abschrift oder Kurzfassung des Leistungsverzeichnisses benutzen, wenn sie den vom Auftraggeber verfassten Wortlaut des Leistungsverzeichnisses im Angebot als allein verbindlich anerkennen; Kurzfassungen müssen jedoch die Positionen und Lose vollzählig, in der gleichen Reihenfolge und mit den gleichen Nummern wie in dem vom Auftraggeber verfassten Leistungsverzeichnis, wiedergeben.

Sofern die Vorgaben an selbstgefertigte Kurzfassungen nicht beachtet werden, kann das Angebot wegen widersprüchlichen/uneindeutigen Angaben ausgeschlossen werden.
- 1.5 Änderungen an den Vertragsunterlagen sind unzulässig. Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. (§ 53 Abs. 7 VgV)
- 1.6 Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein.
- 1.7 Ein Bieter, der in seinem Angebot die von ihm tatsächlich für einzelne Leistungspositionen geforderten Einheitspreise auf verschiedene Einheitspreise anderer Leistungspositionen verteilt, benennt nicht die von ihm geforderten Preise im Sinne von § 53 Abs. 7 VgV.. Deshalb werden Angebote, bei denen der Bieter die Einheitspreise einzelner Leistungspositionen in „Mischkalkulationen“ auf andere Leistungspositionen umlegt, von der Wertung ausgeschlossen (§ 57 Abs. 1 Nr. 5 VgV)..
- 1.7 Das Angebot muss die geforderten Preise enthalten (§ 53 Abs. 7 VgV). Unvollständige Angebote werden unter Beachtung der Vorgaben des § 57 Abs. 1 Nr. 5 i.V.m. § 56 Abs. 3 VgV ausgeschlossen. Aufgrund des Verhandlungsverbots wird für den Fall, dass die Voraussetzungen des § 57 Abs.

1 Nr. 5 2. HS, bzw. § 56 Abs. 3 Satz 2 VgV erfüllt sind, der Zuschlag auf das abgegebene Angebot erteilt. Dies bedeutet, dass die fehlende Position mit Null Euro beauftragt wird.

- 1.8 Alle Preise sind in Euro anzugeben. Werden Preise mit mehr als zwei Nachkommastellen angegeben, so wird der eingetragene Einheitspreis im Rahmen der rechnerischen Prüfung mit der angegebenen Gesamtmenge multipliziert. Der so errechnete Gesamtpreis wird dann auf volle Centbeträge, d.h. auf zwei Nachkommastellen, abgerundet.

Bsp: EP: 0,07365 Euro Menge: 300 Stück → GP: 22,095 → Wertungspreis: 22,09 Euro.

Im Auftragsfall wird der Angebotspreis in Abhängigkeit der angebotenen Gebindegröße bzw. Verpackungseinheit ebenfalls auf volle Centbeträge abgerundet vereinbart.

Bsp: wie oben, Verpackungseinheit 100 Stück → GP: 7,365 Euro → beauftragter Preis 7,36 Euro.

- 1.9 Entspricht der Gesamtbetrag einer Position nicht dem Ergebnis der Multiplikation von Mengenan-
satz und Einheitspreis, so ist der Einheitspreis maßgebend.

Die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze usw.) sind, sofern im Leistungsver-
zeichnis nichts anderes geregelt wird, ohne Umsatzsteuer anzugeben.

Auf die rechnerisch geprüfte Nettogesamtsumme wird zur rechnerisch geprüften Bruttopreisermit-
tlung für die Mehrwertsteuer der jeweils gültige Regelsatz von z.Z. 19 % aufgeschlagen. Sofern für
die Leistung bzw. für ihr Unternehmen ein reduzierter/abweichender Mehrwertsteuersatz gilt, so ist
dieser mit Abgabe des Angebotes zu benennen. Ferner ist eine kurze Begründung, warum zulässig-
erweise eine reduzierte Mehrwertsteuer angeboten werden darf, beizufügen. Im Rahmen der Wer-
tung wird dann, sofern aus dem Angebot eindeutig erkennbar wird, dass ein reduzierter, gültiger
Mehrwertsteuersatz eingetragen wurde und die entsprechende Begründung vorliegt, der reduzierte
Mehrwertsteuersatz berücksichtigt.

Gewertet wird der Bruttobetrag. Im Auftragsfall gelten die Bruttopreise als vereinbart.

- 1.10 Bei Preisgleichheit zweier Bieter entscheidet das Los. Die Auslosung wird von mindestens zwei
Vertretern einer neutralen Stelle des Auftraggebers gemeinsam durchgeführt und dokumentiert. Bie-
ter sind nicht zugelassen.

- 1.11 Soweit Preisnachlässe ohne Bedingungen gewährt werden, sind diese an einer vom Auftraggeber in
den Vergabeunterlagen bezeichneten Stelle aufzuführen.

Es werden nur Preisnachlässe gewertet, die

- ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden und
- an der im Angebotsschreiben oder Leistungsverzeichnis verzeichneten Stelle aufgeführt sind.

Kaufmännische Nebenangebote sind von dieser Regelung ausgeschlossen.

In einem Nebenangebot angebotene Preisnachlässe dürfen nicht unter einer Bedingung stehen, die
der Bieter beeinflussen kann.

Nicht zu wertende Preisnachlässe (z. B. Skonto) bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall
der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

Im Angebotsschreiben ist der Endbetrag/ die Gesamtsumme des Angebotes ohne Nachlass einzu-
tragen. Sofern im Rahmen der rechnerischen Prüfung ein abweichender Betrag ermittelt worden ist,
gelten die im Leistungsverzeichnis eingetragenen Einheitspreise. Der eingetragene Endbetrag wird
entsprechend korrigiert. Der im Angebotsschreiben eingetragene Nachlass wird dann vom korrigier-
ten, rechnerisch geprüften Endbetrag abgezogen.

- 1.12 Enthält die Leistungsbeschreibung bei einer Teilleistung eine Produktangabe mit Zusatz „oder
gleichwertig“ und wird vom Bieter dazu eine Produktangabe in der jeweiligen Position oder in Form
einer den Vergabeunterlagen beiliegenden zusammenfassenden tabellarischen Aufstellung aller
Produktangaben verlangt, ist das Fabrikat (insbesondere Herstellerangabe **und** genaue Typenbe-
zeichnung) auch dann anzugeben, wenn der Bieter das vorgegebene Fabrikat anbieten will. Dies gilt
nicht, wenn er im Angebotsschreiben erklärt, dass er das in der Leistungsbeschreibung benannte
Produkt anbietet. Enthält das Angebot weder die geforderte Produktangabe noch die Erklärung, ist
das Angebot unvollständig.

- 1.13 Werden in der Leistungsbeschreibung die Merkmale des Auftragsgegenstandes durch technische
Normen oder ähnliches (vgl. § 31 VgV) beschrieben, dann werden auch gleichwertige Nachweise
akzeptiert. Die Gleichwertigkeit ist mit dem Angebot nachzuweisen.

2. Nebenangebote

- 2.1 Die Angebote müssen die geforderten Erklärungen und Nachweise enthalten. Unvollständige Angebote werden unter Beachtung der Vorgaben des § 57 Abs. 1 Nr. 2 VgV ausgeschlossen. Nebenangebote müssen als solche gekennzeichnet sein (vgl. § 53 Abs. 7 VgV).
- Ausführungsvarianten sind eindeutig und erschöpfend zu beschreiben und müssen alle Leistungen umfassen, die zu einer einwandfreien Ausführung der Leistung erforderlich sind. Bei nicht in den Vergabeunterlagen geregelten Leistungen sind im Angebot entsprechende Angaben über Ausführung und Beschaffenheit dieser Leistungen zu machen.
- 2.2 Sind an Nebenangebote Mindestanforderungen gestellt, müssen diese erfüllt werden; andernfalls müssen sie im Vergleich zur Leistungsbeschreibung qualitativ und quantitativ gleichwertig sein. Die Erfüllung der Mindestanforderungen bzw. die Gleichwertigkeit ist mit Angebotsabgabe nachzuweisen. Nebenangebote müssen mindestens dem Stand und den Regeln der Technik entsprechen sowie das gewollte Ziel des AG unter Einhaltung der Vorgaben, Rand- und Angebotsbedingungen erreichen. Darüber hinaus sind die Rahmenbedingungen der Ausschreibung beizubehalten.
- 2.3 Der Bieter hat die in Nebenangeboten enthaltenen Leistungen eindeutig und erschöpfend zu beschreiben; die Gliederung des Leistungsverzeichnisses ist, soweit möglich, beizubehalten.
- Nebenangebote müssen alle Leistungen umfassen, die zu einer einwandfreien Ausführung der Leistung erforderlich sind.
- Soweit der Bieter eine Leistung anbietet, deren Ausführung nicht in den Vergabeunterlagen geregelt ist, hat er im Angebot entsprechende Angaben über Ausführung und Beschaffenheit dieser Leistung zu machen.
- 2.4 Nebenangebote sind, soweit sie Teilleistungen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses beeinflussen (ändern, ersetzen, entfallen lassen, zusätzlich erfordern), nach Mengenansätzen und Einzelpreisen aufzugliedern (auch bei Vergütung durch Pauschalsumme).
- 2.5 Nebenangebote, die den Nummern 2.1 bis 2.4 nicht entsprechen, werden von der Wertung ausgeschlossen.

3. Bietergemeinschaften

- 3.1 Bewerber- oder Bietergemeinschaften haben in der Interessensbestätigung, im Teilhabeantrag oder im Angebot jeweils die Mitglieder sowie eines ihrer Mitglieder als bevollmächtigten Vertreter für den Abschluss und die Durchführung des Vertrags zu benennen. Fehlt eine dieser Angaben, so ist sie vor der Zuschlagserteilung beizubringen. (§ 53 Abs. 9 VgV)
- 3.2 Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben,
- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
 - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
 - dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
 - dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.
- Auf Verlangen der Vergabestelle ist eine von allen Mitgliedern unterzeichnete bzw. fortgeschritten der qualifiziert signierte/mit Siegel versehene Erklärung abzugeben
- 3.3 Sofern nicht öffentlich ausgeschrieben wird, werden Angebote von Bietergemeinschaften, die sich erst nach der Aufforderung zur Angebotsabgabe aus aufgeforderten Unternehmern gebildet haben, nicht zugelassen.

4. Nachweisführung durch Bescheinigungen von Konformitätsbewertungsstellen gemäß § 33 VgV

Als Beleg dafür, dass eine Liefer- oder Dienstleistung bestimmten, in der Leistungsbeschreibung geforderten Merkmalen entspricht, kann die Vorlage von Bescheinigungen, insbesondere Testberichten oder Zertifizierungen, einer Konformitätsbewertungsstelle verlangt werden. Wird die Vorlage einer Bescheinigung einer bestimmten Konformitätsbewertungsstelle verlangt, so werden auch Bescheinigungen gleichwertiger anderer Konformitätsbewertungsstellen akzeptiert (vgl. § 33 Abs. 1 VgV).

Der öffentliche Auftraggeber akzeptiert auch andere als die genannten geeigneten Unterlagen, insbesondere ein technisches Dossier des Herstellers, wenn das Unternehmen keinen Zugang zu den genannten Bescheinigungen oder keine Möglichkeit hatte, diese innerhalb der einschlägigen Fristen einzuholen, sofern das Unternehmen den fehlenden Zugang nicht zu vertreten hat. In diesen Fällen hat das Unternehmen durch die vorgelegten Unterlagen zu belegen, dass die von ihm zu erbringende Leistung die angegebenen Anforderungen erfüllt (vgl. § 33 Abs. 2 VgV).

5. Nachweisführung durch Gütezeichen gemäß § 34 VgV

Wird als Beleg dafür, dass eine Liefer- oder Dienstleistung bestimmten, in der Leistungsbeschreibung geforderten Merkmalen entspricht die Vorlage von Gütezeichen nach Maßgabe der Absätze 2 bis 5 VgV verlangt, werden auch andere Gütezeichen akzeptiert, die gleichwertige Anforderungen an die Leistung stellen. Die Gleichwertigkeit ist vom Unternehmen mit dem Angebot nachzuweisen.

Hatte ein Unternehmen aus Gründen, die ihm nicht zugerechnet werden können, nachweislich keine Möglichkeit, das vom öffentlichen Auftraggeber angegebene oder ein gleichwertiges Gütezeichen innerhalb einer einschlägigen Frist zu erlangen, so akzeptiert der öffentliche Auftraggeber andere geeignete Belege akzeptieren, sofern das Unternehmen nachweist, dass die von ihm zu erbringende Leistung die Anforderungen des geforderten Gütezeichens oder die vom öffentlichen Auftraggeber angegebenen spezifischen Anforderungen erfüllt.

6. Unteraufträge gemäß § 36 VgV

Bei Angebotsabgabe benennen die Unternehmen die Teile des Auftrags, die sie im Wege der Unterauftragsvergabe an Dritte zu vergeben beabsichtigen, sowie, falls bereits bekannt, die vorgesehenen Unterauftragnehmer. Vor Zuschlagserteilung kann der öffentliche Auftraggeber von den Bietern, deren Angebote in die engere Wahl kommen, verlangen, die Unterauftragnehmer zu benennen und nachzuweisen, dass ihnen die erforderlichen Mittel dieser Unterauftragnehmer zur Verfügung stehen.

Bei der Vergabe von Dienstleistungsaufträgen, die in einer Einrichtung des öffentlichen Auftraggebers unter dessen direkter Aufsicht zu erbringen sind, hat der Auftragnehmer spätestens bei Beginn der Auftragsausführung die Namen, die Kontaktdaten und die gesetzlichen Vertreter seiner Unterauftragnehmer und jede im Rahmen der Auftragsausführung eintretende Änderung auf der Ebene der Unterauftragnehmer mitzuteilen. Für Unterauftragnehmer aller Stufen gilt § 128 Absatz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen.

An (ausschreibende Stelle)

Stadt Dortmund
- Vergabe- und
Beschaffungszentrum-
Viktoriastraße 15

44135 Dortmund

Az.: 19/2

Vergabe-Nr.: 229/26

Vergabeart:

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Offenes Verfahren | <input checked="" type="checkbox"/> Teilnahmewettbewerb |
| <input type="checkbox"/> Nicht offenes Verfahren | <input type="checkbox"/> Innovationspartnerschaft |
| <input checked="" type="checkbox"/> Verhandlungsverfahren | <input type="checkbox"/> Wettbewerblicher Dialog |

Zuschlagsfrist endet am: YY.YY.YYYY

Angebotsfrist:

Datum: XX.XX.XXXX

Uhrzeit: 20:00 Uhr

Angebot

Software Lichtsignalanlagensteuerungen

Angaben zum Bieter / zur Bietergemeinschaft:

Bieter: _____

Adresse: _____

Ort: _____ PLZ: _____

Land: _____

Sachbearbeiter/in bzw. verantwortlicher Ansprechpartner/in: _____

Rufnummer: _____ Fax Nr.: _____

E-Mail: _____

☐ Es handelt sich bei meinem Unternehmen um ein KMU (Unternehmen als Kleinunternehmen oder kleines oder mittleres Unternehmen)*

*KMU = weniger als 250 Mitarbeiter und ein Jahresumsatz von unter 50 Mio. EUR bzw. eine Jahresbilanz von unter 43 Mio. EUR

1. Mein/Unser Angebot umfasst:

1.1 folgende beigefügte Unterlagen

- Leistungsbeschreibung mit den Preisen und den geforderten Erklärungen,
- alle weiteren nach der Aufforderung zur Abgabe eines Angebots geforderten und soweit erforderlich ausgefüllten Anlagen, die diesem Angebotsschreiben beigefügt sind (vgl. A 1 - Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes EU Anlagen B).

1.2 folgende nicht beigefügte Unterlagen

- Allgemeine Vertragsbedingungen der Stadt Dortmund (siehe auf www.vergabezentrum.dortmund.de)
- alle weiteren in der Aufforderung zur Abgabe eines Angebots angegebenen Anlagen, die bei mir/uns verbleiben können (vgl. A 1 - Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes EU Anlagen A).
- VOL/B

2. Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir

- meinen/unseren Verpflichtungen zur Zahlung der Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung nachgekommen bin/sind, sowie die gültigen Arbeitsschutzvorschriften erfülle(n),
- in den letzten 2 Jahren nicht
 - gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetz oder
 - gem. § 21 Arbeitnehmerentsendegesetz
 - mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 € belegt worden bin/sind,
- die gewerberechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der angebotenen Leistung erfülle(n).

- kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde
- mein/unser Unternehmen sich nicht in Liquidation befindet
- dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Abs. 1 des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (MiLoG) nicht vorliegen.
- keine der in § 123 und 124 GWB benannten Ausschlussgründe vorliegen.

3.

3.1 ☐ Ich bin/Wir sind bevorzugte(r) Bewerber laut beigegeführtem(n)/vorliegendem(n) Nachweis(en).

3.2 Ich bin/Wir sind ein ausländisches Unternehmen aus einem

☐ EWR-Staat bzw. Staat des WTO-Abkommens☐ anderen Staat Nationalität :
(bitte intern. Kfz-Zeichen eintragen)3.3 ☐ Ich bin/Wir sind präqualifiziert und auf „amtliches-verzeichnis.ihk.de“ bzw. in der folgenden Datenbank eingetragen unter der Nummer: _____

4. Bei den folgenden Preisangaben handelt es sich um einen Übertrag aus dem Angebot/Leistungsverzeichnis. Bei Abweichungen/Widersprüchen gilt die durch Addition der eingetragenen Einheitspreise mit den jeweiligen Stückzahlen ermittelte Gesamtsumme.

Ich/Wir biete/n die Ausführung der beschriebenen Leistungen zu den von mir/uns eingesetzten Preisen und mit allen den Preis betreffenden Angaben wie folgt an:

Hauptangebot	
keine Vergabe nach Losen	

4.1 Endbetrag inkl. MwSt. (ohne Nachlass):	€ inkl. MwSt.
---	---------------

4.2 Preisnachlass ohne Bedingung¹ auf die Abrechnungssumme	%
<p>Achtung!</p> <p>Die Preise im Leistungsverzeichnis sind <u>ohne</u> den hier einzutragenden Nachlass anzugeben. Wird an dieser Stelle ein Nachlass eingetragen, so wird dieser <u>zusätzlich</u> von der sich aus den eingetragenen Einheitspreisen in der Leistungsbeschreibung rechnerisch ergebenden Angebotssumme abgezogen!</p>	

4.3 Skonto² auf die Abrechnungssumme	%
Skontoabzug wird gewährt bei Zahlung innerhalb von	Tagen

4.4 Nebenangebote zum Hauptangebot	Anzahl:
---	----------------

Der Preisnachlass des Hauptangebotes / der Hauptangebote wird auch auf etwaige Nebenangebote gewährt.	<input type="checkbox"/> Nein
--	-------------------------------

An mein/unser Angebot halte ich mich/halten wir uns bis zum Ablauf der Bindefrist gebunden.

¹ Siehe Teilnahmebedingungen.

² Skontovereinbarungen können unter Punkt 4 des Angebotsschreibens getroffen werden. Dort ist, falls keine Skontogewährung erfolgen soll, auch zulässigerweise 0 % Skonto einzutragen. Es dürfen nur Zahlen ab 0 eingetragen werden. Wird das Feld für die Eintragungsmöglichkeit gestrichen, so wird dies so verstanden, dass kein Skonto gewährt wird.

Sofern im Angebotsschreiben keine oder keine abweichenden Angaben zur Skontogewährung gemacht werden und derartige Angaben auch an keiner anderen Stelle der eingereichten Unterlagen vorhanden sind, gelten die Skontovereinbarungen gemäß Punkt A - 6 der AVB der Stadt Dortmund. Das Zahlungsziel rein netto darf nicht verändert werden.

Die Skontogewährung gilt immer für alle Haupt- und etwaige Nebenangebote.
Hinsichtlich der Wertung wird auf die Teilnahmebedingungen verwiesen..

5. Ich bin mir/Wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung im Angebotsschreiben meinen/unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge haben kann.
6. Die nachstehende Unterschrift gilt für alle Bestandteile des Angebots.
Wird eine selbstgefertigte Kurzfassung oder Abschrift des Leistungsverzeichnisses abgegeben, wird mit der Unterschrift auch die vom Auftraggeber verfasste Urschrift als alleinverbindlich anerkannt.

☐ Ich/Wir erkläre(n), dass das vom Auftraggeber vorgeschlagene Produkt generell Inhalt meines/unseres Angebotes ist, wenn Teilleistungsbeschreibungen des Auftraggebers den Zusatz „oder gleichwertig“ enthalten.

Ort, Datum, Firmenstempel und Unterschrift

Ist

- bei einem elektronisch übermittelten Angebot in Textform der Bieter nicht erkennbar,
- ein schriftliches Angebot nicht an dieser Stelle unterschrieben oder
- ein elektronisches Angebot, das signiert/mit elektronischem Siegel versehen werden muss, nicht wie vorgegeben signiert/mit elektronischem Siegel versehen, wird das Angebot ausgeschlossen.

Mit der Einreichung in Textform nach § 126b BGB bzw. mit der fortgeschrittenen oder qualifizierten elektronischen Signatur gelten das Angebot und alle damit eingereichten Unterlagen als unterschrieben. Auf die Regelungen des Formblatts „Verfahrensregelungen zur Form der Einreichung elektronischer Interessensbestätigungen, Teilnahmeanträge und Angebote“ wird verwiesen.

Anlage 1 zum Angebotsschreiben:

Einverständniserklärung zur Veröffentlichung und Verwendung personenbezogener Daten

Gemäß § 39 Abs. 1 VgV übermittelt der Auftraggeber spätestens 30 Tage nach der Vergabe eines öffentlichen Auftrages oder nach dem Abschluss einer Rahmenvereinbarung eine Vergabebekanntmachung mit den Ergebnissen des Vergabeverfahrens an das Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union. Die Veröffentlichung erfolgt nach dem Muster gemäß Anhang III der Durchführungsverordnung (EU) 2015/1986.

Ferner werden gemäß §134 GWB und 62 VgV die Bewerber oder Bieter über das Ergebnis des Verfahrens und hierbei u.a. auch über die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebots sowie den Namen des erfolgreichen Bieters informiert.

Auch in § 30 UVgO wird festgelegt, dass der Auftraggeber nach Zuschlagserteilung auf geeignete Weise, z.B. auf Internetportalen, informiert, wenn bei beschränkten Ausschreibungen ohne Teilnahmewettbewerb und Verhandlungsvergaben ohne Teilnahmewettbewerb der Auftragswert 25.000 € ohne Umsatzsteuer übersteigt. Diese Informationen werden 3 Monate vorgehalten und müssen folgende Angaben enthalten:

- Name und Anschrift des Auftraggebers und dessen Beschaffungsstelle
- Name des beauftragten Unternehmens
- Verfahrensart
- Art und Umfang der Leistung
- Zeitraum der Leistungserbringung

Die Verarbeitung der Daten erfolgt zum Teil im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben. Ferner werden die Daten für die Auftragsverarbeitung, sowie für statistische Zwecke mit Auftragsbezug herangezogen. Daten von Bietern, die nicht den Zuschlag erhalten, werden nicht öffentlich bekannt gemacht.

Soweit es sich bei diesen Daten um personenbezogene Daten **natürlicher Personen** handelt, setzt für die Veröffentlichung dieser Daten Artikel 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO die Einwilligung der betroffenen Person voraus, sofern nicht einer der Tatbestände des Artikel 6 Abs. 1 lit. b-f zutrifft.

Das Einverständnis wird mit der Unterschrift des Angebotsschreibers, welches eine entsprechende Erklärung enthält, gegeben.

Auf Ihre Rechte auf Auskunft (Art. 15 DS-GVO), Berichtigung (Art. 16 DS-GVO), Löschung (Art. 17 DS-GVO), Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO), Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO) und Widerspruch (Art. 21 DS-GVO) wird hingewiesen.

Das Recht auf Widerspruch gemäß Artikel 21 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/679 gegenüber einer öffentlichen Stelle besteht gemäß § 14 DSG NRW nicht, soweit an der Verarbeitung ein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, oder eine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet.

Hinweis:

Eine ausführliche Datenschutzerklärung der Stadt Dortmund finden Sie auf unserer Website unter www.dortmund.de

Bitte ausfüllen

Bieter, ggfs. Firmenstempel:

Sachbearbeiter/in:

Rufnummer:

E-Mail:

1 Vorbemerkung / Leistungsgegenstand

Beschaffung einer Software zur Planung verkehrsabhängiger Lichtsignalanlagensteuerungen. Die konkreten Anforderungen sind dem Lastenheft zu entnehmen.
Vertragsbestandteil ist der EVB-IT Systemlieferungsvertrag Nr. 2024019421 und seine Anlagen. Der Vertrag kommt durch Zuschlagserteilung zustande und ist ohne Unterschrift gültig.

Verpflichtung nach dem Verpflichtungsgesetz: ja

2 Im Einzelnen sollen folgende Funktionen/Leistungen geliefert/erfüllt werden:

3 Überlassung von Standardsoftware gegen _____ EUR _____ EUR
Einmalvergütung gemäß Punkt 4.2.1 des EVB-IT netto pro Lizenz netto 10 Lizenzen
Systemlieferungsvertrages

Das angebotene Produkt muss mindestens die genannten Anforderungen aus dem Lastenheft erfüllen.

Angebotenes Produkt:

4	<u>Übernahme von Altdaten / Migrationsleistungen gemäß Punkt 4.3 des EVB-IT Systemlieferungsvertrages und 2.1 des Lastenheftes</u>	----- EUR netto pauschal
5	<u>Herbeiführung der Betriebsbereitschaft gemäß Punkt 4.4 des EVB-IT Systemlieferungsvertrages und 2.2 des Lastenheftes</u>	----- EUR netto pauschal
6.1	<u>Basic-Schulung gemäß Punkt 5.1 des EVB-IT Systemlieferungsvertrages und 2.1 des Lastenheftes i.V.m. der Anlage Schulungskonzept</u>	----- EUR netto pro Schulung (remote)
6.2	<u>Professional-Schulung gemäß Punkt 5.1 des EVB-IT Systemlieferungsvertrages und 2.1 des Lastenheftes i.V.m. der Anlage Schulungskonzept</u>	----- EUR netto pro Schulung (remote)
6.3	<u>Expert-Schulung gemäß Punkt 5.1 des EVB-IT Systemlieferungsvertrages und 2.1 des Lastenheftes i.V.m. der Anlage Schulungskonzept</u>	----- EUR netto pro Schulung (remote)
6.4	<u>MAP Intensiv-Schulung gemäß Punkt 5.1 des EVB-IT Systemlieferungsvertrages und 2.1 des Lastenheftes i.V.m. der Anlage Schulungskonzept</u>	----- EUR netto pro Schulung (remote)
6.5	<u>Koordinierung & Optimierung Workshop gemäß Punkt 5.1 des EVB-IT Systemlieferungsvertrages und 2.1 des Lastenheftes i.V.m. der Anlage Schulungskonzept</u>	----- EUR netto pro Schulung (remote)
6.6	<u>Optional: E-Learnings gemäß Punkt 5.1 des EVB-IT Systemlieferungsvertrages und 3.2.3 des Lastenheftes</u>	----- EUR netto pauschal für E-Learnings

7 Adresse für Störungsmeldungen gemäß Punkt 7.1.1.2 des EVB-IT Systemlieferungsvertrags

Name/Firma: _____

Organisationseinheit/Abteilung: _____

Postanschrift: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Web-Adresse: _____

8 Systemserviceleistungen gemäß Punkt 7.4.1 des EVB-IT Systemlieferungsvertrages und 2.2 des Lastenheftes _____ EUR
netto
monatlich9 Sonstige Leistungen nach der Systemlieferung gemäß Punkt 7.6.2 und 8.1 des EVB-IT Systemlieferungsvertrages und 2.3 des Lastenheftes _____ EUR
netto pro
Stunde

Es handelt sich um Beratungsaufwendungen als Kontingent zum Abruf
per Videokonferenz / Zugriff per Remote (Obergrenze 50 Std.).

Bezeichnung der Personalkategorie:
_____10 Verantwortliche Ansprechperson gemäß Punkt 11 des EVB-IT SystemlieferungsvertragsName:
_____Position:
_____Organisationseinheit/Abteilung:
_____Postanschrift:

Telefon:

E-Mail:

11 Zuschlagskriterien

Die Wertung erfolgt anhand der folgenden Zuschlagskriterien:

- Preis 40%
- Qualität 60%

Die detaillierte Beschreibung der Wertung sowie der Unterkriterien ist in

- **Anlage 2 (Lastenheft), Punkt 1.5, und**
- **Anlage 3 (Bewertungsmatrix)**

festgelegt.

12 Preisliche Wertung

Die Wertungssumme setzt sich wie folgt zusammen:

Position	Beschreibung und Anzahl	Summe (netto)
3	Preis pro Lizenz x 10 Lizenzen	
4	Pauschalpreis für die Übernahme von Altdaten / Migrationsleistungen	
5	Pauschalpreis für die Herbeiführung der Betriebsbereitschaft	
6.1	Preis pro Basic-Schulung x 2	
6.2	Preis pro Professional-Schulung x 2	
6.3	Preis pro Expert-Schulung x 2	
6.4	Preis pro MAP Intensiv-Schulung x 2	
6.5	Preis pro Koordinierung & Optimierung Workshop x 2	
6.6	Optional: Pauschalpreis für E-Learnings	Hierbei handelt es sich um eine optionale Leistung (B- bzw. KANN-Kriterium), die bei der

		<p>Preiswertung unberücksichtigt bleibt. Der Auftraggeber behält sich vor, den Preis für diese optionale Leistung auf Angemessenheit zu prüfen.</p> <p>Das Angebot dieser optionalen Leistung begründet keinen Anspruch auf Beauftragung. Die Beauftragung erfolgt ausschließlich nach Bedarf des Auftraggebers.</p>
8	Preis für Systemserviceleistungen pro Monat x 48 Monate	
9	Preis pro Beratungsstunde x 50 Stunden	
	Gesamtsumme	



Stadt Dortmund
Dortmunder Systemhaus

Lastenheft

Einführung eines neuen Ingenieurarbeitsplatzes zur Planung von Steuerungen für Lichtsignalanlagen

Autor des Dokuments	Lars Ruth, Team LSA	Erstellt am	Februar 2026
Dateiname	Anlage2_Lastenheft_2024019421_V4.docx		
Seitenanzahl	29	Stadt Dortmund	Vertraulich!

Seite 2 von 29

4.1.4	E-Mailserver	18
4.1.5	Schnittstellen	19
4.2	Security, Datensicherheit und Datenschutz.....	19
4.2.1	Vertraulichkeit.....	20
4.2.2	Integrität	21
4.2.3	Verfügbarkeit und Belastbarkeit.....	21
4.2.4	Authentizität	22
4.2.5	Revisionsfähigkeit.....	22
4.2.6	Transparenz	23
4.3	Allgemeine technische Anforderungen.....	24
4.4	Administrierbarkeit	24
4.4.1	Systemanpassung	24
4.4.2	Systemaktualisierung	25
5	Anhang.....	26
I.	Anforderungsverzeichnis	26

1 Allgemeine Informationen

1.1 Auftragsgegenstand

Auftragsgegenstand ist die Einführung eines IT-Dienstes bzw. einer Software zur Planung verkehrsabhängiger Lichtsignalanlagensteuerungen.

1.2 Informationen zur Auftraggeberin

1.2.1 Beschreibung des Dortmunder Systemhauses

Das Dortmunder Systemhaus (dosys) ist der zentrale IT-Berater der Stadtverwaltung Dortmund. Mit einem tiefen Verständnis für digitale Prozesse berät das Dortmunder Systemhaus die Fachbereiche und begleitet die Stadtverwaltung bei der digitalen Transformation. Gemeinsam mit den Fachbereichen werden dazu Digitalisierungsprojekte mit neuen digitalen Technologien umgesetzt.

Neben der digitalen Transformation ist das Dortmunder Systemhaus für den IT-Betrieb in der Verwaltung und den Dortmunder Schulen verantwortlich. Es betreibt dazu ein eigenes Rechenzentrum an 5 Standorten im Stadtgebiet und betreut insgesamt ca. 1.200 Serversysteme (Windows und Linux, größtenteils virtualisiert). Die Zahl der zu betreuenden Clients beträgt rund 9.000 Stück, bei ca. 11.000 Mitarbeitenden.

1.3 Informationen zum Ingenieursarbeitsplatz

Es werden 10 Benutzer-Lizenzen für alle Mitarbeitenden benötigt, die am Planungsprozess der Lichtsignalanlagen sowie deren Qualitätsmanagement beteiligt sind. Die neue LSA-Planungssoftware soll leicht zu erlernen, intuitiv bedienbar und zu allen, im Stadtgebiet Dortmund tätigen Signalbauunternehmen (derzeit Yunex, Swarco, AVT Stoye und Stührenberg), kompatibel sein. Das Programm soll eine einfache Digitalisierung sämtlicher Knotendaten der Lichtsignalanlagen ermöglichen.

Zusätzlich sollen aktuelle C-ITS-Themen wie z.B. das Erzeugen von MAP, RSU und SPAT Daten, Exportmöglichkeiten nach PTV Vissim und DLZR SUMO, das Anlegen und Bearbeiten von Grünen-Wellen, in der angebotenen Lösung für die o.g. 10 Benutzer möglich sein und geschult werden.

1.4 Projektbeschreibung und Ziele

Bei der Stadt Dortmund existiert ein Softwarepaket zur Planung von Lichtsignalanlagen das zusammen mit einem Dokument Management System (DMS) durch den Systemlieferanten GEVAS Software GmbH gestellt wurde.

Im gesamten Dortmunder Stadtgebiet befinden sich über 600 Lichtsignalanlagen. Der technische Lebenszyklus dieser Anlagen beträgt 10 Jahre, sodass innerhalb eines Jahres ca. 60 Knotenpunkte erneuert werden müssen. Voraussetzung für die Erneuerung einer Lichtsignalanlage ist die Überarbeitung der Signalsteuerung nach dem jeweils aktuellen

Stand der Technik sowie unter Berücksichtigung der sich stetig wandelnden Verkehrsströme durch die Weiterentwicklung der ÖPNV, Fuß- und Radverkehrskonzepte.

Die bisherige Softwarelösung ist den immer neuen Herausforderungen der Verkehrstechnik nicht gewachsen, weshalb der Fachbereich einen moderneren Verkehrsingenieursarbeitsplatz benötigt. Die neue Lösung soll auch mit Blick auf Integrationen zu anderen Softwarelösungen der Stadt zukunftsfähig sein.

1.5 Bewertung der Leistungsbeschreibung

In den nachfolgenden Unterpunkten wird die Bewertungsmethodik des Auftraggebers dargestellt. Diese umfasst die Einteilung der Anforderungen in KO- und Kann-Kriterien, die Anwendung der Bewertungsmatrix sowie die Vorgehensweise bei der Punktevergabe.

Die Erfüllung der Anforderungen wird zum einen im Rahmen der Bewertung der Angebote (siehe Anlage "Bewertungsmatrix"), wie auch in der vom Auftraggeber durchgeführten fachtechnischen Prüfung bewertet.

1.5.1 Ausschlusskriterien (KO-Kriterien) = A-Kriterien

Das Lastenheft enthält sogenannte KO-Kriterien, deren inhaltliche Erfüllung für den Auftraggeber von wesentlicher Bedeutung ist. Angebote, die ein KO-Kriterium inhaltlich nicht erfüllen, werden vom Verfahren ausgeschlossen.

Der Bieter bestätigt durch Ankreuzen der Antwortmöglichkeit "Ja", dass die jeweilige Funktion bzw. Eigenschaft im Umfang der angebotenen Lösung funktional und preislich enthalten ist und keine optionale Leistung darstellt.

Die Bestätigung dient der formalen Erklärung des Bieters und ersetzt nicht die fachtechnische Prüfung durch den Auftraggeber. Maßgeblich für die Wertung ist die tatsächliche inhaltliche Erfüllung des KO-Kriteriums.

1.5.2 KANN-Kriterien = B-Kriterien

KANN-Kriterien sind Anforderungen, welche aus Sicht des Auftraggebers gewünscht sind. Sie komplettieren die Software, sind aber nicht unabdingbar für die Anwendung. Wird ein B-Kriterium vom Auftragnehmer angeboten, ist dieses im Fall einer Zuschlagserteilung Bestandteil der Leistung und muss zum Zeitpunkt der Einführung der Software zur Verfügung stehen. Ein B-Kriterium geht mit der in der Bewertungsmatrix genannten maximalen Punktzahl in die Wertung ein.

Die ausführliche Wertung wird unter 1.5.4 beschrieben.

1.5.3 Regeln zum Ausfüllen

Zum Ausfüllen des Anforderungskataloges wird eine Excel-Tabelle zur Verfügung gestellt. Das Referenzieren zu diesem Dokument erfolgt über die ID A-xx, B-xx.

Die Unterlagen müssen in elektronischer Form als PDF und im Excel-Format (xlsx) zur Verfügung gestellt werden. Anlagen zur näheren Erläuterung der Antworten in beliebiger Form (Word, PDF, etc.) können beigelegt werden.

Die folgenden Regeln zum Ausfüllen des Anforderungskataloges stellen verbindliche Regeln dar:

- Das Hinzufügen oder Entfernen von Spalten oder Zeilen sowie das Hinzufügen, Ändern oder Entfernen von Antwortoptionen ist unzulässig.
- Alle Antworten sind ausschließlich in den dafür vorgesehenen Spalten einzutragen:
 - **A-Kriterium** (KO): Spalte "Bestätigung KO-Kriterium"
 - **B-Kriterium** (KANN): Spalte "Bestätigung B-Kriterium"
- Bei der Bestätigung eines **A-Kriterium** können Sie im Drop-Down-Menü nur "ja" auswählen. Bleibt die Zelle leer, wird dies als Nichterfüllen des A-Kriteriums gewertet.
- Bei einem **B-Kriterium** können Sie im Drop-Down-Menü auswählen, ob dieses erfüllt wird oder nicht.
- Erläuternde Informationen können in einem separaten Dokument mitgeteilt werden. In der Spalte "Kommentar des Anbieters" können Sie einen Verweis auf die zugehörigen Kapitel, Seiten, etc. in Ihrem Angebot machen.
- In der Spalte „Gewichtung“ können Sie einsehen, wie viele Wertungspunkte für das jeweilige Kriterium maximal vergeben werden.
- In der Spalte „Eingabeprüfung“ können Sie überprüfen, ob Sie die erforderlichen Zellen ausgefüllt haben.
- Die Spalten „Note B-Kriterien“, „Bewertungspunkte B- Kriterien“ und „Kommentar der Projektgruppe“ sind nicht auszufüllen.

Zur Prüfung der Erfüllung der A-Kriterien sowie zur Bewertung der B-Kriterien sind von den Bietern gesonderte Erläuterungsdokumente einzureichen.

Diese Dokumente sollen sich **inhaltlich und strukturell am Aufbau des Anforderungskatalogs orientieren** (Gliederung nach Kriteriennummern), sodass eine eindeutige Zuordnung der Angaben zu den jeweiligen Anforderungen möglich ist. Für jede Anforderung bitten wir um eine **konkrete und nachvollziehbare Beschreibung**, wie die angebotene Lösung diese erfüllt, inklusive ggf. technischer Hinweise, Screenshots, Konzepte, Referenzen oder anderer geeigneter Nachweise.

Insbesondere bei den B-Kriterien dient die Beschreibung als Grundlage für die qualitative Bewertung durch die Auftraggeberseite.

1.5.4 Wertungspunkte und Gewichtung

Angebote, die ein A-Kriterium nicht erfüllen, werden von der weiteren Wertung ausgeschlossen.

Die Bewertung der Angebote erfolgt zu 40 % über den Preis und zu 60% über die Qualität.

Für den Preis erhält der günstigste Anbieter 400 Wertungspunkte (WP). Der günstigste Angebotspreis erhält die maximale Preispunktzahl und ein fiktives Angebot mit einem Angebotspreis vom Zweifachen des günstigsten Angebotspreises 0 Preispunkte. Die Punktbewertung für die dazwischenliegenden Angebotspreise erfolgt über eine lineare Interpolation mit zwei Dezimalstellen. Angebote, die teurer als das fiktive Angebot sind, erhalten ebenfalls 0 Preispunkte.

Für die Qualität (B-Kriterien) können maximal 600 Wertungspunkte (WP) erlangt werden.

Die Summe der WP aus den o. g. Kriterien ergibt die Gesamtwertungspunktzahl (maximal 1.000 WP). Den Zuschlag erhält der Bieter, dessen Angebot die höchste Gesamtwertungspunktzahl erreicht.

Hinsichtlich der Qualitätswertung wird auf die Anlage "Bewertungsmatrix" verwiesen.

Die qualitative Bewertung erfolgt durch eine Bewertungskommission (Jury), die sich aus fachkundigen Mitarbeitenden des Auftraggebers zusammensetzt.

Den Bewertungsmaßstab für die qualitativen Kriterien bildet ein Notensystem von sehr gut bis mangelhaft, das wie folgt aufgegliedert ist:

Note:	Prozentanteil der möglichen Wertungspunkte
sehr gut	100
Gut	75
befriedigend	50
ausreichend	25
mangelhaft	0

Die Notenvergabe richtet sich nach den folgenden Vorgaben:

sehr gut:	Alle Anforderungen des Kriteriums werden vollumfänglich und nachvollziehbar erfüllt. Die Lösung ist technisch ausgereift, praxisbewährt, intuitiv bedienbar und enthält ggf. überobligatorische Funktionen. Die Umsetzung überzeugt insgesamt in besonderem Maße.
gut:	Das Kriterium ist weitgehend erfüllt. Kleinere Abweichungen oder Einschränkungen bestehen, beeinträchtigen aber nicht die Nutzung im vorgesehenen Zweck. Die Umsetzung überzeugt uneingeschränkt, ohne in besonderem Maße herauszragen.

befriedigend:	Wesentliche Anforderungen werden erfüllt, jedoch bestehen erkennbare Lücken oder funktionale Einschränkungen, die die Nutzbarkeit beeinträchtigen können. Die Umsetzung überzeugt im Wesentlichen.
ausreichend:	Nur grundlegende Anforderungen sind erfüllt. Die Umsetzung ist rudimentär, wenig benutzerfreundlich oder technisch unausgereift. Eine Nutzung wäre nur mit erheblichem Mehraufwand möglich. Die Umsetzung überzeugt nur bedingt bzw. eingeschränkt.
mangelhaft:	Das Kriterium wird nicht oder nicht sinnvoll adressiert. Die Funktionalität fehlt oder ist in ihrer derzeitigen Form unbrauchbar. Die Umsetzung überzeugt in entscheidenden Punkten nicht.

1.6 Zusätzliche Dokumente

Die Anlagen des Lastenheftes sind:

- Anlage 3: Bewertungsmatrix
- Anlage 4: Schulungskonzept

2 Allgemeine Anforderungen

Im folgenden Kapitel sind allgemeine, übergreifende Anforderungen an die anzubietende Leistung aufgeführt.

Folgende Dienstleistungen sollen Bestandteil des Angebotes sein:

- Bereitstellung einer Software zur Planung, Bewertung und Optimierung verkehrsabhängig gesteuerter Lichtsignalanlagen inkl. einer übersichtlichen Projektverwaltung
- Implementierung der Software
- Schulung der Nutzer*innen und Administrator*innen

Die Software sollte modular aufgebaut sein und folgende Systemkomponenten verfügen:

- Festzeitplanung von Lichtsignalanlagen
- Verkehrsabhängige Planung von Lichtsignalanlagen
- Grafische Versorgung
- Erstellung und Optimierung von Grünen-Wellen / Koordinierungen
- Funktionsbibliotheken zur Bevorrechtigung des ÖPNV
- Testplatz zur Simulation von langen Programmlaufzeiten inkl. Debug-Funktionen
- Simulation der geplanten Lichtsignalanlagen mit Exportmöglichkeit der verkehrsabhängigen Planung
- MAP-Erstellung und Exportfunktion
- Komplette Versorgung einschließlich aller Grunddaten, Steuerungslogik und aller Parameter
- Versorgung entsprechend OCIT-Standard

Darüber hinaus ist eine, dem Stand der Technik entsprechende und intuitive Benutzeroberfläche mit hoher Funktionalität, von großer Bedeutung.

Primäres Ziel ist es, das bestehende Fachverfahren in eine zukunftsfähiges und dem Stand der Technik entsprechende und Lösung zu überführen. Hierbei soll:

- Die Lösung auf Basis aktueller und gängiger Komponenten bestehen.
- Die Anpassungsfähigkeit zu anderen Systemen erhöht werden.
- Die Digitalisierung von erfassten Inhalten, wie Merkmalen zu Anlagen und die damit mögliche Automatisierung von Teilschritten in der Anlagenplanung vorangetrieben werden.

2.1 Anforderungen an die anzubietenden Dienstleistungen

A-1. Hotline

Der Auftragnehmer muss eine deutschsprachige Hotline (Sprachniveau C2) bereitstellen.

A-2. Schulungen

Das Schulungskonzept sieht eine mehrstufige Qualifizierung der Anwender*innen vor. Siehe Schulungskonzept im Anhang.

A-3. Migration von MS-Office und PDF-Dokumenten

Der Anbieter hat die auf den Netzwerklaufwerk liegenden Ist-Dokumenten, keine Archiv-Dokumente, der Lichtsignalanlagen der Software seitigen Projektverwaltung mit Zuordnung zu den Anlagen zu importieren. Ziel ist es, in der Software zu den Anlagen die Dokumente direkt auffinden zu können. Dies ggf. mindestens durch Angabe des Pfades in einem Bemerkungsfeld. Dieses beinhaltet Dokumente zu derzeit 660 Anlagen.

B-1. Migration von verkehrsabhängigen Steuerungen

Die in GEVAS-Crossig erstellten, verkehrsabhängigen Steuerungen sollen in die neue Software-Lösung durch den Auftragnehmer importiert werden. Hinweis: Es liegt kein Standard in der Modellierung der Steuerungen vor.

B-2. Vorgehensmodell zur Migration von Alt-Daten

Der Anbieter beschreibt sein Vorgehensmodell zur Übernahme von Alt-Daten aus den bestehenden Systemen in die neue Software.

2.2 Anforderungen an die anzubietende Software

A-4. Barrierefreiheit der Toollösung

Das Verfahren erfüllt die Anforderungen an Barrierefreiheit gemäß §§ 2 und 3 der Verordnung zur Schaffung barrierefreier Informationstechnik nach dem Behindertengleichstellungsgesetz Nordrhein-Westfalen (BITV NRW).

B-3. Software-Bill-of-Materials

Der Auftragnehmer stellt dem Auftraggeber bis zur gesetzlichen Umsetzungsfrist des Cyber Resilience Act zum 11. Dezember 2027 unaufgefordert eine Software-Bill-of-Materials (SBOM) in maschinenlesbarer Form gemäß Teil 2 der Technischen Richtlinie BSI TR-03183 Cyber-Resilience-Act zur Verfügung, sofern möglich.

Bestenfalls liegt die SBOM gem. BSI TR-03183 – Teil 2 bereits zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe vollständig vor und wird dem Auftraggeber unverzüglich zur Verfügung gestellt.

Hinweis: Hier erfolgt die Bewertung lediglich nach liegt vor = 100% und liegt nicht vor = 0%.

A-5. On-Premise-Betrieb und Testumgebung

Der IT-Dienst bzw. das Verfahren muss als On-Premise-Lösung angeboten werden. Das Angebot umfasst sämtliche Kosten, die für die Herstellung der Betriebsbereitschaft im Zusammenhang mit der Nutzung der Lösung entstehen, ausgenommen Kosten für notwendige Hardware und kostenpflichtige Dritt-Lizenzen. Die vom Auftraggeber

bereitzustellenden Hardware-Ressourcen und kostenpflichtigen Dritt-Lizenzen müssen dem Angebot entnehmbar sein.

Zur Erfüllung des Standard Freigabe-Verfahrens muss eine Testumgebung mit eigenem Zugang eingeplant werden, um Anpassungen und Neuerungen unabhängig von der produktiven Umgebung vorab testen zu können. Dies kann auch in zwei separaten Installationen mit separaten Zugängen erfolgen.

A-6. Moderne und zukunftssichere Software

Es wird eine zukunftssichere Software gefordert. Der Anbieter muss sicherstellen, dass die Software kontinuierlich weiterentwickelt wird. Hierzu sind regelmäßige Updates zur Verfügung zu stellen, welche funktionale Erweiterungen und Verbesserungen umfassen. Mit jedem Update hat der Anbieter eine Dokumentation der wesentlichen Änderungen und Neuerungen dem Auftraggeber bereitzustellen.

2.3 Anforderungen an die Serviceleistungen nach der Systemlieferung

Die folgenden Aspekte sind außerhalb der Systemlieferung zu erbringen und können bzw. sollen, wie jeweils angegeben, separat abgerechnet werden.

A-7. Beratungsaufwand

Im Hinblick auf die Einführung der Software werden bis zu 50 Stunden für Beratungsaufwendungen als Kontingent zum Abruf eingeplant.

3 Funktionale Anforderungen

Im folgenden Kapitel erfolgt die Definition der vom Auftraggeber geforderten bzw. gewünschten fachlichen Funktionen.

3.1 Planen, Bewerten und Steuern von Lichtsignalanlagen

Das Modul Risikomanagement muss die einzelnen Anforderungen zur Erfassung, Dokumentation, Beschreibung der Merkmale, Erstellung von Ablaufplänen und die Speicherung der resultierenden Dokumente erfüllen. Weiterhin ist die Freigabe von Planungen und die aktuell gültige Version abgebildet.

3.1.1 Planen

A-8. Automatische Berechnung von Wegen zur Zwischenzeitberechnung

Die Software bietet eine strukturierte Möglichkeit anhand einer topografischen Karte (PDF und DXF- Format) Zwischenzeiten zu berechnen. Der Kartenmaßstab soll als Skalierungsmöglichkeit dienen.

A-9. Erstellung von Phasen und Phasenfolgeplänen

Zur verkehrsabhängigen Steuerung muss die Software in der Lage sein übersichtliche Phasenfolgepläne grafisch abzubilden und daraus automatisiert Phasenübergänge abzuleiten.

A-10. Darstellung Zeit-Weg-Diagrammen

Zur Optimierung der Leistungsfähigkeit mehrerer Verkehrsknoten muss die Software über die Funktion verfügen Zeit-Weg-Diagramme zu visualisieren und anpassen zu können.

A-11. Automatische Erstellung und Optimierung von Koordinierungen

Neu zu erstellende und bestehende Koordinierungen zwischen mehreren Lichtsignalanlagen müssen durch die Software automatisiert erstellt, bzw. optimiert werden.

A-12. C-ITS-Themen

Das Erzeugen von MAP, RSU und SPAT Daten muss über die Software gewährleistet sein.

B-4. Mehrsprachige Syntax

Zur Unterstützung der Nutzer*innen soll die bei verkehrsabhängigen Steuerungen verwendete Syntax in Englisch und Deutsch interpretiert werden können (Bsp: UND / AND; ODER / OR;...)

3.1.2 Bewerten

B-5. Bewertung von unsignalisierten Knotenpunkten

Unsignalisierte Verkehrsknotenpunkte sollen durch die Software unter Eingabe, bzw. nach Export der benötigten Parameter in Form ihrer Leistungsfähigkeit bewertet werden können.

B-6. Bewertung von Kreisverkehren

Kreisverkehre sollen durch die Software unter Eingabe, bzw. nach Export der benötigten Parameter in Form ihrer Leistungsfähigkeit bewertet werden können.

B-7. Bewertung von signalisierten Knotenpunkten

Signalisierte Verkehrsknotenpunkte sollen durch die Software unter Eingabe, bzw. nach Export der benötigten Parameter in Form ihrer Leistungsfähigkeit nach HBS2015 (oder neuer), bewertet werden können.

B-8. Bewertung von koordinierten Verkehrsknoten

Koordinierte Verkehrsknoten sollen durch die Software bewertet und bei Bedarf optimiert werden können.

3.1.3 Steuern

A-13. Erstellen freier Steuerlogiken

Zur Erstellung verkehrsabhängiger Steuerungen muss in der Software ein Tool zur Erstellung und Bearbeitung von Steuerlogiken in Form von Programmablaufdiagrammen nach DIN 66001, implementiert sein. Die Steuerlogiken müssen zusätzlich als Quellcode in Textform angezeigt werden können und editierbar sein.

A-14. Erstellung eigener Steuerfunktionsbibliotheken

Zur schnelleren Erstellung verkehrsabhängiger Steuerungen muss die Software über eine durch den Anwender bearbeitbare Funktionsbibliothek verfügen.

A-15. Einbindung verschiedener Steuerungsverfahren

Um möglichst Herstelleroffen zu sein, müssen in der Software die Erstellung von Signalplanungen für verschiedene Steuerungsverfahren möglich sein, bzw. in diese exportierbar sein. Hier sind insbesondere TRENDS-Kern Version 5.3 zu nennen.

B-9. Einbindung erweiterter Steuerungsverfahren

Um möglichst Herstelleroffen zu sein, sollen in der Software die Erstellung von Signalplanungen für das Steuerungsverfahren in TRELAN möglich sein, bzw. in diese exportierbar sein.

A-16. Test- und Debug- Funktionen

Jede Steuerung muss grundsätzlich an einem Testplatz getestet und bewertet werden. Bei Fehlern bei der Erstellung der Planung muss die Software eine Fehleranalyse betreiben und Debug-Möglichkeiten aufzeigen und durchführen.

A-17. Schnittstelle zu externer Simulationssoftware

Umfassende Exportmöglichkeiten zur bei der Stadtverwaltung verwendeten Simulationssoftware PTV Vissim und DLZR SUMO müssen durch die Software bereitgestellt werden. Dies beinhaltet für PTV Vissim neben der Signalsteuerung auch das erstellte Knotennetz, Detektoren, Fahrzeugzuflüsse und Signalgruppen.

B-10. Erweiterte Schnittstelle zu externer Simulationssoftware

Optional ist ein Export in die Softwareumgebungen von Aimsun und Sumo wünschenswert.

3.1.4 Versorgung

A-18. Versorgung entsprechend OCIT-Standard

Bei der Stadt Dortmund wird großer Wert auf die Verwendung einheitlicher Standards gelegt. Der OCIT- Standard bietet die Grundlage für die Entwicklung von Steuerungen für Lichtsignalanlagen.

A-19. Komplette Versorgung einschließlich aller Grunddaten, Logiken und Parameter

Die ganzheitliche Versorgung einer Lichtsignalanlage bildet die Basis für einen lang andauernden und störungsfreien Ablauf.

A-20. Umwandlung der Steuerlogik in ausführbaren Geräte-Code

Um sich möglichst breit am Markt aufzustellen, muss durch die Software ein hersteller-unabhängiger Geräte-Code aus der Planung exportiert werden können. Dieser Code dient den Signalbauunternehmen als Grundlage zur Versorgung der Steuergeräte.

A-21. Grafische Versorgung

Die Software muss über einen grafischen Editor verfügen, in dem die geometrischen Grunddaten des Verkehrsknotens zu Grunde gelegt werden können. Anhand der grafischen Oberfläche müssen alle relevanten Daten zur automatischen Zwischenzeitberechnung eingetragen werden können (Signalgruppen, Fahrstreifen, Haltebalken, etc.).

Zusätzlich müssen hier bereits Meldepunkte des ÖPNV, Detektoren oder andere verkehrstechnische Einrichtungen initialisiert werden.

3.2 Projektverwaltung

Die Projektverwaltung bildet bei der Planungssoftware für Lichtsignalanlagen einen zentralen Bestandteil. Hier müssen nicht nur aktuelle Planungsstände erfasst werden, sondern auch Altbestände archiviert, Änderungen dokumentiert und externe Inhalte importiert werden können.

A-22. Übersicht

Alle Lichtsignalanlagen der Stadt Dortmund müssen sortiert nach LSA-Nummer in einer übersichtlichen Tabelle dargestellt werden. Jeder LSA-Nummer wird eine eindeutige Ortsbezeichnung hinzugefügt

A-23. Versionierung

Alle in der Projektverwaltung erfassten Planungsstände werden automatisch durch die Software versioniert. Die Versionsnummer kann nach Bedarf angepasst werden. Den verschiedenen Planungsständen müssen Statusstufen zugeordnet werden können

(Entwurf, Bearbeitung, Ist-Stand, Archiv, etc.) Dabei darf der Status „Ist-Stand“ pro LSA nur einmal vorkommen.

A-24. Externer Datenimport

Jeder LSA müssen spezifische externe Dokumente zugeordnet werden können. (Lageplan, Bestückungslisten, Fotos, etc.) Hierbei sind zum Beispiel LINKS auf hinterlegte Dokumente gemeint, und nicht ein Import der Inhalte selbst in die Lösung.

A-25. Datenexport

In der Software erzeugte Daten (z.B. Planungsdaten, Einzeltabellen, Ablaufdiagramme, etc.) müssen in entsprechenden Datenformaten (.xml (OCIT), .pdf, etc.) exportiert werden können.

3.2.1 Sonstige Funktionen

A-26. Hilfefunktion

Zur Unterstützung der Nutzer*innen müssen Hilfebibliotheken zur Verfügung stehen. Diese müssen neben der Benutzung der Software auch eine Unterstützung bei der Fehlersuche und Fehlerbehebung sein. Die Hilfebibliotheken müssen in deutscher Sprache, auch offline, zur Verfügung stehen.

A-27. Gleichzeitiges bearbeiten von Planungsständen

Das zeitgleiche Bearbeiten von Planungsständen muss vom System verhindert werden. Nur der Erstzugriff darf Schreibrechte haben. Jeder weitere Zugriff darf in dem Fall nur über Lesezugriffe verfügen.

B-11. Hilfedokumente offline verfügbar

Die entsprechenden SW-Hilfe soll nach jedem Systemupdate in der aktuellen Version den Nutzenden auch offline und lokal zur Verfügung stehen.

A-28. Mehrsprachigkeit

Die Software muss mindestens über die Sprachpakete Deutsch und Englisch verfügen.

A-29. Updates

Updates werden über Release-Notes frühzeitig mit Auswirkungen auf angrenzende Module bekannt gegeben. Der Anbieter unterstützt DoSys bei der Implementierung von Updates und deren Tests, systemseitig.

3.2.2 Nutzer- Rollenkonzepte

A-30. Benutzerverwaltung

Eine grundlegende Benutzerverwaltung soll durch die SW bereitgestellt werden. Hier sind Nutzernummern, Nutzernamen und sonstige Daten anzugeben.

A-31. Nutzerrollen

Den Nutzern der SW müssen verschiedene Rollen mit individuell pro Nutzer*in einstellbaren Rechten, verliehen werden können. Durch die Software müssen folgende Rollen vordefiniert sein:

- Admin (ausgestattet mit Admin-Rechten), System
- Super-User (oder ähnlich Fach-Admin bzw. Key User)
- User (Schreib- und Leserechte)
- Gast (nur Leserechte)

Weitere Rollen müssen durch Adminrechte definiert werden können.

Einzelnen Nutzer*innen müssen durch den Admin verschiedenen Einzelrechte eingeräumt werden (z.B. Freigeben von Dokumenten, aufheben von Locks, etc.)

A-32. Passwortregeln nach BSI-Empfehlungen (Stand 2023)

Der SW-Anbieter hat Sorge zu tragen, dass Passwortregeln nach BSI-Empfehlungen (Stand 2023) in der Lösung umgesetzt werden und diese aktuelle zu halten. Diese sind u.a.:

BSI-Empfehlungen (Deutschland)

Vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI).

Basiert teils auf NIST, teils auf eigenen Analysen.

Empfehlung (Stand 2023):

Mind. 12 Zeichen, besser 12 oder mehr.

Benutzer Mind. 12 Zeichen

Administratoren Mind. 15 Zeichen

Keine Komplexitätszwänge, sondern Länge fördern.

Passphrasen bevorzugen (z. B. „Ich_liebe_Kaffee_am_Morgen!“).

Keine regelmäßige Änderung, außer bei Verdacht.

B-12. Erweiterte Passwortregeln

- Mehrfaktor-Authentifizierung (MFA)

3.2.3 Übergreifende Anforderungen

B-13. OCIT Developer Group (ODG) Anbindung

Der Anbieter orientiert sich an den Standards, die durch die ODG gegeben werden und hält dieses auf dem aktuellen Stand.

B-14. Building Information Modelling (BIM)

Der Anbieter orientiert sich an dem Rahmen, der durch die BIM Architektur gegeben wird, insbesondere dem vereinbarten Standard, Objekte und deren Daten aus Datenbanken mit den definierten Merkmalen auszutauschen.

B-15. Informationen und e-Learnings neben Schulungen für Nutzer*innen

Vom Anbieter werden bspw. e-Learnings oder Videos, FAQ oder Ähnliches zu den unterschiedlichen Modulen zur Verfügung gestellt.

3.3 Informationssicherheitsmanagement

B-16. Konformität zur/zum ISO27001, BSI-Standard, BSIIT-Grundschutzkompendium

Das Verfahren verfügt über eigene Module zum Thema Informationssicherheitsmanagementsystem. Dabei bezieht sich ein Modul auf das ISMS auf Basis der DIN EN ISO 27001 in der aktuellen Fassung. Das zweite Modul bezieht sich auf ein ISMS auf Basis BSI IT-Grundschutz. Die Module greifen auf im System vorhandene Stammdaten bzw. Bewegungsdaten wie Prozesse, Regelwerke, Risikoanalysen, Maßnahmebehandlungspläne und Maßnahmen(-Überwachung / -Controlling) zu.

3.4 Compliancemanagement

3.4.1 Regelwerksmanagement

A-33. Automatische Aktualisierung

Neue oder geänderte Gesetze können automatisch erfasst werden. Besonders Aktualisierungen bei Neuerungen der RiLSA.

3.5 Datenschutzmanagement

3.5.1 Erfassung von Verarbeitungstätigkeiten (=Prozesse, in denen pbDaten verarbeitet werden)

A-34. Kennzahlen aus dem Datenschutz

Es muss eine Dokumentation von Kennzahlen möglich sein. Die Kennzahlen werden für die Messung der Zielerreichung hinsichtlich Umsetzung der DSGVO, der Risikoeinschätzung und der Gegenmaßnahmen benötigt.

4 Technische Anforderungen

Im folgenden Kapitel werden die technischen Anforderungen an die zu implementierende Lösung definiert.

4.1 Systemplattform & Technologiebasis

4.1.1 Plattform

A-35. Windows- oder Linux-Plattform

Serverkomponenten der Softwarelösung müssen vollständig in einer Microsoft Windows Server Umgebung (WIN 2022, 64 Bit oder neuer) bzw. in einer Suse Linux Enterprise Server Umgebung (Enterprise SLES 12 SP3 oder neuer) betrieben werden können.

A-36. Trennung von Applikation- und Datenbankserver

Das Verfahren unterstützt verschlüsselte Kommunikation nach aktuellem Stand der Technik (TLS 1.3 oder höher) oder Zertifikate.

Der Applikationsserver muss getrennt vom Datenbankserver betrieben werden können

B-17. Virtualisierung

Die Anwendung kann sowohl mit physischen als auch mit virtualisierten Servern genutzt werden.

B-18. Verfahrenszugriff über Webbrowser

Sollte es sich bei der Softwarelösung um eine Webanwendung handeln, dann sollte der Verfahrenszugriff über Microsoft Edge oder Apple Safari (bei Zugriff von einem Apple iOS-Client) in der jeweils aktuellen Version funktionieren.

Der Verfahrenszugriff funktioniert ohne zusätzliche Browser-Plug-Ins.

4.1.2 Datenbank Server

A-37. Datenbank Technologie

Als Datenbank für die anzubietende Lösung muss eine der folgenden Datenbanken anbindbar sein:

- Microsoft SQL Server 2022, 64 Bit oder neuer bzw.
- Oracle-Datenbank 19c oder neuer.
- Vergleichbares gängiges und dem SQL-Standard folgendes Datenbank-Management-System wie Maria-DB, Firebird, etc.

4.1.3 Applikationsserver

A-38. Applikationsserver Technologie

Die Softwarelösung muss auf Servern mit Microsoft Server 2022 oder Suse Linux im jeweils aktuellen Versionsstand mit jeweils aktuellem Patch-Level laufen. Für eine Webanwendung muss der Applikationsserver des anzubietenden Systems auf einer der folgenden Technologien basieren:

- JBoss,
- IBM Websphere,
- Apache Geronimo oder Apache TomCat (jeweils in der aktuellen Version).
- Microsoft Internet Information Service (IIS)

4.1.4 E-Mailserver

B-19. Integration E-Mailserver

Für den Versand systemgenerierter E-Mails sollte der beim Auftraggeber vorhandene HCL Domino Server angebunden werden können.

4.1.5 Schnittstellen

A-39. Benutzer Zugriff

Der Zugriff auf das System muss anhand eines Usernames und Passwortes limitierbar sein.

B-20. Unterstützung Domänenauthentifizierung

Die Authentifizierung sollte dabei über das Active Directory (Single-Sign-On) möglich sein und dementsprechend über den bestehenden Domänenaccount des jeweiligen Anwenders erfolgen.

4.2 Security, Datensicherheit und Datenschutz

A-40. Einsatz aktueller Technologien

Der Hersteller der angebotenen Lösung muss sicherstellen, dass er nur Technologien von Drittanbietern verwendet, die von dem jeweiligen Hersteller auch noch aktiv gewartet/supportet werden. Sofern der Support einer verwendeten Technologie, während der Vertragslaufzeit (mindestens 4 Jahre) eingestellt wird, sollen diese spätestens zum offiziellen Supportende vollständig ersetzt werden.

A-41. Information zu den sicherheitsrelevanten Risiken in den verwendeten Technologien

Der Anbieter muss über Sicherheitslücken in den von ihm verwendeten und implementierten Technologien aktiv informieren. Dies umfasst nicht die vom Auftraggeber beizustellenden Technologien, wie z. B. die Systemplattform und/oder die Datenbank.

A-42. Bereitstellung von Patches und ähnlichem

Der Anbieter muss sicherstellen, dass sicherheitsrelevante Patches für die von ihm angebotene Lösung zeitnah bereitgestellt werden und dass eine entsprechende Information über das Erscheinen erfolgt. Das Einspielen der Patches (wie auch anderer Programmaktualisierungen) muss dabei manuell und durch einen Mitarbeiter des Auftraggebers möglich sein.

A-43. Deaktivierung von SW-Metering Funktionen

Das System darf keine über die grundsätzliche Prozessüberwachung bzw. Fehleranalyse hinausgehenden Daten erheben. Potenziell vorhandene Funktionen zur Nutzungsoptimierung (SW-Metering) sollen vollständig deaktivierbar sein. Nach der Deaktivierung dürfen keine Daten über das Nutzungsverhalten erhoben und/oder gespeichert werden.

B-21. Nachvollziehbarkeit von Datenänderungen

Das System kann sicherstellen, dass jegliche Veränderungen an den Stammdaten der Anwender und Bewegungsdaten nachvollzogen werden können. Es kann daher protokolliert werden, welche Änderung durch welchen Systemanwender zu welchem Zeitpunkt erfolgt ist. In den Bewegungsdaten mindestens jedoch Zeitstempel und inkl. Veränderung der Zwischenzeitmatrix-Daten und Signalgruppendaten. (In den Bewegungsdaten

mindestens jedoch Zeitstempel und benutzerspezifisch inkl. Veränderung der Zwischenzeitmatrix-Daten und Signalgruppendaten.)

4.2.1 Vertraulichkeit

A-44. Datenspeicherung

Das Verfahren stellt durch ein technisch hinterlegbares Zugriffskonzept sicher, dass nur befugte Nutzer Zugriff auf bestimmbar Datenkategorien haben.

Das Verfahren sieht die Möglichkeit vor, eine Datenspeicherung in einer öffentlichen Cloud zu verhindern oder sieht eine Datenspeicherung in einer öffentlichen Cloud gar nicht vor.

B-22. Anonymisierung personenbezogener Daten

Das Verfahren sollte eine automatische Anonymisierung der personenbezogenen Daten bei Export von Daten, z.B. zum Zwecke statistischer Auswertungen, unterstützen.

Die personenbezogenen Daten werden bei der Anonymisierung mit einem Dummy überschrieben. Die Falldaten bleiben aber noch erhalten. Alternativ: Die Möglichkeit der Sperrung der Datensätze, wenn eine Löschung technisch nicht möglich ist, ist gegeben.

B-23. Datenexport

Das Verfahren kann einen Datenexport in eine öffentliche Cloud oder in soziale Netzwerke durch Einstellung des Customizings unterbinden

Das Verfahren lässt einen Datenexport nur für berechtigte Nutzer zu.

B-24. Datenverschlüsselung

Das Verfahren unterstützt eine Transportverschlüsselung von Daten, die über das Daten-netz versendet werden, nach aktuellem Stand der Technik.

Das Verfahren unterstützt eine Verschlüsselung der gespeicherten Daten (Server und/oder Client) nach aktuellem Stand der Technik.

Die Aufhebung der Verschlüsselung ist durch einen nur beim Auftraggeber vorhandenen Recovery-Key möglich.

A-45. Zugriffssicherung ggf. Vertraulichkeit

Das Verfahren unterstützt eine gesicherte Anmeldung gemäß dem aktuellen Stand der Technik.

Sofern die Zugriffssicherung in der Anwendung unter Verwendung von Passwörtern erfolgt:

- Das Verfahren unterstützt komplexe Passworte (Buchstaben (groß und klein), Ziffern, Sonderzeichen)

- Das Verfahren unterstützt die variable, anpassbare Gültigkeitsdauer von Passwörtern
- Das Verfahren verhindert die erneute Verwendung eines einmal genutzten Passworts
- Das Verfahren unterstützt die Vergabe temporärer Initialpasswörter
- Das Verfahren unterstützt die Passwortänderung durch den Anwender

4.2.2 Integrität

A-46. Versehentliche Datenveränderung

Das Verfahren prüft vor der Datenübernahme automatisch die Plausibilität der eingegebenen Daten und warnt vor der Speicherung.

Das Verfahren unterstützt die Vorgabe von zulässigen Wertebereichen bei bestimmten Datenfeldern.

Das Verfahren unterstützt bei bestimmten Datenfeldern die Vorgabe von Schwellwerten, die bei Über-/Unterschreitung zu einer Warnmeldung führen.

Das Verfahren unterstützt die Einstellung einer Sicherheitsabfrage vor der Speicherung von Daten.

A-47. Fehlertoleranz

Das Verfahren fängt fehlerhafte Eingaben vor dem Speichern ab und gibt eine Fehler-/Warnmeldung aus.

Das Verfahren verhindert Systemabbrüche durch fehlerhafte Dateneingaben oder Tastenkombinationen.

B-25. Externer Zugriff auf die Anwendung / Remote-Zugriff

Die Anwendung unterstützt einen externen Remote-Zugriff. Bei der Stadt Dortmund wird im allgemeinen Citrix Terminal Server verwendet.

4.2.3 Verfügbarkeit und Belastbarkeit

A-48. Verfügbarkeit des Datenzugriffs

Das Verfahren wird laufend dem aktuellen Stand der (Sicherheits-) Technik angepasst.

A-49. Datensicherung

Das Verfahren oder die verwendete Datenbanklösung unterstützt eine automatische Sicherung der Daten.

Das Verfahren unterstützt eine Aussonderung und Archivierung nicht mehr benötigter Daten.

A-50. Verarbeitung personenbezogener Daten

Das Verfahren unterstützt eine Datenfilterung zur Erfüllung der Auskunftsansprüche Betroffener.

Das Verfahren unterstützt die Sperrung einzelner personenbezogener Daten.

Das Verfahren unterstützt die Löschung einzelner personenbezogener Daten (nach vorgegebendem Zeitablauf).

4.2.4 Authentizität

A-51. Eindeutigkeit und Identifizierbarkeit von Verfahrensnutzern (Benutzerauthentifizierung)

Das Verfahren enthält Funktionen zur Identifizierung von Verfahrensnutzern (Benutzerkennung).

Das Verfahren enthält Funktionen zur Erkennung einer mehrfachen Anmeldung am Verfahren.

Das Verfahren unterstützt das Unterbinden einer mehrfachen Anmeldung mit einer Benutzerkennung durch Abmeldung bestehender konkurrierender Verbindung mit vorlaufender Information und Bestätigung.

A-52. Benutzerverwaltung im Verfahren

Das Verfahren unterstützt die Abbildung der Aufbauorganisation im Rahmen der Rechtevergabe.

Das Verfahren unterstützt eine rollenbasierte Rechtevergabe.

Das Verfahren unterstützt eine flexible Anpassung der Rollen durch den Administrator des Auftraggebers.

B-26. Wiederherstellungsfunktion

Bei Systemabbrüchen werden zuletzt eingegebene Informationen, insbesondere zu Planungsständen automatisch zwischengesichert und bei Neustart zur Wiederherstellung angeboten.

4.2.5 Revisionsfähigkeit

A-53. Protokollierung

Das Verfahren protokolliert automatisch schreibende Zugriffe mindestens mit Zeitpunkt des Zugriffs, der Nutzer-ID , Art des Zugriffs.

Das Verfahren protokolliert unberechtigte Zugriffsversuche mindestens mit Zeitpunkt des Versuchs, Nutzer-ID, Grund der Zurückweisung.

Das Verfahren protokolliert Programmfehler und Fehler bei der Datenspeicherung.

Das Verfahren protokolliert Programmänderungen und –aktualisierungen.

Das Verfahren protokolliert Änderungen im Rahmen der verfahrenseigenen Benutzerverwaltung (soweit zutreffend).

Das Verfahren verhindert eine Abschaltung oder Veränderung der Protokollierung.

Das Verfahren speichert die Protokollierung gesondert tabellarisch und auswertbar ab.

Das Verfahren lässt den Zugriff auf die Protokolldaten nur für besonders berechnigte Personen (Administratoren) zu.

4.2.6 Transparenz

A-54. Programmdokumentation

Das Verfahren ist in deutscher oder englischer Sprache dokumentiert (Ausnahme: Benutzer-Handbuch, siehe unten).

Die Verfahrensdokumentation wird elektronisch als Datei oder über Webzugriff dauerhaft zur Verfügung gestellt.

Die Verfahrensdokumentation unterstützt Suchfunktionen.

Die Verfahrensdokumentation kann gesondert in dem jeweiligen Versionsstand beim Auftraggeber gesichert / gespeichert werden.

Die Verfahrensdokumentation beschreibt den jeweils aktuellen Programmstand.

Die Verfahrensdokumentation enthält eine Darstellung der Menüstruktur.

Die Verfahrensdokumentation enthält eine Beschreibung der Standardrollen im Verfahren.

Die Verfahrensdokumentation enthält eine Beschreibung der im Rahmen der Datensicherung unbedingt zu sichernden Komponenten.

Die Verfahrensdokumentation enthält eine Beschreibung aller automatisierten oder automatisierbaren Aufgaben im Verfahren.

Die Verfahrensdokumentation enthält ein Benutzer-Handbuch in deutscher Sprache und englischer Sprache.

Die Verfahrensdokumentation enthält ein Administratoren-Handbuch.

A-55. Systemmeldungen und Hinweistexte

Im Verfahren ist die Menüführung durchgängig in deutscher Sprache abgefasst.

Das Verfahren enthält vom Benutzer aufrufbare Hilfetexte in deutscher Sprache.

Im Verfahren erfolgen Fehler- und Warn- und sonstige Systemmeldungen im Klartext in deutscher Sprache und nicht ausschließlich über Meldungsschlüssel.

B-27. Systemmeldungen und Hinweistexte zusätzlich in englischer Sprache

Alternativ soll das Verfahren zusätzlich in englischer Sprache abgefasst sein.

4.3 Allgemeine technische Anforderungen

A-56. Staging

Das anzubietende System muss zu Staging-Zwecken in bis zu 2 Umgebungen (z.B. Test und Produktion) parallel betrieben werden können. Das Angebot muss die Lizenzierung dieser Umgebungen (mit identischen Daten, z.B. durch Klon der Produktivumgebung) beinhalten. Der Auftraggeber sichert zu, dass nur eine dieser Umgebungen produktiv genutzt wird.

B-28. Einfach handhabbarer Transport zwischen den Stages

Es soll zudem ein einfach zu handhabendes Verfahren bzw. Funktion für die zuverlässige, wenig aufwändige Datenübernahme zwischen den Stages existieren. Dieses soll sowohl die Übernahme von Konfigurationseinstellungen (Customizing) als auch den **Transport** von Daten (z. B. Produktionsdaten in die Testumgebung zu Simulations- und Testzwecken) ermöglichen. Die Datenübernahme soll ohne Anbieterunterstützung durch den Auftraggeber*innen erfolgen können.

4.4 Administrierbarkeit

4.4.1 Systemanpassung

A-57. Datenausgabe (Druck, Datenexport)

Das Verfahren unterstützt den lokalen Druck ohne verfahrenseigene, auf dem Client erforderliche Druckertreiber.

Das Verfahren unterstützt den Druck über Netzwerkdrucker mit server- oder clientseitigem Spooling.

Das Verfahren unterstützt eine individuelle Textgestaltung und Anpassung an das Corporate Design der Stadt Dortmund durch den Auftraggeber.

Das Verfahren unterstützt die Festlegung verschiedener Ausgabeformate, je nach Druckvorlage / Art des Ausdrucks.

A-58. Verwendung von Microsoft Office 365 Produkten

Das Verfahren verwendet, sofern Office Produkte genutzt werden oder für die Weiterverarbeitung von Daten aus dem Verfahren erforderlich sind, Microsoft Office 365 (oder neuer) kompatible Schnittstellen, Datenübertragungs- und Dateiformate.

A-59. Dateneingabe (Menüanpassung, Pflichtfelder, ...)

Das Verfahren unterstützt Dateneingabefelder als Pflicht- oder Optional-Felder und behandelt diese plausibel.

Das Verfahren kennzeichnet Dateneingabefelder als Pflicht- oder Optional-Felder.

4.4.2 Systemaktualisierung

A-60. Durchführung von Programmaktualisierung

Bei der Programmaktualisierung ist sichergestellt, dass dies ohne Überschreiben der zentralen und lokalen Parametereinstellungen erfolgt.

B-29. Sicherung und Wiederherstellung bei Updates

Es stehen Bausteine zur Verfügung, um das Update auf die vorherige Version zurückzusetzen.

B-30. Übernahme von Parametereinstellungen durch Bausteine gestützt

Es stehen Komponenten und Bausteine zur Verfügung, sodass Parametereinstellungen bei Updates weitestgehend nicht manuell vorgenommen werden sollen.

B-31. Komponenten bzw. Bausteine zur Behandlung von Stamm- bzw. Bewegungsdaten

Es stehen Komponenten und Bausteine zur Verfügung, sodass Stamm- bzw. Bewegungsdaten bei Updates weitestgehend automatisiert behandelt werden können.

5 Anhang

I. Anforderungsverzeichnis

1	Allgemeine Informationen	4
1.1	Auftragsgegenstand.....	4
1.2	Informationen zur Auftraggeberin	4
1.3	Informationen zum Ingenieursarbeitsplatz	4
1.4	Projektbeschreibung und Ziele	4
1.5	Bewertung der Leistungsbeschreibung	5
1.6	Zusätzliche Dokumente	8
2	Allgemeine Anforderungen	9
2.1	Anforderungen an die anzubietenden Dienstleistungen.....	9
A-1.	Hotline.....	9
A-2.	Schulungen.....	10
A-3.	Migration von MS-Office und PDF-Dokumenten	10
B-1.	Migration von verkehrsabhängigen Steuerungen	10
B-2.	Vorgehensmodell zur Migration von Alt-Daten	10
2.2	Anforderungen an die anzubietende Software.....	10
A-4.	Barrierefreiheit der Toollösung.....	10
B-3.	Software-Bill-of-Materials	10
A-5.	On-Premise-Betrieb und Testumgebung.....	10
A-6.	Moderne und zukunftsichere Software	11
2.3	Anforderungen an die Serviceleistungen nach der Systemlieferung.....	11
A-7.	Beratungsaufwand	11
3	Funktionale Anforderungen	12
3.1	Planen, Bewerten und Steuern von Lichtsignalanlagen.....	12
A-8.	Automatische Berechnung von Wegen zur Zwischenzeitberechnung.....	12
A-9.	Erstellung von Phasen und Phasenfolgeplänen.....	12
A-10.	Darstellung Zeit-Weg-Diagrammen.....	12
A-11.	Automatische Erstellung und Optimierung von Koordinierungen.....	12
A-12.	C-ITS-Themen	12
B-4.	Mehrsprachige Syntax.....	12
B-5.	Bewertung von unsignalisierten Knotenpunkten	12
B-6.	Bewertung von Kreisverkehren.....	13
B-7.	Bewertung von signalisierten Knotenpunkten	13
B-8.	Bewertung von koordinierten Verkehrsknoten.....	13
A-13.	Erstellen freier Steuerlogiken.....	13
A-14.	Erstellung eigener Steuerfunktionsbibliotheken	13
A-15.	Einbindung verschiedener Steuerungsverfahren	13

B-9.	Einbindung erweiterter Steuerungsverfahren	13
A-16.	Test- und Debug- Funktionen.....	13
A-17.	Schnittstelle zu externer Simulationssoftware	13
B-10.	Erweiterte Schnittstelle zu externer Simulationssoftware	14
A-18.	Versorgung entsprechend OCIT-Standard	14
A-19.	Komplette Versorgung einschließlich aller Grunddaten, Logiken und Parameter	14
A-20.	Umwandlung der Steuerlogik in ausführbaren Geräte-Code	14
A-21.	Grafische Versorgung	14
3.2	Projektverwaltung.....	14
A-22.	Übersicht	14
A-23.	Versionierung.....	14
A-24.	Externer Datenimport	15
A-25.	Datenexport	15
A-26.	Hilfefunktion	15
A-27.	Gleichzeitiges bearbeiten von Planungsständen	15
B-11.	Hilfedokumente offline verfügbar.....	15
A-28.	Mehrsprachigkeit.....	15
A-29.	Updates	15
A-30.	Benutzerverwaltung.....	15
A-31.	Nutzerrollen	15
A-32.	Passwortregeln nach BSI-Empfehlungen (Stand 2023)	16
B-12.	Erweiterte Passwortregeln	16
B-13.	OCIT Developer Group (ODG) Anbindung	16
B-14.	Building Information Modelling (BIM).....	16
B-15.	Informationen und e-Learnings neben Schulungen für Nutzer*innen	16
3.3	Informationssicherheitsmanagement	17
B-16.	Konformität zur/zum ISO27001, BSI-Standard, BSIIT-Grundschutzkompendium.....	17
3.4	Compliancemanagement	17
A-33.	Automatische Aktualisierung.....	17
3.5	Datenschutzmanagement.....	17
A-34.	Kennzahlen aus dem Datenschutz	17
4	Technische Anforderungen	17
4.1	Systemplattform & Technologiebasis.....	17
A-35.	Windows- oder Linux-Plattform	17
A-36.	Trennung von Applikation- und Datenbankserver	17
B-17.	Virtualisierung	18
B-18.	Verfahrenszugriff über Webbrowser	18
A-37.	Datenbank Technologie	18

A-38.	Applikationsserver Technologie	18
B-19.	Integration E-Mailserver	18
A-39.	Benutzer Zugriff	19
B-20.	Unterstützung Domänenauthentifizierung.....	19
4.2	Security, Datensicherheit und Datenschutz.....	19
A-40.	Einsatz aktueller Technologien	19
A-41.	Information zu den sicherheitsrelevanten Risiken in den verwendeten Technologien.....	19
A-42.	Bereitstellung von Patches und ähnlichem	19
A-43.	Deaktivierung von SW-Metering Funktionen.....	19
B-21.	Nachvollziehbarkeit von Datenänderungen	19
A-44.	Datenspeicherung	20
B-22.	Anonymisierung personenbezogener Daten	20
B-23.	Datenexport	20
B-24.	Datenverschlüsselung	20
A-45.	Zugriffssicherung ggf. Vertraulichkeit	20
A-46.	Versehentliche Datenveränderung.....	21
A-47.	Fehlertoleranz	21
B-25.	Externer Zugriff auf die Anwendung / Remote-Zugriff	21
A-48.	Verfügbarkeit des Datenzugriffs	21
A-49.	Datensicherung.....	21
A-50.	<i>Verarbeitung personenbezogener Daten</i>	21
A-51.	Eindeutigkeit und Identifizierbarkeit von Verfahrensnutzern (Benutzerauthentifizierung)	22
A-52.	Benutzerverwaltung im Verfahren	22
B-26.	Wiederherstellungsfunktion	22
A-53.	Protokollierung.....	22
A-54.	Programmdokumentation	23
A-55.	Systemmeldungen und Hinweistexte	23
B-27.	Systemmeldungen und Hinweistexte zusätzlich in englischer Sprache..	24
4.3	Allgemeine technische Anforderungen.....	24
A-56.	Staging.....	24
B-28.	Einfach handhabbarer Transport zwischen den Stages.....	24
4.4	Administrierbarkeit	24
A-57.	Datenausgabe (Druck, Datenexport)	24
A-58.	Verwendung von Microsoft Office 365 Produkten	24
A-59.	Dateneingabe (Menüanpassung, Pflichtfelder, ...).....	24
A-60.	Durchführung von Programmaktualisierung	25
B-29.	Sicherung und Wiederherstellung bei Updates	25
B-30.	Übernahme von Parametereinstellungen durch Bausteine gestützt	25

	B-31. Komponenten bzw. Bausteine zur Behandlung von Stamm- bzw. Bewegungsdaten	25
5	Anhang.....	26

Vereinbarung über die Erbringung von Teleservices (Fernwartung)

gemäß Artikel 28 EU-DSGVO

zwischen der

Stadt Dortmund

-Dortmunder Systemhaus-

Deggingstr. 42, 44141 Dortmund

- Verantwortlicher - nachstehend Auftraggeber genannt -

und dem/der

-ergibt sich aus dem Angebot-

- nachstehend Auftragsverarbeiter genannt -

1. Gegenstand und Dauer der Verarbeitung

(1) Gegenstand

Der Gegenstand der Verarbeitung personenbezogener Daten ergibt sich aus dem EVB-IT Systemlieferungsvertrag „Einführung eines neuen Ingenieurarbeitsplatzes zur Planung von Steuerungen für Lichtsignalanlagen (Software)“ Nr. 2024019421, auf den hier verwiesen wird (im Folgenden „Vertrag“ genannt).

(2) Dauer

Die Dauer der Verarbeitung personenbezogener Daten entspricht der Laufzeit des Vertrags. Sobald der Vertrag endet, endet auch diese Vereinbarung, ohne dass es einer gesonderten Kündigung bedarf.

2. Art und Zweck der Verarbeitung

(1) Die Verarbeitung personenbezogener Daten auf der Grundlage dieser Vereinbarung erfolgt im Rahmen der Durchführung von Fernwartungstätigkeiten durch den Auftragsverarbeiter. Als Fernwartung wird der räumlich getrennte Zugriff auf IT-Systeme in der Infrastruktur der Stadt Dortmund zur Erbringung von Serviceleistungen, z.B. zu Wartungs- und Reparaturzwecken bezeichnet. Weitere Details zu Art und Zweck der Verarbeitung personenbezogener Daten durch den Auftragsverarbeiter für den Auftraggeber sind in dem Vertrag beschrieben.

(2) Gegenstand der Verarbeitung personenbezogener Daten sind folgende Datenarten bzw. Datenkategorien

In Logdateien gespeicherte personenbezogene Daten (i.d.R. pseudonymisierte Beschäftigtendaten). Gespeichert werden Zugriffe (zugreifende Person, Zeitpunkt des Zugriffs, Art des Zugriffs) auf dem im Vertrag aufgeführten Leistungsgegenstand (i.d.R. Softwareverfahren).

Einzelne Produktivdatensätze aus dem im Vertrag aufgeführten Leistungsgegenstand (i.d.R. Softwareverfahren).

Die diesbezüglichen Datenarten / Datenkategorien ergeben sich aus dem im Vertrag benannten Leistungsgegenstand.

Im Rahmen des Aufschaltens auf einen Clientrechner ggf. übertragene Bildschirmhalte, die personenbezogene Daten enthalten können.

(3) Die Kategorien der durch die Verarbeitung betroffenen Personen umfassen:

- ☐ Kunden / Bürger
- ☒ Beschäftigte

(4) Die Erbringung der vereinbarten Verarbeitung personenbezogener Daten findet ausschließlich in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union oder in einem

anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum statt. Jede Verlagerung in ein Drittland bedarf der vorherigen Zustimmung des Auftraggebers und darf nur erfolgen, wenn die besonderen Voraussetzungen der Artikel 44 ff. DSGVO erfüllt sind.

3. Fernwartungsrichtlinie des Auftraggebers

- (1) Als Fernwartung wird der räumlich getrennte Zugriff auf IT-Systeme in der Infrastruktur der Stadt Dortmund zur Erbringung von Serviceleistungen, z.B. zu Wartungs- und Reparaturzwecken bezeichnet.
- (2) externe Fernwartung (beaufsichtigt)

Bei der externen Fernwartung schaltet sich eine externe Servicekraft (Wartungs- oder Pflegefirma, sonstiges Dienstleistungsunternehmen) auf ein städtisches PC-System auf.

Um einen Zugriff durch eine externe Servicekraft zu ermöglichen, ist eine Verbindung über das Internet bereitzustellen.

Der Zugang zur städtischen Infrastruktur ist auf das notwendige Maß zu beschränken. Der Zugang wird einzelfallbezogen nach vorheriger Anmeldung durch die städtische Ansprechperson ermöglicht. Die städtische Ansprechperson beobachtet die Tätigkeiten der externen Servicekraft. Nach Abschluss der Dienstleistung der externen Servicekraft wird der Zugang durch die städtische Ansprechperson wieder gesperrt.

Die Zugriffsberechtigungen sind auf das für die Dienstleistungserbringung notwendige Maß zu beschränken.

Zu Revisionszwecken ist die Tätigkeit der externen Servicekraft detailliert aufzuzeichnen.

Hierzu wird grundsätzlich das Tool FastViewer des Herstellers FastViewer GmbH in der aktuellen intern frei gegebenen Version eingesetzt. Dieses Tool wird „on-premises“ in der DMZ des Dortmunder Systemhauses betrieben.

FastViewer bietet die Möglichkeit, über das Internet, eine Verbindung zu einem städtischen PC-System aufzubauen. Dazu muss die städtische Ansprechperson das Programm „FastMaster“ ausführen und die externe Servicekraft einladen. Dabei wird eine einmalige Sitzungsnummer generiert. Mit dieser kann die externe Servicekraft eine Fernwartungssitzung aufbauen.

Die städtischen Nutzer*innen haben alle für den Supportfall nicht relevanten Anwendungen mit sensiblen Informationen auf dem Zielgerät vor Aufnahme der

Fernwartungssitzung zu schließen. Vor Verbindungsaufbau werden sie durch eine entsprechende Systemnachricht daran erinnert. Nach dem Aufbau der Verbindung ist zunächst keine Bildschirmübertragung oder Steuerung aktiv. Diese muss explizit von der städtischen Ansprechperson freigegeben werden. Durch die Sicherheitsvorkehrungen, wie einmalige Sitzungsnummer und die explizite Freigabe, ist sichergestellt, dass ein Zugriff auf das System nicht ohne Zutun der städtischen Ansprechperson möglich ist.

Es erfolgt eine zentrale unveränderbare Aufzeichnung der kompletten Fernwartungssitzung. Diese Aufzeichnung wird auf dem zentralen FastViewer Server innerhalb des städtischen Rechenzentrums gespeichert. Dadurch wird sichergestellt, dass weder die externe Servicekraft noch die städtische Ansprechperson diese löschen kann.

Sofern nicht das Tool FastViewer verwendet wird, ist dennoch eine revisionssichere Aufzeichnung zu gewährleisten. Die Verantwortung für die revisionssichere Aufzeichnung liegt bei der Stelle, die die Nutzung des anderen Tools verlangt hat. Die Aufzeichnung kann dabei durch den externen Dienstleister erfolgen und von diesem gespeichert werden. Auf Anforderung durch die städtische Ansprechperson sind die Aufzeichnungen unverzüglich an die Stadt Dortmund zu übermitteln. Die städtische Ansprechperson beaufsichtigt die komplette Fernwartungssitzung und unterbricht den Zugang zur städtischen Infrastruktur sofort bei Auftreten von Unregelmäßigkeiten (z.B. bei Störung der Datenübertragung oder bei nicht erwarteten Aktionen der externen Servicekraft).

(3) externe Fernwartung (unbeaufsichtigt)

Grundsätzlich ist eine Fernwartung nur beaufsichtigt durchzuführen. Ausnahmsweise darf die Fernwartung auch unbeaufsichtigt stattfinden (z.B. Service außerhalb der Dienstzeiten, spezielle Funktionen). Dieses ist in der abzuschließenden Teleservicevereinbarung gesondert aufzunehmen. Dieser Teleservice erfolgt mit dem Tool FastViewer oder durch die Bereitstellung der erforderlichen Anwendungen über Citrix Virtual Apps and Desktop, so dass auf diesem Weg über das Produkt Citrix Session Recording eine Aufzeichnung des Zugriffs sichergestellt werden kann.

Bei Nutzung des Tools FastViewer wird zur Erbringung der Dienstleistung auf dem fernzuwartenden System ein FastViewer-Agent installiert. Zusätzlich wird eine Konfiguration für die externe Servicekraft erstellt und dieser zur Verfügung gestellt. Jede konkrete, einzelne Dienstleistung ist in den üblichen Dienstzeiten von der externen Servicekraft bei der im Pflege-/Wartungsvertrag benannten Ansprechperson anzumelden und von dieser schriftlich oder per E-Mail zu genehmigen. Die städtische Ansprechperson hat diesen vereinbarten, unbeaufsichtigten Fernwartungsvorgang den Teams „IT-Sicherheit“ und „Aktive Netze“ des StA 10 per E-Mail vor Aufnahme der Tätigkeit mitzuteilen.

Der Zugriff für den externen Dienstleister wird so kurzfristig wie möglich vor Aufnahme der Tätigkeit eingerichtet und nach Abschluss der Tätigkeit unverzüglich (während der üblichen Geschäftszeiten des StA 10) wieder gesperrt.

Im Rahmen des externen unüberwachten Fernwartungszugriffs über Citrix Virtual Apps and Desktop erfolgt der externe Zugriff über ein sog. Citrix Access Gateway. Der Zugang ist neben Benutzer ID und Kennwort zusätzlich mit Multifaktor Authentifizierung abgesichert. Nach entsprechend erfolgreicher Authentifizierung stehen dem externen Dienstleister auf dem Citrix Access Gateway die zur Verfügung gestellten Anwendungen und Services zur Verfügung. Nach Starten dieser Anwendungen erhält der externe Dienstleister einen Hinweis, dass die Sitzungen zur Dokumentation aufgezeichnet werden. Erst nach entsprechender Bestätigung dieser Meldung kann im Anschluss auf die Sitzung zugegriffen werden. Die Sitzung wird dabei so lange aufgezeichnet, bis sie beendet und damit geschlossen wird. Die Aufzeichnungen werden in einer dedizierten Citrix Session Recording Datenbank gespeichert und auf einem zentralen File Server im Rechenzentrum revisionssicher gespeichert.

Der Einsatz von Citrix Virtual Apps mit der Aufzeichnung der Citrix Sitzungen über Citrix Session Recording ist aktuell nur für den externen unüberwachten Fernwartungszugriff vorgesehen. Ergeben sich zukünftig Anwendungsfälle durch Hersteller Support Verträge, in denen Externe auch auf diesem Weg die Windows Remote Unterstützung für interne beaufsichtigte Fernwartung nutzen sollen, gelten auch hier zusätzlich die oben unter „interne Fernwartung (beaufsichtigt)“ beschriebenen Regelungen.

Insbesondere ist dann auch hier zu beachten, dass vor Verbindungsaufnahme die städtischen Nutzer*innen alle nicht für den Supportfall relevanten Anwendungen mit sensiblen Informationen schließen und die Daten dabei zu sichern haben. Auch hier werden die städtischen Nutzer durch eine technische Systemnachricht entsprechend darauf hingewiesen und an die Verpflichtung erinnert.

(4) Aufbewahrungsfristen und Zugriff auf Protokolle

Städtische Aufzeichnungen von Fernwartungssitzungen werden 8 Wochen gespeichert und auf Anforderung der stadtinternen berechtigten Stelle zu Revisionszwecken bereitgestellt.

Soweit die Fernwartungssitzung durch den Auftragsverarbeiter aufgezeichnet wurde (z.B. im Fall der Nutzung eines anderen Tools als den FastViewer), stellt dieser sicher, dass die Aufzeichnung mindestens 8 Wochen nach Abschluss der Fernwartungssitzung revisionssicher aufbewahrt und auf Anforderung des Auftraggebers herausgegeben wird.

Nach Ablauf der Speicherfrist sind nicht angeforderte Aufzeichnungen zu löschen.

- (5) Der Auftragsverarbeiter informiert die durch ihn mit der Durchführung der Fernwartung beauftragten Personen vor Aufnahme der Tätigkeiten über die oben beschriebenen Vorgehensweisen der Datenaufzeichnung und über die Regelungen vor Verbindungsaufnahme.
- (6) Im Rahmen der Fernwartungsdurchführung wird ausschließlich folgendes Werkzeug eingesetzt: FastViewer

4. Rechte und Pflichten der Parteien

- (1) Der Auftragsverarbeiter und jede ihm unterstellte Person, die Zugang zu personenbezogenen Daten hat, wird die personenbezogenen Daten nur auf schriftlich dokumentierte Weisung des Auftraggebers (auch in Bezug auf eine etwaige Übermittlung personenbezogener Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation) verarbeiten, sofern er nicht durch das Recht der Union oder der Mitgliedstaaten, dem der Auftragsverarbeiter unterliegt, hierzu verpflichtet ist. In einem solchen Fall teilt der Auftragsverarbeiter dem Auftraggeber diese rechtlichen Anforderungen vor dem Beginn der Verarbeitung mit, sofern das betreffende Recht eine solche Mitteilung nicht wegen eines wichtigen öffentlichen Interesses verbietet.

Weisungsberechtigte Personen des Auftraggebers sind:
Anwendungsbetreuer*innen der Stadt Dortmund.
Die Kontaktdaten ergeben sich aus dem Vertrag.

Weisungsempfänger beim Auftragsverarbeiter sind:
Vom Auftragsverarbeiter für die Störungsbeseitigung oder sonstige Unterstützungsleistung eingesetztes Personal.
Die Kontaktdaten ergeben sich aus dem Vertrag.

Bei einem Wechsel oder einer längerfristigen Verhinderung des Ansprechpartners ist dem Vertragspartner unverzüglich schriftlich oder in Textform der Nachfolger bzw. der Vertreter mitzuteilen.

- (2) Der Auftragsverarbeiter gewährleistet, dass sich die zur Verarbeitung der personenbezogenen Daten befugten Personen zur Vertraulichkeit verpflichtet haben oder einer angemessenen gesetzlichen Verschwiegenheitspflicht unterliegen. Der Auftragsverarbeiter wird dem Auftraggeber vor Beginn der Verarbeitung der personenbezogenen Daten geeignete Nachweise über die entsprechende Verpflichtung schriftlich übermitteln oder die gesetzliche Verschwiegenheitspflicht schriftlich darlegen.

- (3) Der Auftragsverarbeiter verpflichtet sich, alle gemäß Art. 32 DSGVO erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Hierunter fallen insbesondere die geeigneten technischen und organisatorischen Maßnahmen, um ein dem Risiko der Verarbeitung personenbezogener Daten angemessenes Schutzniveau zu gewährleisten. Der Auftragsverarbeiter wird dem Auftraggeber vor Beginn der Verarbeitung der personenbezogenen Daten geeignete Nachweise über die entsprechenden, von ihm getroffenen, Maßnahmen schriftlich übermitteln.
- (4) Der Auftragsverarbeiter verpflichtet sich, die in Art. 28 Abs. 2 und 4 DSGVO genannten Bedingungen für die Inanspruchnahme der Dienste eines weiteren Auftragsverarbeiters einzuhalten. Dies umfasst insbesondere folgende Bedingungen:
- (a) Der Auftragsverarbeiter nimmt keinen weiteren Auftragsverarbeiter ohne vorherige gesonderte oder allgemeine schriftliche Genehmigung des Auftraggebers in Anspruch. Im Fall einer allgemeinen schriftlichen Genehmigung informiert der Auftragsverarbeiter den Auftraggeber immer über jede beabsichtigte Änderung in Bezug auf die Hinzuziehung oder die Ersetzung anderer Auftragsverarbeiter, wodurch der Auftraggeber die Möglichkeit erhält, gegen derartige Änderungen Einspruch zu erheben.
Die allgemeine Genehmigung zur Inanspruchnahme weiterer Auftragsverarbeiter wird unter den in dieser Vereinbarung aufgeführten Bedingungen erteilt.
 - (b) Nimmt der Auftragsverarbeiter die Dienste eines weiteren Auftragsverarbeiters in Anspruch, um bestimmte Verarbeitungstätigkeiten im Namen des Auftraggebers auszuführen, so werden diesem weiteren Auftragsverarbeiter im Wege eines Vertrags oder eines anderen Rechtsinstruments nach dem Unionsrecht oder dem Recht des betreffenden Mitgliedstaats dieselben Datenschutzpflichten auferlegt, die in der vorliegenden Vereinbarung festgelegt sind, wobei insbesondere hinreichende Garantien dafür geboten werden muss, dass die geeigneten technischen und organisatorischen Maßnahmen so durchgeführt werden, dass die Verarbeitung entsprechend den Anforderungen der DSGVO erfolgt. Kommt der weitere Auftragsverarbeiter seinen Datenschutzpflichten nicht nach, so haftet der Auftragsverarbeiter gegenüber dem Auftraggeber für die Einhaltung der Pflichten jenes anderen Auftragsverarbeiters.

Die Weitergabe von personenbezogenen Daten des Auftraggebers durch den Auftragsverarbeiter an den weiteren Auftragsverarbeiter und dessen erstmaliges Tätigwerden sind erst mit Vorliegen aller o.g. Voraussetzungen gestattet.

- (5) Der Auftragsverarbeiter verpflichtet sich, angesichts der Art der Verarbeitung den Auftraggeber nach Möglichkeit mit geeigneten technischen und organisatorischen Maßnahmen dabei zu unterstützen, der Pflicht des Auftraggebers zur Beantwortung von Anträgen auf Wahrnehmung der in Kapitel III der DSGVO genannten Rechte der betroffenen Person nachzukommen.

- (6) Der Auftragsverarbeiter verpflichtet sich, unter Berücksichtigung der Art der Verarbeitung und der ihm zur Verfügung stehenden Informationen, den Auftraggeber bei der Einhaltung der in den Art. 32 bis 36 DSGVO genannten Pflichten zu unterstützen.
- (7) Der Auftragsverarbeiter verpflichtet sich, nach Abschluss der Erbringung der Verarbeitungsleistungen alle personenbezogenen Daten nach Wahl des Auftraggebers entweder zu löschen und / oder dem Auftraggeber zurückzugeben. Die vorhandenen Kopien wird der Auftragsverarbeiter umgehend löschen, sofern ihn nicht nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten eine Verpflichtung zur Speicherung der personenbezogenen Daten trifft.
- (8) Der Auftragsverarbeiter verpflichtet sich, dem Auftraggeber alle mit diesem Vertrag geforderten Informationen zum Nachweis der Einhaltung der in Art. 28 DSGVO niedergelegten Pflichten vor Beginn der Verarbeitung der personenbezogenen Daten, bzw. bei Änderungen auch während der Vertragslaufzeit schriftlich zur Verfügung zu stellen.
- (9) Der Auftragsverarbeiter wird Überprüfungen, die vom Auftraggeber oder einem anderen von diesem beauftragten Prüfer durchgeführt werden, ermöglichen und dazu beitragen. Der Auftraggeber wird entsprechende Überprüfungen rechtzeitig gegenüber dem Auftragsverarbeiter ankündigen. Der Auftragsverarbeiter stellt sicher, dass sich der Auftraggeber von der Einhaltung der Pflichten des Auftragsverarbeiters nach Art. 28 DSGVO überzeugen kann. Der Auftragsverarbeiter verpflichtet sich, dem Auftraggeber auf Anforderung die erforderlichen Auskünfte zu erteilen und insbesondere die Umsetzung der technischen und organisatorischen Maßnahmen nachzuweisen.

5. Ansprechpartner in Datenschutzthemen

- (1) Die Kontaktdaten des / der behördlichen Datenschutzbeauftragten des Auftraggebers lauten:

Der / Die Datenschutzbeauftragte
44122 Dortmund
Tel.: 0231 / 50 24999
datenschutz@stadtdo.de

- (2) Der Auftragsverarbeiter wird vor Beginn der Verarbeitung der personenbezogenen Daten dem Auftraggeber schriftlich die Kontaktdaten seiner Ansprechpartner*in in Angelegenheiten des Datenschutzes mitteilen. Soweit der Auftragsverarbeiter durch gesetzliche Regelungen zur Bestellung eines Datenschutzbeauftragten verpflichtet ist, umfasst diese Mitteilung die Kontaktdaten des / der Datenschutzbeauftragten.

Die jeweils aktuellen Kontaktdaten können alternativ auf der Homepage des Auftragsverarbeiters leicht zugänglich hinterlegt werden.

6. Außerordentliche Kündigung

- (1) Der Auftraggeber kann den unter Ziffer 1 genannten Vertrag fristlos ganz oder teilweise kündigen, wenn der Auftragsverarbeiter seinen Pflichten aus dieser Vereinbarung nicht nachkommt, Bestimmungen der DSGVO vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt oder einer Weisung des Auftraggebers nicht nachkommt. Bei einfachen (also weder vorsätzlichen noch grob fahrlässigen) Verstößen setzt der Auftraggeber dem Auftragsverarbeiter eine angemessene Frist, innerhalb welcher der Auftragsverarbeiter den Verstoß abstellen kann.
- (2) Die teilweise Kündigung des Vertrages kann sich auch nur auf die Erbringung von Dienstleistungen im Wege des Teleservices beziehen. In diesem Fall muss der Auftragsverarbeiter die vertraglich vereinbarte Leistung anderweitig erbringen.

7. Schlussbestimmungen

- (1) Der Auftraggeber und der Auftragsverarbeiter sind sich darüber einig, dass die Einrede des Zurückbehaltungsrechts durch den Auftragsverarbeiter i. S. d. § 273 BGB hinsichtlich der zu verarbeitenden Daten und der zugehörigen Datenträger ausgeschlossen ist.
- (2) Mündliche Nebenabreden zu dieser Vereinbarung existieren nicht. Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für den Verzicht auf dieses Formerfordernis.
- (3) Sollten einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung ganz oder teilweise nicht rechtswirksam oder nicht durchführbar sein oder werden, so wird hierdurch die Gültigkeit der jeweils übrigen Bestimmungen nicht berührt.
- (4) Diese Vereinbarung unterliegt deutschem Recht.
- (5) Ausschließlicher Gerichtsstand ist Dortmund, es sei denn, im Vertrag ist ein anderer Gerichtsstand vereinbart.
- (6) Als Anlage zu dem unter Ziffer 1. (1) aufgeführten Vertrag ist diese Vereinbarung auch ohne Unterschrift gültig.

Vertragskennung Auftraggeber 2024019421

Vertragskennung Auftragsverarbeiter _____

Dortmund, _____

Ort, Datum

Stadt Dortmund

Der Oberbürgermeister

Im Auftrag

-ergibt sich aus dem Angebot-

Ort, Datum

-ergibt sich aus dem Angebot-

(Firma)

Im Auftrag

ohne Unterschrift gültig, da Vertragsbe-
standteil

Auftraggeber

ohne Unterschrift gültig, da Vertragsbe-
standteil

Auftragsverarbeiter

Allgemeine Vertragsbedingungen der Stadt Dortmund

Die nachfolgenden Regelungen gelten bei Widersprüchen nur nachrangig gegenüber Bewerbungsbedingungen, spezielleren besonderen Vertragsbedingungen (BVB) und Zusätzlichen (technischen) Vertragsbedingungen (ZVB) des jeweiligen konkreten Vertrags über Liefer- und Dienstleistungen oder Bauleistungen.

A Bedingungen für die Auftragserteilung (werden mit der Auftragserteilung Vertragsbestandteil)

1. Die Leistungsbeschreibung mit den zugehörigen Anlagen (Mustern) ist verbindlich.
2. Es gelten für Leistungen die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL, Teil B) und für Bauleistungen die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistung (VOB, Teil B) sowie die Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen (VOB, Teil C).
3. Liegt dem Auftrag kein Angebot zugrunde, hat der Auftragnehmer die Annahme dieses Auftrags dem Auftraggeber schriftlich zu bestätigen. Der Auftraggeber kann fristlos zurücktreten, wenn diese Bestätigung/ Empfangsanzeige nicht innerhalb von 10 Tagen (gerechnet vom 3. Tag nach der Aufgabe zur Post) eingeht.
4. Die Gesamtauftragssumme darf ohne schriftliche Genehmigung (Nachtragsauftrag) nicht überschritten werden. Leistungen, die nicht beschrieben sind, gelten als nicht bestellt und werden nicht vergütet.
5. Leistungen sind stets auf Rechnung und Gefahr des Auftragnehmers frei Verwendungsstelle durchzuführen. Die Auslieferung erfolgt grundsätzlich durch Mitarbeiter/innen des Händlers. Bei der Beauftragung von Paketdiensten und Speditionen haftet der Auftragnehmer dafür, dass diese bis zur Verwendungsstelle liefern. Erfüllungsort ist die Verwendungsstelle, wenn nichts anderes vereinbart ist.
6. Zahlungen erfolgen innerhalb von 30 Tagen ohne Abzug. Wenn bei Liefer- und Dienstleistungen der Rechnungsbetrag von Rechnungen jedweder Art (Abschlagszahlungen etc.) innerhalb von 21 Kalendertagen nach Leistungserbringung bzw. Eingang der Ware und der Rechnung beglichen wird, werden 2 % vom jeweiligen Rechnungsbetrag abgezogen, sofern nichts Abweichendes vereinbart wurde.
7. Falls die Lieferung nicht eingehalten werden kann, ist der Auftraggeber sofort - wenn möglich fernmündlich - zu unterrichten.
8. Jeder Leistung oder Bauleistung ist ein Nachweis (z. B. Lieferschein, Abnahme oder Wiegezettel) beizufügen.
9. Die Rechnung ist sofort nach Leistung in zweifacher Ausfertigung mit Empfangs- oder Ausführungsbestätigung der Leistung oder Bauleistung einzureichen. Teillieferungen werden nicht gesondert abgerechnet. Auf der Rechnung sind anzugeben: Geschäftszeichen des Auftraggebers, Zeit der Ausführung, Wohnung oder Geschäftssitz, Fernsprechnummer und Bank- oder Postbankkonto.
10. Für die Einreichung der Rechnung bei der Stadt Dortmund kann auch der elektronische Rechnungseingang genutzt werden, sofern dies im weiteren Vertragswerk entsprechend vereinbart wird. Dabei ist das bei der Stadt Dortmund festgelegte Verfahren einzuhalten.
11. Verpackungsmaterial sind vom Auftragnehmer kostenlos zurückzunehmen und unter Beachtung der umweltrechtlichen Bestimmungen ordnungsgemäß zu entsorgen. Verpackungsmaterial sind sowohl Transportverpackungen (z.B. Paletten, Versandverpackungen, Transportsicherungen) als auch Umverpackungen (z.B. Schachtel um Dose, Blister um Schachtel) sowie Verkaufsverpackungen (z.B. Schachtel, Beutel, Flasche, Dose).
12. Die Abtretung von Forderungen des Auftragnehmers gegen den Auftraggeber an Dritte ist ohne Genehmigung des Auftraggebers ausgeschlossen.
13. Jede Änderung oder Ergänzung des Vertrages bedarf der Schriftform. Dies gilt auch für die Aufhebung der Schriftformklausel.
14. Soweit der Auftragnehmer Kaufmann i.S. des HGB oder juristische Person des öffentlichen Rechts ist, ist der Gerichtsstand für beide Vertragsparteien Dortmund.
15. Sollten Teile dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, berührt dies nicht die Gültigkeit der sonstigen Vertragsbestimmungen. Die Vertragsparteien verpflichten sich an die Stelle der unwirksamen Vertragsteile eine Bestimmung zu setzen, die dem wirtschaftlichen Zweck des Vertrages am nächsten kommt. Die vorstehenden Bestimmungen gelten für den Fall, dass sich der Vertrag als lückenhaft erweist.
16. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die vertragliche Leistung frei von gewerblichen Schutzrechten und Urheberrechten (nachfolgend Schutzrechte) Dritter zu erbringen. Für den Fall der Schutzrechtsverletzung Dritter im Zusammenhang mit der Erbringung der vertraglichen Leistung stellt der Auftragnehmer die Auftraggeberin von allen aus der Schutzrechtsverletzung resultierenden Ansprüchen frei. Dies gilt nicht für Schutzrechtsverletzungen, die auf ein unmittelbares Handeln des Auftraggebers beruhen.
17. Soweit der Auftragnehmer zur Erfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen ihm von der Stadt übermittelte personenbezogene Daten Dritter speichert oder sonst verarbeitet, verpflichtet sich der Auftragnehmer zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften des Landesdatenschutzgesetzes NRW.
18. Alle Informationen, Geschäftsvorgänge und Unterlagen, die dem Auftragnehmer im Zusammenhang mit der vertraglichen Leistung bekannt werden, unterliegen der Verschwiegenheitspflicht gegenüber Dritten. Diese Pflicht bleibt auch nach Beendigung des Vertrages bestehen. Der Auftragnehmer legt seinen von diesem Vertrag betroffenen Mitarbeitern eine entsprechende Verpflichtung auf, soweit nicht eine solche arbeits- oder dienstrechtlich bereits besteht.

19. Im Übrigen sind die gesetzlichen Bestimmungen für das Vertragsverhältnis maßgebend. Lieferungs- und Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers finden für die Ausführung dieses Auftrags keine Anwendung.
20. Dem Auftragnehmer steht ein Zurückbehaltungsrecht an seinen Leistungen nicht zu, es sei denn seine Ansprüche sind rechtskräftig festgestellt oder unstreitig.
21. Eine Leistungserbringung für die Stadt Dortmund hat bei Tätigkeiten mit Außenwirkung unter Rücksichtnahme auf die Leitbilder der Stadt Dortmund zu erfolgen. Dortmund ist eine Stadt der Vielfalt, Toleranz und Weltoffenheit. Im Einsatz für die Stadt Dortmund dürfen daher unabhängig von der eigenen Gesinnung keine Botschaften ausgelebt und zur Schau gestellt werden, die als beleidigend, anstößig, provozierend, extremistisch oder diskriminierend empfunden werden können. Gemeint sind insbesondere auch das Auftreten bzw. Erscheinungsbild des Auftragnehmers, sowie seiner Nachunternehmer, aber auch indirekte Meinungsäußerungen bzw. Darstellungen wie z.B. durch Werbung bzw. Plakatierungen auf Fahrzeugen, der Kleidung, Arbeitsgeräten etc..

B Bestechungsklausel für Auftrags- und Lieferungsverträge

1. Der Auftraggeber ist berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten, wenn der Auftragnehmer städt. Dienstkräften, die mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrags befasst sind, Geschenke oder andere Vorteile (auch Darlehen) anbietet, verspricht oder gewährt. Solche Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die für den Auftragnehmer mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung von Verträgen mit dem Auftraggeber befasst sind. Dabei ist es gleichgültig, ob die Geschenke oder Vorteile an Dienstkräfte des Auftraggebers unmittelbar oder in ihrem Interesse Angehörigen oder anderen ihnen nahestehenden Personen oder im Interesse des einen oder anderen einem anderen angeboten, versprochen oder gewährt werden.
2. Vor Ausübung des Rücktritts ist dem Auftragnehmer Gelegenheit zu geben, zu dem Tatverdacht Stellung zu nehmen.
3. Tritt der Auftraggeber nach Abs. 1 vom Vertrag zurück, so ist er berechtigt aber nicht verpflichtet, die empfangenen Leistungen zurückzugeben. Behält er diese, so hat er ihren Wert zu vergüten; werden sie zurückgegeben, so muss auch der Auftragnehmer die empfangenen Leistungen zurückgeben. Der Auftraggeber kann vom Auftragnehmer den Ersatz des Schadens verlangen, der ihm durch den Rücktritt vom Vertrag entsteht. Dagegen stehen dem Auftragnehmer gegen den Auftraggeber auf Grund des Rücktritts keine Ansprüche wegen Nichterfüllung des Vertrags zu. Im Übrigen gelten die gesetzlichen Vorschriften über den Rücktritt.
4. Andere gesetzliche oder vertragliche Ansprüche der Vertragsparteien bleiben unberührt.

Verfahren digitaler Rechnungseingang bei der Stadt Dortmund

Vorgaben für Auftragnehmer für die Nutzung der digitalen Rechnungsstellung.

Gem. § 14 Abs. 1 UStG liegt eine elektronische Rechnung am 01. Januar 2025 nur noch dann vor, wenn die Rechnung in einem strukturierten elektronischen Format ausgestellt, übermittelt und empfangen wird und eine elektronische Verarbeitung ermöglicht. Diese Rechnungen müssen der europäischen Norm für die elektronische Rechnungsstellung gem. der Richtlinie 2014/55/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16.04.2014 entsprechen.

Dieser Vorgabe entsprechen ab dem 01.01.2025 die Formate ZUGFeRD und XRechnung.

Für die Annahme elektronischer Rechnungen bei der Stadt Dortmund gelten folgende Vorgaben:

1. Elektronische Rechnungen werden in den Formaten ZUGFeRD und XRechnung angenommen. Andere Rechnungsformate können nicht verarbeitet werden!
2. Senden Sie Rechnungen in den Formaten ZUGFeRD oder XRechnungen an die Mailadresse 'xRechnung-Verwaltung@stadtdo.de' für die Stadtverwaltung Dortmund bzw. 'xRechnung@stadtdo.de' für die Eigenbetriebe der Stadt Dortmund.
3. Im Betreff der eMail ist die Rechnungsnummer anzugeben. Das erleichtert die Zuordnung, insbesondere bei einer Rückweisung der Rechnung.
4. Für jede Rechnung muss eine eigene eMail erstellt werden.
5. Anlagen zur Rechnung, die als separates Dokument beigefügt werden, können nicht verarbeitet werden. Anlagen zur Rechnung seitens des Rechnungsstellers müssen Bestandteile der elektronischen Rechnungsdatei sein.
6. Die Stadt Dortmund ist für die kreditorische Rechnungsbearbeitung nicht an das E-Rechnungsportal NRW angeschlossen und verwendet daher für Eingangsrechnungen keine Leitweg-ID und kein PEPPOL.

Anlage „digitaler Rechnungseingang“

Die Verarbeitung von per Email eingehenden Rechnungen im PDF-Format ist innerhalb der gesetzlichen Übergangsregelungen weiterhin möglich.

Dabei gelten folgende Vorgaben:

1. Rechnungen im PDF-Format sind an die zentrale Mailadresse 'eRechnung@stadtdo.de' zu senden.
2. Im Betreff der eMail ist die Rechnungsnummer anzugeben. Das erleichtert die Zuordnung, insbesondere bei einer Rückweisung der Rechnung.
3. Für jede Rechnung muss eine eigene eMail erstellt werden.
4. Für die Rechnungsdatei ist ein PDF-Format zu verwenden.
5. Anlagen zur Rechnung seitens des Rechnungsstellers müssen Bestandteile der PDF-Datei sein.

Besondere Vertragsbedingungen zur Einhaltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen (BVB Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen)

Der Auftragnehmer ist zur Einhaltung der Vorgaben des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen verpflichtet. Die weiteren Vertragsbedingungen bleiben hiervon unberührt. Hierzu vereinbaren die Parteien Folgendes:

1. Einhaltung von Mindestarbeitsbedingungen

1.1. Der Auftragnehmer ist verpflichtet,

a) für Leistungen, deren Erbringung dem Geltungsbereich

- eines nach dem Tarifvertragsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. August 1969 (BGBL. I S. 1323) in der jeweils geltenden Fassung für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrages,
- eines nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes vom 20. April 2009 (BGBL. I S. 799) in der jeweils geltenden Fassung für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrages oder
- einer nach den §§ 7, 7a oder 11 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes oder nach § 3a des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Februar 1995 (BGBL. I S. 158) in der jeweils geltenden Fassung erlassenen Rechtsverordnung unterfällt,

seinen Beschäftigten (ohne Auszubildende) bei der Ausführung des Auftrags wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die in dem Tarifvertrag oder der Rechtsverordnung verbindlich vorgegeben werden.

b) für Leistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene (§ 1 Abs. Absatz 3 TVgG) seinen Beschäftigten (ohne Auszubildende) bei der Ausführung des Auftrags wenigstens das in Nordrhein-Westfalen für diese Leistung in einem einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifvertrag vorgesehene Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten zu zahlen und während der Ausführungslaufzeit Änderungen nachvollziehen.

c) bei der Ausführung der Leistung seinen Beschäftigten (ohne Auszubildende) wenigstens ein Entgelt in Höhe des allgemeinen Mindestlohns, nach den Vorgaben des Mindestlohngesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. August 2014 (BGBL. I S. 1348) in der jeweils geltenden Fassung zu zahlen. Diese Pflicht gilt auch, sofern das

gemäß lit. a) und b) zu zahlende Entgelt das Mindeststundenentgelt nach dem Mindestlohngesetz unterschreitet.

1.2. Der Auftragnehmer trägt dafür Sorge, dass die bei der Ausführung des Auftrags beteiligten Nachunternehmer die in Ziffer 1.1. genannten Pflichten ebenfalls einhalten.

1.3. Ziffer 1.1., lit. c) gilt nur, sofern die ausgeschriebene Leistung im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland erbracht wird. Ziffer 1.1., lit. c) gilt nicht für Auftragnehmer, die unter § 224 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 sowie § 226 des Neunten Sozialgesetzbuches fallen.

2. Kontroll- und Prüfrecht

Der Auftraggeber ist berechtigt, die Einhaltung der unter Ziffer 1. genannten Verpflichtungen während der Auftragsausführung zu überprüfen. Hierzu ist der Auftragnehmer verpflichtet,

- a) dem Auftraggeber auf dessen Verlangen die notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen, aus denen sich die Einhaltung der unter Ziffer 1. genannten Verpflichtungen zweifelsfrei ergibt. Sofern diese Unterlagen personenbezogene Daten enthalten, erfolgt die Vorlage in anonymisierter Form sowie unter Beachtung des Datenschutzrechts.
- b) seine Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hinzuweisen.

3. Kündigung aus wichtigem Grund; Vertragsstrafe

3.1. Der Auftraggeber kann den Vertrag aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist unter anderem kündigen,

- a) wenn der Auftragnehmer eine Pflicht aus Ziffer 1. verletzt,
- b) wenn der Auftragnehmer nicht sicherstellt, dass die Nachunternehmer eine Pflicht aus Ziffer 1. einhalten oder
- c) wenn der Auftragnehmer seinen Pflichten aus Ziffer 2. nicht nachkommt.

3.2. In den in Ziffer 3.1. genannten Fällen, verpflichtet sich der Auftragnehmer zur Zahlung einer Vertragsstrafe, deren Höhe eins von Hundert, bei mehreren Verstößen bis zu fünf von Hundert des Auftragswertes beträgt. Dies gilt nicht, wenn der Auftragnehmer die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat. Die Geltendmachung eines weiteren Schadens durch den Auftraggeber ist nicht ausgeschlossen, jedoch wird die verwirkte Vertragsstrafe auf den weiteren Schadensersatz des Auftraggebers angerechnet.

3.3. Im Übrigen berühren Ziffer 3.1. und 3.2. nicht die weiteren Rechte der Vertragsparteien.

Vertrag über die Lieferung eines IT-Systems

Inhaltsangabe

1	Gegenstand, Vergütung und Bestandteile des Vertrages.....	4
1.1	Vertragsgegenstand	4
1.2	Vergütung	4
1.3	Vertragsbestandteil	5
2	Übersicht über die vereinbarten Leistungen	6
2.1	Leistungen des Auftragnehmers zur Systemlieferung	6
2.2	Schulung	6
2.3	Leistungen nach der Systemlieferung*	6
3	Systemumgebung* des Systems und Beistellungen*	6
4	Leistungen des Auftragnehmers zur Systemlieferung*	7
4.1	Verkauf von Hardware	7
4.2	Dauerhafte Überlassung von Standardsoftware* gegen Einmalvergütung (Verkauf)	7
4.2.1	Leistungsumfang und Vergütung	7
4.2.2	Abweichende Lizenzbedingungen	8
4.2.3	Bereitstellung der Standardsoftware*	9
4.3	Übernahme von Altdaten und andere Migrationsleistungen	9
4.3.1	Leistungsumfang	9
4.3.2	Vergütung	9
4.4	Herbeiführung der Betriebsbereitschaft*	9
4.4.1	Leistungsumfang	9
4.4.2	Abweichende Nutzungsrechtsvereinbarungen	9
4.4.3	Vergütung	9
4.5	Sonstige Leistungen zur Systemlieferung	10
4.5.1	Leistungsumfang	10
4.5.2	Vergütung	10
5	Schulung	10
5.1	Art und Umfang der Schulungen	10
5.2	Schulungsunterlagen	12
5.3	Vergütung für Schulungen und Schulungsunterlagen	12
6	Dokumentation und Software Bill of Materials (SBOM)*	13
6.1	Art und Umfang der Dokumentation	13
6.2	Weitere Regelungen zur Dokumentation	13
6.3	Software Bill of Materials (SBOM)*	13
7	Systemservice und sonstige Leistungen nach der Systemlieferung*	14
7.1	Arten von Systemserviceleistungen	14
7.1.1	Wiederherstellung der Betriebsbereitschaft* des Systems (Störungsbeseitigung)	14
7.1.2	Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft* (vorbeugende Maßnahmen)	16
7.1.3	Überlassung von verfügbaren Programmständen* (Standardsoftware*)	16
7.2	Beginn/Dauer der Systemserviceleistungen	17
7.3	Kündigung von Systemserviceleistungen	17
7.4	Vergütung/Zahlungsfristen für Systemserviceleistungen	17
7.4.1	Vergütung	17
7.4.2	Zahlungsfristen für Systemserviceleistungen	17
7.5	Sonstige Regelungen zu Systemserviceleistungen	18
7.5.1	Teleservice*	18
7.5.2	Abnahme der Systemserviceleistungen	18
7.5.3	Dokumentation der Systemserviceleistungen	18



Systemlieferungsvertrag

- 7.6 Sonstige Leistungen nach der Systemlieferung*18
 - 7.6.1 Leistungsumfang18
 - 7.6.2 Vergütung18
- 8 Zusätzliche Regelungen für Open Source Software18
- 9 Ergänzende Vereinbarungen bei Vergütung nach Aufwand19
 - 9.1 Vereinbarung der Preiskategorien bei Vergütung nach Aufwand19
 - 9.2 Zeiten der Leistungserbringung bei Vergütung nach Aufwand19
 - 9.2.1 Während der Geschäftszeiten an Werktagen (außer an Samstagen und Feiertagen am Erfüllungsort)19
 - 9.2.2 Außerhalb der Geschäftszeiten an Werktagen (außer an Samstagen und Feiertagen am Erfüllungsort)20
 - 9.2.3 Während sonstiger Zeiten20
 - 9.3 Abweichende Regelungen für die Bestimmung und Vergütung von Personentagesätzen20
 - 9.4 Reisekosten, Nebenkosten*, Materialkosten und Reisezeiten20
 - 9.4.1 Reisekosten, Nebenkosten* und Materialkosten20
 - 9.4.2 Reisezeiten20
 - 9.5 Besondere Bestimmungen zur Vergütung nach Aufwand20
 - 9.6 Preisanpassung für Systemserviceleistungen, die nicht im Pauschalpreis enthalten sind21
- 10 Termin- und Leistungsplan21
- 11 Zahlungsplan, Rechnungen21
- 12 Verantwortlicher Ansprechpartner22
- 13 Weitere Pflichten des Auftragnehmers22
 - 13.1 Besondere Anforderungen an Mitarbeiter des Auftragnehmers22
 - 13.2 Allgemeine Sicherheitsanforderungen23
 - 13.3 Mitteilung von Kopier- oder Nutzungssperren*23
 - 13.4 Entsorgung der Hardware (ergänzend zu Ziffer 2.1 EVB-IT Systemlieferungs-AGB)23
 - 13.5 Entsorgung der Verpackung23
- 14 Mitwirkung des Auftraggebers24
- 15 Systemlieferung*24
 - 15.1 Demonstration des Systems24
 - 15.2 Erfüllungsort24
 - 15.3 Versand24
- 16 Mängelhaftung (Gewährleistung)24
 - 16.1 Verjährungsfrist (Gewährleistungsfrist) für Mängel des Systems24
 - 16.2 Verjährungsfrist (Gewährleistungsfrist) für Mängel an Teilleistungen24
 - 16.3 Mängelmeldungen25
 - 16.3.1 Form der Mängelmeldung25
 - 16.3.2 Adresse für Mängelmeldungen25
 - 16.4 Reaktions-* und Wiederherstellungszeiten*, Servicezeiten, Hotline, Teleservice*25
 - 16.4.1 Reaktions-* und Wiederherstellungszeiten*25
 - 16.4.2 Servicezeiten25
 - 16.4.3 Hotline26
 - 16.5 Teleservice*26



Systemlieferungsvertrag

- 16.6 Weitere Vereinbarungen zur Mängelhaftung²⁶
- 16.7 Vereinbarung zur kaufmännischen Rügepflicht, für den Fall, dass der Auftraggeber Kaufmann ist²⁶
- 17 Haftungsregelungen²⁶
 - 17.1 Haftungsobergrenze bei leicht fahrlässiger Pflichtverletzung²⁶
 - 17.2 Haftung bei Verzug²⁶
 - 17.3 Haftung für entgangenen Gewinn²⁶
- 18 Vertragsstrafen bei Verzug²⁷
 - 18.1 Verzug bei Systemlieferung* oder Teillieferung*²⁷
 - 18.2 Verzug bei Reaktions-* und Wiederherstellungszeiten*²⁷
- 19 Weitere Vereinbarungen²⁷
 - 19.1 Abweichende Mängelklassifizierung²⁷
 - 19.2 Garantien²⁷
 - 19.2.1 Auftragnehmergarantien²⁷
 - 19.2.2 Herstellergarantien²⁷
 - 19.3 Hinterlegung des Quellcodes*²⁸
 - 19.4 Haftpflichtversicherung²⁸
 - 19.5 Sicherheiten²⁸
 - 19.5.1 Vorauszahlungssicherheit²⁸
 - 19.5.2 Mängelhaftungssicherheit²⁸
 - 19.6 Datenschutz, Geheimhaltung und Sicherheit²⁸
 - 19.7 Vereinbarungen zur Korruptionsprävention²⁸
 - 19.8 Sonstige Vereinbarungen²⁸



Systemlieferungsvertrag

Vertrag über die Lieferung eines IT-Systems

zwischen Stadt Dortmund, Dortmunder Systemhaus, Degglingstraße 42, 44141 Dortmund

Vertragsnummer/Kennung Auftraggeber: 2024019421

„Auftraggeber“

und – ergibt sich aus dem Angebot -

Vertragsnummer/Kennung Auftragnehmer: _____

„Auftragnehmer“

wird folgender Vertrag geschlossen:

1 Gegenstand, Vergütung und Bestandteile des Vertrages

1.1 Vertragsgegenstand

Gegenstand des EVB-IT Systemlieferungsvertrages ist die Lieferung* des nachfolgend beschriebenen Systems, einschließlich der Herbeiführung der Betriebsbereitschaft* durch den Auftragnehmer, auf der Grundlage eines Kaufvertrages und – soweit nachfolgend vereinbart – der Systemservice.

Einführung eines neuen Ingenieurarbeitsplatzes zur Planung von Steuerungen für Lichtsignalanlagen (Software)

Art und Umfang der Leistungen ergeben sich aus diesem Vertrag, insbesondere aus den in Nummer 1.3 genannten Dokumenten.

1.2 Vergütung

- ☐ Der Pauschal festpreis beträgt _____. Die einzelnen Anteile am Pauschal festpreis werden nachfolgend nicht gesondert ausgewiesen.
 - ☐ Ausgenommen vom Pauschal festpreis sind einzelne Leistungen, die gesondert vergütet werden.¹
- ☐ Der Pauschal festpreis beträgt _____. Die einzelnen Anteile am Pauschal festpreis werden nachfolgend gesondert ausgewiesen.
 - ☐ Ausgenommen vom Pauschal festpreis sind einzelne Leistungen, die gesondert vergütet werden.¹
- ☒ Es wird kein Pauschal festpreis vereinbart. Die Vergütungen werden nachfolgend gesondert ausgewiesen.
- ☐ Einzelheiten zur Vergütung ergeben sich darüber hinaus aus der Vergütungszusammenstellung in Anlage Nr. _____

¹Die gesonderte Vergütung ergibt sich z.B. für den Systemservice aus Nummer 7.4.1

Für alle in diesem Vertrag genannten Beträge gilt einheitlich der Euro als Währung.

Die vereinbarte Vergütung versteht sich zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer.

Systemlieferungsvertrag

1.3 Vertragsbestandteil

Es gelten ~~nacheinander~~ als Vertragsbestandteile

1.3.1 dieser Vertragstext bestehend aus den Seiten 5 bis 298 und den folgenden Anlagen:

Anlage Nr.	Bezeichnung	Datum / Version	Anzahl Seiten
1	Ausgefüllte Leistungsbeschreibung	Abgabe des Angebotes	5
2	Lastenheft	Tag der Veröffentlichung	29
3	Bewertungsmatrix	Tag der Veröffentlichung	1 Excel Dokument
4	Schulungskonzept	Tag der Veröffentlichung	1 Excel Dokument
5	Teleservicevereinbarung	Tag der Veröffentlichung	10
6	Allgemeine Vertragsbedingungen der Stadt Dortmund	Tag der Veröffentlichung	1
7	Verfahren digitaler Rechnungseingang bei der Stadt Dortmund	Tag der Veröffentlichung	2
8	Besondere Vertragsbedingungen zur Einhaltung des Tarif-treue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen	Tag der Veröffentlichung	2
9	Nutzungsrechtsregelungen aus den Lizenzbedingungen der Rechteinhaber der Standardsoftware (sind vom Auftragnehmer beizufügen)	Tag der Veröffentlichung	

☐ Es gelten die Anlagen in folgender Rangfolge _____

Eine Einbeziehung von Lizenzbedingungen an Standardsoftware* erfolgt ausschließlich nach Maßgabe der Nummer 4.2.2, d.h. sie gelten, unabhängig davon, ob und in welcher Rangfolge diese als Anlage in der Tabelle aus Nummer 1.3.1 aufgelistet werden, ausschließlich hinsichtlich der Nutzungsrechtsregelungen und bei Anwendbarkeit der Nummer 4.2.2.1 in der dort vereinbarten Rangfolge der Regelungen, unabhängig davon, ob und in welcher Rangfolge diese als Anlage in obiger Tabelle aufgelistet werden, allerdings gelten für Standardsoftware* bzw. Teile von Standardsoftware* (Softwarekomponenten), die Open Source Software* sind, die vom Rechteinhaber vorgegebenen Lizenzbedingungen und die Nummer 4.2.2.2.

Die mit * gekennzeichneten Begriffe sind am Ende der EVB-IT Systemlieferungs-AGB definiert.

1.3.2 die Ergänzenden Vertragsbedingungen für die Lieferung* eines IT-Systems (EVB-IT Systemlieferungs-AGB) in der bei Bereitstellung der Vergabeunterlagen geltenden Fassung

1.3.3 sowie nachrangig die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der bei Bereitstellung der Vergabeunterlagen geltenden Fassung.

Die EVB-IT Systemlieferungs-AGB stehen unter evb-it.gov.de zur Einsichtnahme bereit. Die VOL/B wurde im Bundesanzeiger AT Nr. 178a vom 23. September 2003 veröffentlicht.



Systemlieferungsvertrag

Soweit Allgemeine Geschäftsbedingungen im Sinne von § 305 BGB in den hier referenzierten Dokumenten des Auftragnehmers bzw. den sonstigen vom Auftragnehmer beigelegten Anlagen zu diesem Vertrag Regelungen in den EVB-IT Systemlieferungs-AGB widersprechen, sind sie ausgeschlossen, soweit nicht eine anderweitige Vereinbarung in den EVB-IT Systemlieferungs-AGB zugelassen ist.

Weitere Geschäftsbedingungen sind ausgeschlossen, soweit in diesem Vertrag nichts anderes vereinbart ist.

2 Übersicht über die vereinbarten Leistungen

2.1 Leistungen des Auftragnehmers zur Systemlieferung

- ☐ Verkauf von Hardware
- ☒ Dauerhafte Überlassung von Standardsoftware* gegen Einmalvergütung (Verkauf)
- ☒ Übernahme von Altdaten und andere Migrationsleistungen
- ☒ Herbeiführung der Betriebsbereitschaft* des Systems (z.B. durch Aufstellung, Installation, Customizing* und Integration* der Hardware und Standardsoftware*)
- ☐ Sonstige Leistungen _____

2.2 Schulung

- ☒ Schulung

2.3 Leistungen nach der Systemlieferung*

- ☒ Systemservice (z.B. Aufrechterhaltung und/oder Wiederherstellung der Betriebsbereitschaft*)
- ☒ Sonstige Leistungen gemäß Punkt 2.3 der Anlage Nr. 2

3 Systemumgebung* des Systems und Beistellungen*

- ☒ Die Systemumgebung* des Systems beim Auftraggeber ergibt sich aus Anlage Nr. 2 Punkt 4.1
- ☐ Die Beistellungen* ergeben sich aus der nachfolgenden Tabelle:

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Beistellungen*	Art der Beistellungen* (HW, SW, IS, S) ¹

Fußnote	Erläuterung
1	HW = Hardware, SW = Standardsoftware*, IS= Individualsoftware, S =Sonstige

- ☐ Die Beistellungen* ergeben sich aus Anlage Nr. _____.



Systemlieferungsvertrag

4 Leistungen des Auftragnehmers zur Systemlieferung*

4.1 Verkauf von Hardware

Der Auftragnehmer verkauft an den Auftraggeber die nachstehend aufgeführte Hardware:

Lfd. Nr.	Produktbezeichnung und -beschreibung Produkt-Nr.	EXP ¹	Menge	Einzelpreis ²	Gesamtpreis ²

Summe der Gesamtpreise _____

Fußnote	Erläuterung
1	US = Hardware unterliegt US-amerikanischen Exportkontrollvorschriften EU = Hardware unterliegt EU-Exportkontrollvorschriften DT = Hardware unterliegt deutschen Exportkontrollvorschriften S = Hardware unterliegt _____ Exportkontrollvorschriften
2	Bei vereinbartem Pauschalpreis lediglich im Feld „Summe“ den Anteil am Pauschalpreis angeben. Soweit in Nummer 1.2 vorgesehen, hat der Auftragnehmer hier den Anteil der Hardware an dem Pauschalpreis anzugeben. Dies allein, um dem Auftraggeber die Bewertung des Pauschalpreises zu ermöglichen.

4.2 Dauerhafte Überlassung von Standardsoftware* gegen Einmalvergütung (Verkauf)

4.2.1 Leistungsumfang und Vergütung

Dem Auftraggeber wird vom Auftragnehmer nachstehend aufgeführte Standardsoftware* gegen Einmalvergütung überlassen:

Lfd. Nr.	Produktbezeichnung und -beschreibung Produkt-Nr.	Menge	EXP ¹	Anzahl erlaubter Sicherungskopien	Zu liefernde Version ²	Abweichende Nutzungsrechte gemäß Nutzungsmatrix Anlage Nr. (Muster 3) ³	Einzelpreis ⁴	Gesamtpreis ⁴
1	- ergibt sich aus Punkt 3 der Anlage 1 -	10		Entfällt	A	Entfällt	- ergibt sich aus Punkt 3 der Anlage 1 -	- ergibt sich aus Punkt 3 der Anlage 1 -

Summe der Gesamtpreise - ergibt sich aus Punkt 3 der Anlage 1 -

Fußnote	Erläuterung
1	US = Standardsoftware* unterliegt US-amerikanischen Exportkontrollvorschriften EU = Standardsoftware* unterliegt EU-Exportkontrollvorschriften DT = Standardsoftware* unterliegt deutschen Exportkontrollvorschriften S = Standardsoftware* unterliegt _____ Exportkontrollvorschriften
2	A = Überlassung der bei Lieferung* aktuellen Version, anderenfalls Versionsnummer eintragen

Systemlieferungsvertrag

Fußnote	Erläuterung
3	Die hier bezeichnete Anlage ist entweder eine Nutzungsrechtsmatrix gemäß Muster 4 oder eine vom Auftraggeber selbst erstellte Rechteverteilung, keinesfalls bezieht sie sich aber auf Lizenzbedingungen des Herstellers der Standardsoftware*. In der Nutzungsrechtsmatrix erhält der Auftragnehmer im Rahmen der Vorgaben des Auftraggebers die Möglichkeit, von Ziffer 2.2 EVB-IT Systemlieferungs-AGB abweichende Nutzungsrechte an der Standardsoftware* einzuräumen. In der vom Auftraggeber selbst erstellten Rechteverteilung (in der Regel die Leistungsbeschreibung) legt der Auftraggeber den Mindestumfang an Rechten fest, dem er an der Standardsoftware* erwerben will (z.B. Volumenlizenz, keine OEM-Lizenz, etc.), wenn er die Nutzungsrechtsmatrix nicht nutzt. Die Nutzungsrechtsregelungen der Lizenzbedingungen für die jeweilige Standardsoftware* gelten dann nachrangig (siehe Nummer 4.2.2). Von den Nutzungsrechtsregelungen in Bezug auf Open Source Software* darf in der Anlage nicht abgewichen werden.
4	Bei vereinbartem Pauschalpreis lediglich im Feld „Summe“ den Anteil am Pauschalpreis angeben. Soweit in Nummer 1.2 vorgesehen, hat der Auftragnehmer den Anteil der Standardsoftware* an dem Pauschalpreis anzugeben. Dies allein, um dem Auftraggeber die Bewertung des Pauschalpreises zu ermöglichen.

Der Auftragnehmer gewährleistet über Ziffer 2.2.5 EVB-IT Systemlieferungs-AGB hinaus, dass die von ihm zu liefernde Standardsoftware* frei von Funktionen ist, die die Integrität, Vertraulichkeit und Verfüg-barkeit der Standardsoftware*, anderer Soft- und/oder Hardware oder von Daten gefährden und den Vertraulichkeits- oder Sicherheitsinteressen des Auftraggebers zuwiderlaufen durch

- Funktionen zum unerwünschten Absetzen/Ausleiten von Daten,
- Funktionen zur unerwünschten Veränderung/Manipulation von Daten oder der Ablauflogik oder
- Funktionen zum unerwünschten Einleiten von Daten oder unerwünschte Funktionserweiterungen.

Unerwünscht ist eine mögliche Aktivität einer Funktion, wenn die Aktivität so weder vom Auftraggeber in seiner Leistungsbeschreibung gefordert noch vom Auftragnehmer unter konkreter Beschreibung der Aktivität und ihrer Funktionsweise angeboten noch im Einzelfall vom Auftraggeber ausdrücklich autorisiert („opt-in“) wurde.

4.2.2 Abweichende Lizenzbedingungen

4.2.2.1 Bezüglich der Nutzungsrechte an der jeweiligen Standardsoftware* oder Softwarekomponenten aus Nummer 4.2.1 lfd. Nr. _____ gelten folgende Regelungen in der folgenden Rangfolge:

- Nutzungsrechtsmatrizen gemäß Muster 3 (s.a. Nummer 4.2.1, Spalte 7)
- Ziffer 2.2 EVB-IT Systemlieferungs-AGB
- die Nutzungsrechtsregelungen aus den jeweiligen Lizenzbedingungen in Anlage Nr. _____ bzw. – im Falle der Überlassung neuer Programmstände* im Rahmen des Systemservices – aus den gemäß Nummer 7.1.3 bekanntgegebenen Nutzungsrechtsregelungen neuer Programmstände. Die jeweiligen Nutzungsrechtsregelungen gelten aber nur, soweit sie den sonstigen vertraglichen Regelungen weder entgegenstehen noch diese beschränken.

Die Nutzungsrechtsregelungen in Bezug auf die Überlassung von Standardsoftware* oder Softwarekomponenten, die Open Source Software* sind, bleiben unberührt und haben stets Vorrang.

4.2.2.2 Regelungen für Open Source Software*

- ☒ Die Standardsoftware oder Softwarekomponente gemäß Nummer 4.2.1 lfd. Nr. 1 wird dem Auftraggeber als Open Source Software zur Verfügung gestellt.
- ☐ Zusätzlich weist die vorgenannte Lizenz die weiteren Eigenschaften auf, die sich aus Anlage Nr. _____ ergeben.
- ☐ Die Standardsoftware* oder Softwarekomponente gemäß Nummer 4.2.1 lfd. Nr. _____ wird dem Auftraggeber unter der folgenden Lizenz zur Verfügung gestellt, die den Anforderungen an Open Source Software* entspricht: _____



Systemlieferungsvertrag

- ☐ Die Standardsoftware* oder Softwarekomponente gemäß Nummer 4.2.1 lfd. Nr. _____ wird dem Auftraggeber ausschließlich unter Geltung von durch openCode* freigegebenen Lizenzen zur Verfügung stellen.
- ☐ Hinsichtlich der Standardsoftware* bzw. Softwarekomponente gemäß Nummer 4.2.1 lfd. Nr. _____, wird vereinbart, dass diese ggf. gemeinsam mit folgender Software genutzt und verbreitet wird (siehe Ziffer 2.2.4 EVB-IT Systemlieferungs-AGB): _____.

4.2.3 Bereitstellung der Standardsoftware*

Der Auftragnehmer stellt dem Auftraggeber die Standardsoftware* wie folgt zur Verfügung:

- ☐ gemäß Nummer 4.2.1 lfd. Nr. _____ auf Datenträger: Typ: _____, Kennzeichnung: _____.
- ☐ gemäß Nummer 4.2.1 lfd. Nr. _____ in folgender Form: _____.
- ☒ gemäß Nummer 4.2.1 lfd. Nr. **1** wie in Anlage Nr. **2** beschrieben.
- ☐ gemäß Nummer 4.2.1 lfd. Nr. _____, bei openCode* mit allen dafür notwendigen Bestandteilen und entsprechend deren Anforderungen.

4.3 Übernahme von Altdaten und andere Migrationsleistungen

4.3.1 Leistungsumfang

- ☒ Die Übernahme von Altdaten und andere Migrationsleistungen erfolgen gemäß Anlage Nr. **2 Punkt 2.1**.

4.3.2 Vergütung

- ☐ Die Übernahme von Altdaten und die anderen vereinbarten Migrationsleistungen sind mit dem Pauschalpreis abgegolten.
- ☒ Die gesonderte Vergütung für die Übernahme von Altdaten und für die anderen vereinbarten Migrationsleistungen beträgt pauschal – **ergibt sich aus Punkt 4 der Anlage 1** - Euro.
- ☐ Die Vergütung für die Übernahme von Altdaten und für die anderen vereinbarten Migrationsleistungen erfolgt gesondert nach Aufwand gemäß Nummer 9
 - ☐ mit einer Obergrenze in Höhe von _____ Euro.
 - ☐ Dabei ist Personal der Kategorie(n) _____ einzusetzen.

4.4 Herbeiführung der Betriebsbereitschaft*

4.4.1 Leistungsumfang

Der Auftragnehmer schuldet die Herbeiführung der Betriebsbereitschaft* des Systems (Ziffer 2.3 EVB-IT Systemlieferungs-AGB).

- ☒ Der Auftragnehmer schuldet die Herbeiführung der Betriebsbereitschaft* wie in Anlage Nr. **2** beschrieben.

4.4.2 Abweichende Nutzungsrechtsvereinbarungen

- ☐ Abweichend von Ziffer 2.3.1 EVB-IT Systemlieferungs-AGB werden gem. Anlage Nr. _____ für die dort genannten Arbeitsergebnisse die dort aufgeführten Nutzungsrechte vereinbart.

4.4.3 Vergütung

- ☐ Die Herbeiführung der Betriebsbereitschaft* ist mit dem Pauschalpreis abgegolten.
- ☒ Die gesonderte Vergütung für die Herbeiführung der Betriebsbereitschaft* beträgt pauschal – **ergibt sich aus Punkt 5 der Anlage 1** - Euro.
- ☐ Die Vergütung für die Leistungen zur Herbeiführung der Betriebsbereitschaft* erfolgt gesondert nach Aufwand gemäß Nummer 9
 - ☐ mit einer Obergrenze in Höhe von _____ Euro.



Systemlieferungsvertrag

☐ Dabei ist Personal der Kategorie(n) _____ einzusetzen.

4.5 Sonstige Leistungen zur Systemlieferung

4.5.1 Leistungsumfang

☐ Der Umfang der sonstigen Leistungen zur Systemlieferung* ergibt sich aus Anlage Nr. _____.

4.5.2 Vergütung

☐ Sonstige Leistungen sind mit dem Pauschal festpreis abgegolten.

☐ Der Vergütungsanteil für die Leistungen beträgt _____.

☐ Die gesonderte Vergütung für sonstige Leistungen beträgt pauschal _____ Euro.

☐ Die Vergütung erfolgt gesondert nach Aufwand gemäß Nummer 9

☐ mit einer Obergrenze in Höhe von _____ Euro.

☐ Dabei ist Personal der Kategorie(n) _____ einzusetzen.

5 Schulung

5.1 Art und Umfang der Schulungen

☒ Es sind Schulungen gemäß nachfolgender Tabelle vereinbart:

Lfd. Nr.	Anzahl der Schulungen	Art der Schulung (NZ/AD/MP/S) ¹	Inhalt der Schulung	Schulungstage pro Schulung	Ort ²	Maximale Anzahl Teilnehmer pro Schulung	Betrag pro Schulung ³	Gesamtpreis ³
1	2	NZ	Basic Schulung Gemäß 2.1 der Anlage 2 i.V.m. mit der Anlage 4 „Schulungskonzept“	2 Tage	Remote / online mit Aufzeichnung	5	- ergibt sich aus Punkt 6.1 der Anlage 1 -	- ergibt sich aus Punkt 6.1 der Anlage 1 -
2	2	NZ / MP	Professional-Schulung Gemäß 2.1 der Anlage 2 i.V.m. mit der Anlage 4 „Schulungskonzept“	2 Tage	Remote / online mit Aufzeichnung	5	- ergibt sich aus Punkt 6.2 der Anlage 1 -	- ergibt sich aus Punkt 6.2 der Anlage 1 -
3	2	AD / MP	Expert-Schulung Gemäß 2.1 der Anlage 2 i.V.m. mit der Anlage 4 „Schulungskonzept“	2 Tage	Remote / online mit Aufzeichnung	5	- ergibt sich aus Punkt 6.3 der Anlage 1 -	- ergibt sich aus Punkt 6.3 der Anlage 1 -



Systemlieferungsvertrag

Lfd. Nr.	Anzahl der Schulungen	Art der Schulung (NZ/AD/MP/S) ¹	Inhalt der Schulung	Schulungstage pro Schulung	Ort ²	Maximale Anzahl Teilnehmer pro Schulung	Betrag pro Schulung ³	Gesamtpreis ³
4	2	AD	MAP Intensiv- Schulung Gemäß 2.1 der Anlage 2 i.V.m. mit der Anlage 4 „Schulungskonzept“	6 Stunden	Remote / online mit Aufzeichnung	5	- ergibt sich aus Punkt 6.4 der Anlage 1 -	- ergibt sich aus Punkt 6.4 der Anlage 1 -
5	2	S / MP	Koordinierung & Optimierung Workshop Gemäß 2.1 der Anlage 2 i.V.m. mit der Anlage 4 „Schulungskonzept“	6 Stunden	Remote / online mit Aufzeichnung	5	- ergibt sich aus Punkt 6.5 der Anlage 1 -	- ergibt sich aus Punkt 6.5 der Anlage 1 -
6		S	E-Learnings Gemäß 3.2.3 der Anlage 2 (optionale Position)		Digitale Unterlagen	entfällt		- ergibt sich aus Punkt 6.6 der Anlage 1 -

Summe der Gesamtpreise - ergibt sich aus den Punkten 6.1 bis 6.6 der Anlage 1 -

Fußnote	Erläuterung
1	NZ = Nutzerschulung AD = Administratorenschulung MP = Multiplikatoren-schulung S = sonstige Schulung
2	Von Ziffer 2.4.1 EVB-IT Systemlieferungs-AGB abweichender Ort der Schulung
3	Sofern im Pauschalpreis enthalten, keine Angabe notwendig

☒ Vorbereitung und Durchführung von Schulungen erfolgen gemäß Anlage Nr. 4.



Systemlieferungsvertrag

5.2 Schulungsunterlagen

☒ Es werden folgende Schulungsunterlagen geschuldet:

Lfd. Nr.	Schulung (hier lfd. Nr. aus Nummer 5.1 eintragen)	Schulungsunterlage	EXP ¹	Menge
1	1	Gemäß 2.1 der Anlage 2 i.V.m. mit der Anlage 4 „Schulungskonzept“		
2	2	Gemäß 2.1 der Anlage 2 i.V.m. mit der Anlage 4 „Schulungskonzept“		
3	3	Gemäß 2.1 der Anlage 2 i.V.m. mit der Anlage 4 „Schulungskonzept“		
4	4	Gemäß 2.1 der Anlage 2 i.V.m. mit der Anlage 4 „Schulungskonzept“		
5	5	Gemäß 2.1 der Anlage 2 i.V.m. mit der Anlage 4 „Schulungskonzept“		
6	6	Gemäß 2.1 der Anlage 2 (optional)		

Fußnote	Erläuterung
1	US = Schulungsunterlage unterliegt US-amerikanischen Exportkontrollvorschriften EU = Schulungsunterlage unterliegt EU-Exportkontrollvorschriften DT = Schulungsunterlage unterliegt deutschen Exportkontrollvorschriften S = Schulungsunterlage unterliegt _____ Exportkontrollvorschriften

- ☐ Art und Umfang von Schulungsunterlagen ergeben sich aus Anlage Nr. ____.
- ☐ Von Ziffer 2.4.2. und/oder Ziffer 2.4.3 EVB-IT Systemlieferungs-AGB abweichende oder zusätzliche Nutzungsrechte an den Schulungsunterlagen sind in Anlage Nr. ____ vereinbart.

5.3 Vergütung für Schulungen und Schulungsunterlagen

- ☐ Die in Nummer 5.1 vereinbarten Schulungen sind im Pauschalpreis enthalten.
- ☒ Eine Vergütung für die Schulung ist gesondert nach Maßgabe von Nummer 5.1 zu zahlen.



Systemlieferungsvertrag

6 Dokumentation und Software Bill of Materials (SBOM)*

6.1 Art und Umfang der Dokumentation

- ☐ Es wird folgende Dokumentation geschuldet:

Lfd. Nr.	Dokumentation für Systemkomponente* aus (z.B. Nummer 4.1 lfd. Nr. 2)	Art der Dokumentation	Anzahl

- ☒ Art und Umfang der Dokumentation des Systems ergibt sich aus Anlage Nr. **2 Punkt 4.2.6.**

6.2 Weitere Regelungen zur Dokumentation

- ☐ Ergänzend/abweichend von Ziffer 5.2 EVB-IT Systemlieferungs-AGB ist die Dokumentation gemäß Nummer 6.1 lfd. Nr. _____ in folgender Sprache / in folgender Form zu erstellen: _____.
- ☐ Ergänzend/abweichend von Ziffer 5.2 EVB-IT Systemlieferungs-AGB sind folgende Teile _____ der Dokumentation gemäß Nummer 6.1 lfd. Nr. _____ bis zum _____ zu liefern.
- ☐ Abweichend von Ziffer 5.3 EVB-IT Systemlieferungs-AGB ist der Auftragnehmer nicht über das gesetzliche Maß hinaus verpflichtet, die im Rahmen der Mängelhaftung gemäß Ziffer 13 EVB-IT Systemlieferungs-AGB durchgeführten Maßnahmen zu dokumentieren.
- ☐ Abweichend von Ziffer 4.6 Satz 2 und Ziffer 5.4 EVB-IT Systemlieferungs-AGB sind Anpassungen und Änderungen, die aufgrund von Maßnahmen zum Systemservice oder im Rahmen der Mängelbeseitigung an den Dokumentationen gemäß Nummer 6.1 lfd. Nr. _____ erforderlich sind, **nicht** in die Dokumentation einzuarbeiten, sondern als separate Dokumente zu liefern.
- ☐ Abweichend von Ziffer 5.5 Satz 1 EVB-IT Systemlieferungs-AGB wird an den für den Auftraggeber erstellten Dokumentationen gemäß Nummer 6.1 lfd. Nr. _____ statt des nicht ausschließlichen Nutzungsrechts ein ausschließliches Nutzungsrecht gewährt.
- ☐ Weitere Vereinbarungen zur Dokumentation gemäß Anlage Nr. _____.

6.3 Software Bill of Materials (SBOM)*

- ☒ Der Auftragnehmer stellt dem Auftraggeber eine Software Bill of Materials (SBOM)* gemäß BSI TR-03183-2 für die nach diesem Vertrag überlassene bzw. erstellte Software*
- ☒ im Format SPDX
- ☐ im Format CycloneDX

zur Verfügung.

Soweit Systemserviceleistungen zur Wiederherstellung und/oder zur Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft* des Systems oder von Systemkomponenten* vereinbart ist, aktualisiert der Auftragnehmer die von ihm bereitgestellte Software Bill of Materials (SBOM)* für alle neuen Programmstände*, die er dem Auftraggeber nach diesem Vertrag zur Verfügung stellen muss, sofern sich aus den neuen Programmständen* Änderungen an der Software Bill of Materials (SBOM)* ergeben.



Systemlieferungsvertrag

7 Systemservice und sonstige Leistungen nach der Systemlieferung*

Der Auftragnehmer verpflichtet sich im Rahmen des Systemservices zur Wiederherstellung und/oder zur Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft* des Systems und/oder zur Lieferung neuer Programmstände* nach folgenden Regelungen:

7.1 Arten von Systemserviceleistungen

7.1.1 Wiederherstellung der Betriebsbereitschaft* des Systems (Störungsbeseitigung)

Der Auftragnehmer verpflichtet sich bei Störungen die Betriebsbereitschaft*

☒ des Systems gemäß Ziffer 4.1 EVB-IT Systemlieferungs-AGB wiederherzustellen.

oder

☐ des Systems gemäß Ziffer 4.1 EVB-IT Systemlieferungs-AGB mit Ausnahme folgender Systemkomponenten* wiederherzustellen: _____.

oder

☐ folgender Systemkomponenten* gemäß Ziffer 4.1 EVB-IT Systemlieferungs-AGB wiederherzustellen: _____.

oder

☐ gemäß Anlage Nr. _____ wiederherzustellen.

7.1.1.1 Störungsmeldung

7.1.1.1.1 Form der Störungsmeldung

Die Störungsmeldung erfolgt abweichend von Ziffer 10.2 EVB-IT Systemlieferungs-AGB gemäß Anlage Nr. _____.

7.1.1.1.2 Adresse für Störungsmeldungen

Die Störungsmeldung erfolgt

☒ an folgende Adresse:

Art des Kontakts	Kontaktdaten
Name/Firma:	- ergibt sich aus Punkt 7 der Anlage 1 -
Organisationseinheit/Abteilung:	- ergibt sich aus Punkt 7 der Anlage 1 -
<input checked="" type="checkbox"/> Postanschrift:	- ergibt sich aus Punkt 7 der Anlage 1 -
<input checked="" type="checkbox"/> Telefon:	- ergibt sich aus Punkt 7 der Anlage 1 -
<input type="checkbox"/> Fax:	
<input checked="" type="checkbox"/> E-Mail:	- ergibt sich aus Punkt 7 der Anlage 1 -
<input checked="" type="checkbox"/> Web-Adresse:	- ergibt sich aus Punkt 7 der Anlage 1 -

☐ gemäß Anlage Nr. _____.

7.1.1.2 Reaktions-* und Wiederherstellungszeiten*

☐ Es werden folgende Reaktions-* und Wiederherstellungszeiten* vereinbart (siehe Ziffer 4.1.2 EVB-IT Systemlieferungs-AGB):



Systemlieferungsvertrag

Mängelklasse	Reaktionszeit*	Wiederherstellungszeit*
Betriebsverhindernder Mangel		
Betriebsbehindernder Mangel		
Leichter Mangel		

- ☐ Es werden für in Nummer 19.1 vereinbarte Mängelklassen folgende Reaktions-* und Wiederherstellungszeiten* gemäß Anlage Nr. _____ vereinbart.

Reaktions-* und Wiederherstellungszeiten* beginnen ausschließlich mit dem Zugang der Störungsmeldung während der vereinbarten Servicezeiten und laufen ausschließlich während der vereinbarten Servicezeiten.

Ergänzend können in Nummer 18.2 für die Nichteinhaltung der o.g. Zeiten Vertragsstrafen vereinbart werden.

7.1.1.3 Servicezeiten, Hotline

- ☒ Es werden folgende Servicezeiten vereinbart:

Tag	Uhrzeit
Montag bis Freitag	von 08.00 bis 15.00 Uhr
An Sonntagen	von _____ bis _____ Uhr
An Feiertagen am Erfüllungsort	von _____ bis _____ Uhr

- ☒ Der Auftragnehmer gewährt eine telefonische deutschsprachige Unterstützung (Hotline) zu folgenden Zeiten:

Tag	Uhrzeit
Montag bis Freitag	von 08.00 bis 15.00 Uhr
An Sonntagen	von _____ bis _____ Uhr
An Feiertagen am Erfüllungsort	von _____ bis _____ Uhr

- ☒ Weitere Vereinbarungen zur telefonischen Unterstützung (Hotline) gemäß Anlage Nr. _____

Ist eine Hotline vereinbart und finden sich keine abweichenden Regelungen dazu im Vertrag, nimmt der Auftragnehmer telefonische Störungsmeldungen, soweit eine Störungsbeseitigung vereinbart ist und, soweit vereinbart, Fragen zur Nutzung der Hard- oder Software* auf. Der Auftragnehmer wird, soweit möglich, die gemeldete Störung* durch telefonische Anleitung oder, soweit vereinbart, durch Teleservice* noch während des Telefonats beseitigen und, wenn vereinbart, Fragen zur Nutzung der Software* beantworten. Ist dies in zumutbarer Zeit nicht gelungen, ist der Auftragnehmer verpflichtet,

- die Fragen zur Nutzung anderweitig zu klären und die Antworten telefonisch oder per E-Mail zu übermitteln bzw.
- die Störungsmeldung zur Störungsbeseitigung innerhalb seiner Supportorganisation weiter-zuleiten. Ist keine Störungsbeseitigung gemäß Ziffer 2.2 der EVB-IT Pflege S-AGB vereinbart, unterbreitet der Auftragnehmer dem Auftraggeber ein Angebot zur Störungsbeseitigung auf der Grundlage der vereinbarten Vergütung oder, wenn eine solche nicht vereinbart ist, zu angemessenen Bedingungen.



Systemlieferungsvertrag

Ist die Nutzung eines Ticketsystems* vereinbart, ist der Auftragnehmer verpflichtet, die Störungsmeldung nebst erläuternder Informationen in dieses einzustellen. Dies gilt unabhängig davon, ob die Störungsmeldung bereits im Telefonat erledigt wurde oder nicht.

Soweit nicht anders vereinbart, ist jeder geschulte Nutzer beim Auftraggeber zur Nutzung der Hotline berechtigt.

Der Auftragnehmer wird für die Hotline nur Personal einsetzen, das zur Erfassung und ersten Klärung der Störungsmeldung qualifiziert ist. Soweit nicht anders vereinbart, ist die Hotline deutschsprachig zu besetzen.

Soweit nicht anders vereinbart, ist die Nutzung von automatisierten Sprachdialogsystemen (Interactive Voice Response Systemen, IVR) nur zur Entgegennahme und einer ersten Zuordnung von Anrufen zulässig.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Hotline personell und technisch so auszustatten, dass innerhalb der vereinbarten Servicezeiten* ihre ständige Erreichbarkeit gewährleistet ist. Er hat dabei das zu erwartende Aufkommen an Fragen zur Nutzung und Störungsmeldungen zu berücksichtigen und die Möglichkeit paralleler telefonischer Fragen bzw. Störungsmeldungen sicher zu stellen. Kann die Beseitigung einer Störung* bzw. die Beantwortung komplexer Anwenderfragen nicht durchgängig von demselben Mitarbeiter des Auftragnehmers bis zum erfolgreichen Abschluss betreut werden, ist der Vorgang und dessen Bearbeitungsfortschritt so zu protokollieren, dass durch den Mitarbeiterwechsel kein wesentlicher Zeitverlust entsteht.

Jede Partei trägt die bei ihr anfallenden Telekommunikationskosten selbst. Der Auftragnehmer ist nicht berechtigt, die Hotline über Mehrwertdienste-, Mobilfunkrufnummern oder Auslandsrufnummern anzubieten.

- ☐ Weitere Vereinbarungen (z.B. Reaktionszeiten*, Wiederherstellungszeiten*, Service Level Agreement) gemäß Anlage Nr. _____.

7.1.2 Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft* (vorbeugende Maßnahmen)

Der Auftragnehmer verpflichtet sich

- ☒ angemessene Maßnahmen mit dem Ziel zu ergreifen, das Auftreten zukünftiger Störungen des Systems zu vermeiden.

oder

- ☐ für folgende Teile des Systems: _____ oder für die in Anlage Nr. _____ aufgeführten Teile davon angemessene Maßnahmen mit dem Ziel zu ergreifen, das Auftreten zukünftiger Störungen zu vermeiden.

oder

- ☐ zu vorbeugenden Maßnahmen gemäß Anlage Nr. _____.

7.1.3 Überlassung von verfügbaren Programmständen* (Standardsoftware*)

- ☒ Der Auftragnehmer verpflichtet sich, folgende Programmstände* für die aufgeführte Standardsoftware* zu überlassen, sobald sie am Markt verfügbar sind:

Lfd. Nr. aus Nummer 4.2.1	Patches*, Updates*	Upgrades*	Releases/ Versionen*	Leistung auf Anforderung des Auftraggebers	Leistung unverzüglich sobald verfügbar
1	X	X	X	X	X

- ☐ Besondere Vereinbarung zur Herbeiführung der Betriebsbereitschaft* durch den Auftragnehmer gemäß Anlage Nr. _____.
- ☐ Besondere Vereinbarung zur Installation der Programmstände* gemäß Anlage Nr. _____.

Soweit bezüglich der Nutzungsrechte der Standardsoftware* Nutzungsrechtsregelungen aus den Lizenzbedingungen in Nummer 4.2.2 einbezogen sind, werden diese bei Überlassung neuer Programmstände* der jeweiligen Standardsoftware* durch die für den neuen Programmstand* geltenden Nutzungsrechtsregelungen ersetzt, wobei die in Nummer 4.2.2 getroffenen Vereinbarungen auch für diese gelten. Diese neuen Nutzungsrechtsregelungen gelten aber nur unter den Voraussetzungen von Ziffer 4.3.2 EVB-IT Systemlieferungs-



Systemlieferungsvertrag

AGB und nur, soweit die neuen Lizenzbedingungen dem Auftraggeber bei Überlassung mit Hinweis auf diese Regelung schriftlich bekanntgegeben werden.

7.2 Beginn/Dauer der Systemserviceleistungen

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die vereinbarten Systemserviceleistungen, beginnend mit

- ☐ dem Tag nach Ablauf der Verjährungsfrist für Sachmängelansprüche (Gewährleistungsfrist) des Systems
- ☒ dem Tag nach der Systemlieferung*
- ☐ folgendem Datum: _____

jeweils

- ☐ für die Dauer von _____ Monaten
- ☒ für die Dauer von mindestens 48 Monaten (Mindestvertragsdauer)
- ☐ für die in Anlage Nr. _____ vereinbarte Dauer

zu erbringen.

7.3 Kündigung von Systemserviceleistungen

- ☒ Abweichend von Ziffer 4.7.1 EVB-IT Systemlieferungs-AGB beträgt die Kündigungsfrist für den Auftragnehmer 12 Monat(e) zum Ablauf eines Kalendermonats (z.B. Kalendermonat/Kalendervierteljahr/Kalenderjahr).
- ☐ Ergänzend zu Ziffer 4.7.2 EVB-IT Systemlieferungs-AGB wird bei vereinbarter fester Laufzeit ein Sonderkündigungsrecht gem. Anlage Nr. _____ vereinbart.

7.4 Vergütung/Zahlungsfristen für Systemserviceleistungen

7.4.1 Vergütung

- ☐ Der Systemservice ist (bei fester Laufzeit) insgesamt mit dem Pauschalpreis abgegolten. Der Vergütungsanteil für den Systemservice am Pauschalpreis beträgt _____ Euro².
- ☐ Die gesonderte Vergütung für den Systemservice insgesamt (bei fester Laufzeit) beträgt pauschal _____ Euro.
- ☒ Die gesonderte monatliche Vergütung für den Systemservice beträgt pauschal – ergibt sich aus Punkt 8 der Anlage 1 - Euro.
 - ☐ Für den Zeitraum bis zum Ablauf der Verjährungsfrist der Sachmängelansprüche für das System wird eine abweichende monatliche Vergütung in Höhe von pauschal _____ Euro vereinbart.
- ☐ Die Vergütung für die Systemserviceleistungen gemäß Nummer(n) _____ (hier die relevanten Nummer(n) aus Nummer 7.1 eintragen) erfolgt gesondert nach Aufwand gemäß Nummer 9
 - ☐ mit einer Obergrenze in Höhe von _____ Euro.
 - ☐ Dabei ist Personal der Kategorie(n) _____ einzusetzen.
- ☐ Die Vergütung erfolgt gemäß Anlage Nr. _____.

² Der Auftragnehmer hat den Anteil des Systemservices an dem Pauschalpreis anzugeben, selbst wenn in Nummer 1.2 keine gesonderte Ausweisung von Preisanteilen vorgesehen ist. Dies allein, um die Berechnung der Haftungsobergrenze gemäß Ziffer 15.3 EVB-IT Systemlieferungs-AGB und - bei Vereinbarung einer gesonderten Ausweisung - eine Bewertung des Pauschalpreises zu ermöglichen.

7.4.2 Zahlungsfristen für Systemserviceleistungen

- ☐ monatlich (zahlbar bis zum 15. eines jeden Monats)
- ☒ quartalsweise (zahlbar bis zum 15. des zweiten Quartalmonats)



Systemlieferungsvertrag

- ☐ jährlich (zahlbar bis zum ____)
- ☐ einmalig zum ____.
- ☐ gemäß Anlage Nr. ____

7.5 Sonstige Regelungen zu Systemserviceleistungen

7.5.1 Teleservice*

- ☒ Der Auftragnehmer erbringt Teile der Leistung mittels Teleservice* entsprechend der Teleservicevereinbarung gemäß Anlage Nr. **5**.

7.5.2 Abnahme der Systemserviceleistungen

- ☐ Die Parteien vereinbaren eine Abnahme bestimmter Systemserviceleistungen gemäß Anlage Nr. ____.

7.5.3 Dokumentation der Systemserviceleistungen

- ☐ Abweichend von Ziffer 4.6 Satz 1 EVB-IT Systemlieferungs-AGB ist der Auftragnehmer in dem in Anlage Nr. ____ aufgeführten Umfang verpflichtet, die im Rahmen des Systemservices durchgeführten Maßnahmen zu dokumentieren.

7.6 Sonstige Leistungen nach der Systemlieferung*

7.6.1 Leistungsumfang

- ☒ Der Umfang der sonstigen Leistungen nach der Systemlieferung* ergibt sich aus Anlage Nr. **2 Punkt 2.3**.

7.6.2 Vergütung

- ☐ Die sonstigen Leistungen nach der Systemlieferung* sind mit dem Pauschalpreis abgegolten.
 - ☐ Der Vergütungsanteil für sonstige Leistungen nach der Systemlieferung* beträgt ____ Euro.
- ☐ Die sonstigen Leistungen nach der Systemlieferung* sind mit der pauschalen Vergütung für Systemserviceleistungen gemäß Nummer 7.4.1 abgegolten.
- ☐ Die gesonderte Vergütung für sonstige Leistungen nach der Systemlieferung* beträgt pauschal ____ Euro.
- ☒ Die Vergütung erfolgt gesondert nach Aufwand gemäß Nummer 9.
 - ☒ mit einer Obergrenze in Höhe von – **ergibt sich aus Punkt 9 der Anlage 1** - Euro.
 - ☒ Dabei ist Personal der Kategorie(n) **1** einzusetzen.

8 Zusätzliche Regelungen für Open Source Software

- ☒ Der Auftragnehmer ist verpflichtet, hinsichtlich der pflegegegenständlichen Standardsoftware* eine Lizenzbestandsaufnahme durchzuführen, deren Ergebnis eine vollständige Software Bill of Materials (SBOM*) ist. Die Lizenzbestandsaufnahme ist unverzüglich nach Vertragsschluss durchzuführen.
 - ☐ Die Lizenzbestandsaufnahme ist spätestens binnen ____ Kalendertagen abzuschließen.
 - ☐ Die Vergütung für die Lizenzbestandsaufnahme erfolgt nach Aufwand gemäß Kategorie(n) ____ aus Nummer 9.
 - ☐ mit einer Obergrenze in Höhe von ____ Euro.
 - ☐ Die Vergütung für die Lizenzbestandsaufnahme erfolgt zu einem gesonderten Pauschalpreis in Höhe von ____ Euro.
- Die SBOM* ist gemäß Ziffer 5.6 EVB-IT Systemlieferungs-AGB zu pflegen.
- ☐ Neue Programmstände* von Standardsoftware* bzw. Softwarekomponenten müssen stets
 - ☐ Open Source Software* sein,



Systemlieferungsvertrag

- ☐ Open Source Software* sein, für die ausschließlich von openCode* freigegebenen Lizenzen gelten soweit die Parteien nicht im Einzelfall ausdrücklich etwas anderes vereinbaren.
- ☐ Ist die Störungsbeseitigung oder die Überlassung neuer Programmstände* vereinbart, so setzt der Auftragnehmer den Auftraggeber über das Erscheinen neuer Programmstände* in Kenntnis und berät ihn dazu, wann ein neuer Programmstand* übernommen werden sollte.
- ☒ Der Auftragnehmer überlässt dem Auftraggeber neue Programmstände* von Open Source Software* nur nachdem er diese in einer von ihm bereitgehaltenen, geeigneten Testumgebung auf Funktionalität und Eignung für die Zwecke des Auftraggebers erfolgreich getestet hat.
- ☐ Abweichend von Satz 1 stellt der Auftraggeber eine hierfür geeignete Umgebung zur Verfügung.
- ☐ Der Auftragnehmer stellt die Ergebnisse der Systemserviceleistungen zusätzlich zur Überlassung an den Auftraggeber auf derjenigen öffentlichen Plattform für Softwareentwicklungsprojekte zur Verfügung, auf der die gepflegte Standardsoftware* hauptsächlich entwickelt und verwaltet wird. Die Zurverfügungstellung der Ergebnisse der Systemserviceleistungen umfasst jeweils, soweit dort vorhanden, auch die Pflege der Dokumentation, der Software Bill of Materials (SBOM)* und eines Verzeichnisses verwendeter Softwarekomponenten.

Zusätzlich erfolgt die Bereitstellung durch den Auftragnehmer wie folgt:

- ☐ auf der folgenden öffentlichen Plattform für Softwareentwicklungsprojekte: _____
- ☐ auf openCode*.

9 Ergänzende Vereinbarungen bei Vergütung nach Aufwand

9.1 Vereinbarung der Preiskategorien bei Vergütung nach Aufwand

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Personalkategorie	Preis innerhalb der Zeiten gemäß Nummer 9.2.1 je Stunde	Preis innerhalb der Zeiten gemäß Nummer 9.2.1 je Tag	Preis innerhalb der Zeiten gemäß Nummer 9.2.2 je Stunde	Preis innerhalb der Zeiten gemäß Nummer 9.2.2 je Tag	Preis innerhalb der Zeiten gemäß Nummer 9.2.3 je Stunde	Preis innerhalb der Zeiten gemäß Nummer 9.2.3 je Tag
1	- ergibt sich aus Punkt 9 der Anlage 1 -	- ergibt sich aus Punkt 9 der Anlage 1 -					

9.2 Zeiten der Leistungserbringung bei Vergütung nach Aufwand

Die Leistungen des Auftragnehmers werden erbracht:

9.2.1 Während der Geschäftszeiten an Werktagen (außer an Samstagen und Feiertagen am Erfüllungsort)

Wochentag	Uhrzeit
Montag bis Freitag	von 08.00 bis 15.00 Uhr



Systemlieferungsvertrag

9.2.2 Außerhalb der Geschäftszeiten an Werktagen (außer an Samstagen und Feiertagen am Erfüllungsort)

Wochentag	Uhrzeit
_____ bis _____	von _____ bis _____ Uhr

9.2.3 Während sonstiger Zeiten

Wochentag	Uhrzeit
Samstag	von _____ bis _____ Uhr
Sonntag	von _____ bis _____ Uhr
Feiertag am Erfüllungsort	von _____ bis _____ Uhr

- ☐ Weitere Vereinbarungen gemäß Anlage Nr. _____.

9.3 Abweichende Regelungen für die Bestimmung und Vergütung von Personentagesätzen

- ☐ Abweichend von Ziffer 8.5 Satz 1 EVB-IT Systemlieferungs-AGB können bei entsprechendem Nachweis für einen Personentag bis zu 10 Stunden abgerechnet werden.
- ☐ Abweichend von Ziffer 8.5 Sätze 2 und 3 EVB-IT Systemlieferungs-AGB wird Folgendes vereinbart:
Ein voller Tagessatz kann nur in Rechnung gestellt werden, wenn mindestens 10 Zeitstunden geleistet wurden. Werden weniger als 10 Zeitstunden pro Tag geleistet, sind diese anteilig in Rechnung zu stellen.
- ☐ Weitere Vereinbarungen gemäß Anlage Nr. _____.

9.4 Reisekosten, Nebenkosten*, Materialkosten und Reisezeiten

9.4.1 Reisekosten, Nebenkosten* und Materialkosten

- ☒ Reisekosten werden nicht gesondert vergütet.
- ☐ Reisekosten werden vergütet gemäß Anlage Nr. _____.
- ☒ Nebenkosten* werden nicht gesondert vergütet.
- ☐ Nebenkosten* werden vergütet gemäß Anlage Nr. _____.
- ☒ Materialkosten werden nicht gesondert vergütet.
- ☐ Materialkosten werden vergütet gemäß Anlage Nr. _____.

9.4.2 Reisezeiten

- ☒ Reisezeiten werden nicht gesondert vergütet.
- ☐ Reisezeiten werden zu 50 % als Arbeitszeiten vergütet.
- ☐ Reisezeiten werden vergütet gemäß Anlage Nr. _____.

9.5 Besondere Bestimmungen zur Vergütung nach Aufwand

- ☐ Besondere Bestimmungen zur Vergütung nach Aufwand sind in Anlage Nr. _____ vereinbart.

Systemlieferungsvertrag

9.6 Preisanpassung für Systemserviceleistungen, die nicht im Pauschalpreis enthalten sind

- ☒ Gemäß Ziffer 8.6 EVB-IT Systemlieferungs-AGB wird eine Preisanpassung vereinbart für Leistungen gemäß Nummer 7.4.1.
Ein Preiserhöhungsbegehren ist per Mail an 10zdvlm@stadtdo.de zu übersenden.
- ☐ Abweichend von Ziffer 8.6 EVB-IT Systemlieferungs-AGB wird eine Preisanpassung nach Maßgabe der Anlage Nr. _____ vereinbart.
Ein Preiserhöhungsbegehren ist per Mail an 10zdvlm@stadtdo.de zu übersenden.

10 Termin- und Leistungsplan

- ☒ Der Termin- und Leistungsplan ergibt sich aus folgender Tabelle:

Lfd. Nr.	Bezeichnung der zu erbringenden Leistung	Art des Termins TL ¹ , SL ²	Leistungszeit (Datum oder Zeitpunkt nach Zuschlagserteilung)	Leistungsort (einschließlich Anschrift)	Bemerkungen
1	Fachtestfähigkeit des Systems	TL	unverzüglich		- Geplant -
2	Produktivsetzung des Systems	SL	Spätestens 6 Monate		- Geplant -

Fußnote	Erläuterung
1	TL = Teillieferung*
2	SL = Systemlieferung*

- ☐ Der Termin- und Leistungsplan ergibt sich aus Anlage Nr. _____.

11 Zahlungsplan, Rechnungen

- ☐ Der Auftragnehmer erhält zum _____ (Datum) eine Vorauszahlung in Höhe von _____ Euro Zug um Zug gegen Gewährung einer Vorauszahlungssicherheit (siehe Nummer 19.5.1).
- ☐ Der Zahlungsplan ergibt sich aus folgender Tabelle:

Leistung gemäß Nummer 9, lfd. Nr.	Art der Zahlung, AZ ¹ , TZ ² , SZ ³	Betrag	Bemerkungen

Fußnote	Erläuterung
1	AZ = Abschlagszahlung
2	TZ = Teilzahlung
3	SZ = Schlusszahlung



Systemlieferungsvertrag

- ☐ Der Zahlungsplan ergibt sich aus Anlage Nr. ____.
- ☐ Rechnungen sind nach den Vorgaben der folgenden E-Rechnungsverordnung elektronisch einzureichen
- ☐ E-Rechnungsverordnung des Bundes - ERechV
 - ☐ ____ [z.B. E-Rechnungsverordnung des jeweiligen Landes]
- Dabei ist folgende Leitweg-ID ____ zu verwenden. Zudem müssen alle Pflichtfelder sowie die Zusatzfelder ____ gefüllt sein. Weitere Details ergeben sich aus Anlage Nr. ____.
- Eine Rechnung, die entgegen vorstehender Regelung nicht elektronisch gestellt wird, begründet keinen Verzug nach § 286 Abs. 3 BGB.
- ☒ Für die Rechnungsstellung gilt abweichend davon die folgende Regelung: **siehe Anlage „Digitaler Rechnungseingang“**

12 Verantwortlicher Ansprechpartner

Art des Kontakts	Ansprechpartner des Auftraggebers	Ansprechpartner des Auftragnehmers
Name	Wird nach Zuschlagserteilung mitgeteilt	- ergibt sich aus Punkt 10 der Anlage 1 -
Position	Wird nach Zuschlagserteilung mitgeteilt	- ergibt sich aus Punkt 10 der Anlage 1 -
Organisationseinheit	Wird nach Zuschlagserteilung mitgeteilt	- ergibt sich aus Punkt 10 der Anlage 1 -
Telefonnummer:	Wird nach Zuschlagserteilung mitgeteilt	- ergibt sich aus Punkt 10 der Anlage 1 -
Faxnummer:		
E-Mail:	Wird nach Zuschlagserteilung mitgeteilt	- ergibt sich aus Punkt 10 der Anlage 1 -
Anschrift:	Wird nach Zuschlagserteilung mitgeteilt	- ergibt sich aus Punkt 10 der Anlage 1 -

13 Weitere Pflichten des Auftragnehmers

13.1 Besondere Anforderungen an Mitarbeiter des Auftragnehmers

- ☐ Mindestanforderungen an das einzusetzende Personal des Auftragnehmers:

Lfd. Nr.	Position	Fachliche Qualifikation	Sicherheitsüberprüfung SÜ 1, 2 oder 3 ¹	Sonstige Anforderungen, z.B. weitere Sicherheitsanforderungen



Systemlieferungsvertrag

Fußnote	Erläuterung
1	Stufen der Sicherheitsüberprüfung gemäß Sicherheitsüberprüfungsgesetz

- ☒ Mindestanforderungen an das einzusetzende Personal des Auftragnehmers ergeben sich ~~aus Anlage Nr.~~ wie folgt: Gemäß Punkt 7.1 der EVB-IT Systemlieferungs-AGBs erfolgt die Kommunikation mit dem Auftraggeber in deutscher Sprache. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, für die Wahrnehmung der geschuldeten Leistungen und Aufgaben nur Personal einzusetzen, welches bereit ist, sich aufgrund des § 1 des Verpflichtungsgesetzes verpflichten zu lassen. Wenn der Auftraggeber, das vom Auftragnehmer eingesetzte Personal aufgrund gesetzlicher Regelung selbst verpflichten muss, wird durch den Auftragnehmer deutschsprachiges Personal eingesetzt. Wenn in diesen Fällen nicht deutschsprachiges Personal durch den Auftragnehmer eingesetzt werden soll, ist für die Verpflichtung nach dem Verpflichtungsgesetz ein entsprechender Dolmetscher durch den Auftragnehmer zu beauftragen und zu bezahlen. Der Vorgang der Verpflichtung mit dem Auftragnehmer ist durch den Dolmetscher zu begleiten. Dabei ist sicherzustellen, dass der Inhalt der Verpflichtungs-erklärung sowie die maßgeblichen gesetzlichen Regelungen der zu verpflichtenden Person ordnungsgemäß in der Muttersprache des zu Verpflichtenden übersetzt werden. Dies ist entsprechend zu dokumentieren.

Es ist ein beim Oberlandesgericht allgemein beeidigter Dolmetscher/Übersetzer einzusetzen. Über die bundesweite Dolmetscher- und Übersetzerdatenbank der Justiz können diese aufgefunden werden: <https://www.gerichts-dolmetscher.de/Recherche/de/Suchen>.

13.2 Allgemeine Sicherheitsanforderungen

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, für die Laufzeit des Vertrages:

- ☐ bei der Erbringung der vertraglichen Leistungen die Regelungen zur IT-Sicherheit gemäß Anlage Nr. _____ zu beachten.
- ☐ sich der Geheimschutzbetreuung gemäß Anlage Nr. _____ zu unterstellen.
- ☐ die Regelungen des Auftraggebers zur Sicherheit am Einsatzort gemäß Anlage Nr. _____ zu beachten.
- ☐ folgende weitere Regelungen einzuhalten: _____.
- ☒ bei Vorliegen einer IT/Cyber-Sicherheitswarnung des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI – Nationales IT-Lagezentrum, siehe: Warn- und Informationsdienste (cert-bund.de)) der Warnstufe 4/Rot die eigene Betroffenheit seines Produktes oder IT-Dienstes zu prüfen und den Auftraggeber unaufgefordert und unverzüglich zu informieren, wenn sein Produkt von der Sicherheitswarnung betroffen ist. Sofern das Produkt oder der IT-Dienst betroffen ist, ist der Auftragnehmer verpflichtet, unverzüglich, mindestens aber in der vereinbarten Wiederherstellungszeit* für die Störungsklasse „erhebliche Störung“ mindestens eine Umgehungslösung* bereitzustellen.

13.3 Mitteilung von Kopier- oder Nutzungssperren*

- ☐ Dem Auftragnehmer sind keine Kopier- oder Nutzungssperren* in den Systemkomponenten* bekannt.
- ☐ Dem Auftragnehmer sind Kopier- oder Nutzungssperren* in den Systemkomponenten* gemäß Nummer _____ lfd. Nr. _____ bekannt. Einzelheiten siehe Anlage Nr. _____.

13.4 Entsorgung der Hardware (ergänzend zu Ziffer 2.1 EVB-IT Systemlieferungs-AGB)

- ☐ Ergänzend zu Ziffer 2.1 EVB-IT Systemlieferungs-AGB und den entsprechenden gesetzlichen Regelungen gelten die in Anlage Nr. _____ aufgeführten zusätzlichen Vereinbarungen über die Entsorgung von in Nummer 4.1 genannter Hardware.
- ☐ Der Auftragnehmer übernimmt die Entsorgung auch von nicht in Nummer 4.1 genannter Hardware (Altgeräte) aufgrund gesonderter Vereinbarung gemäß Anlage Nr. _____.

13.5 Entsorgung der Verpackung

- ☐ Ergänzende Vereinbarung zur Entsorgung der Verpackung durch den Auftragnehmer gemäß Anlage Nr. _____.



Systemlieferungsvertrag

- ☐ Die Entsorgung der Verpackung erfolgt durch den Auftraggeber (abweichend von Ziffer 2.1 EVB-IT Systemlieferungs-AGB).

14 Mitwirkung des Auftraggebers

- ☐ Dem Auftraggeber obliegt folgende Mitwirkung (z.B. Infrastruktur, Organisation, Personal, Technik, Dokumente):

Lfd. Nr.	Art der Mitwirkung	Erläuterungen (z.B. fachliche Qualifikation des Personals, das Mitwirkungsleistungen erbringt)	max. Aufwand	Termin, Zeitraum	Ort

- ☐ Die Mitwirkung des Auftraggebers ergibt sich aus Anlage Nr. _____.

15 Systemlieferung*

15.1 Demonstration des Systems

Ergänzend zu bzw. abweichend von Ziffer 11.1 EVB-IT Systemlieferungs-AGB

- ☒ ergeben sich die vorzuführenden Funktionalitäten grds. aus den A- sowie den B-Kriterien gem. der Anlage Wertungsmatrix, welche Vertragsbestandteil gemäß Angebot wird.
- ☐ ergeben sich Regelungen zur Demonstration, deren Dauer und die vorzuführenden Funktionalitäten aus Anlage Nr. _____.
- ☐ erstellt der Auftragnehmer die erforderlichen Testdaten zur Durchführung der Demonstration.
- ☐ Einzelheiten gemäß Anlage Nr. _____.
- ☐ erbringt der Auftragnehmer weitere Unterstützungsleistungen gemäß Anlage Nr. _____.

15.2 Erfüllungsort

- ☐ Erfüllungsort (abweichend von Ziffer 12.1 EVB-IT Systemlieferungs-AGB _____).

15.3 Versand

- ☐ Abweichend von Ziffer 12.3 EVB-IT Systemlieferungs-AGB wird hinsichtlich der Versand- und Verpackungskosten folgende Regelung getroffen: _____

16 Mängelhaftung (Gewährleistung)

16.1 Verjährungsfrist (Gewährleistungsfrist) für Mängel des Systems

- ☐ Es gilt Ziffer 13.2 EVB-IT Systemlieferungs-AGB mit der Maßgabe, dass für Sach- und Rechtsmängel die Verjährungsfrist statt 24 Monate, _____ Monate beträgt.
- ☐ Die Verjährungsfristen für Sach- und Rechtsmängel ergeben sich aus Anlage Nr. _____.
- ☐ Anstelle der in Ziffer 13.2 EVB-IT Systemlieferungs-AGB geregelten zwölfmonatigen Frist für den Rücktritt bezogen auf die Standardsoftware* tritt eine _____-monatige Frist.

16.2 Verjährungsfrist (Gewährleistungsfrist) für Mängel an Teilleistungen

- ☐ Abweichend von Ziffer 13.3 EVB-IT Systemlieferungs-AGB endet die Verjährungsfrist für Mängel an Teillieferungen* gemäß Anlage Nr. _____.



Systemlieferungsvertrag

16.3 Mängelmeldungen

Die Regelungen zur Störungsmeldung (Nr. 7.1.1.1) gelten analog im Rahmen der Mängelhaftung.

16.3.1 Form der Mängelmeldung

Abweichend von Ziffer 10.2 EVB-IT Systemlieferungs-AGB erfolgt die Mängelmeldung gemäß Anlage Nr. _____.

16.3.2 Adresse für Mängelmeldungen

Die Mängelmeldung erfolgt

☐ an folgende Adresse:

Art des Kontakts	Kontakt Daten
Name/Firma:	
Organisationseinheit/Abteilung:	
<input type="checkbox"/> Postanschrift:	
<input type="checkbox"/> Telefon:	
<input type="checkbox"/> Fax:	
<input type="checkbox"/> E-Mail:	
<input type="checkbox"/> Web-Adresse:	

☐ gemäß Anlage Nr. _____.

16.4 Reaktions-* und Wiederherstellungszeiten*, Servicezeiten, Hotline, Teleservice*

Die Regelungen zur Störungsmeldung (Nr. 7.1.1.2 und Nr. 7.1.1.3) gelten analog im Rahmen der Mängelhaftung.

16.4.1 Reaktions-* und Wiederherstellungszeiten*

☐ Es werden folgende Reaktions-* und Wiederherstellungszeiten* vereinbart:

Mängelklasse	Reaktionszeit*	Wiederherstellungszeit*
Betriebsverhindernder Mangel		
Betriebsbehindernder Mangel		
Leichter Mangel		

Reaktions-* und Wiederherstellungszeiten* beginnen ausschließlich mit dem Zugang der Mängelmeldung während der Servicezeiten und laufen ausschließlich während der vereinbarten Servicezeiten.

Ergänzend können in Nummer 18.2 für die Nichteinhaltung der o.g. Zeiten Vertragsstrafen vereinbart werden.

16.4.2 Servicezeiten

☐ Es werden folgende Servicezeiten vereinbart:



Systemlieferungsvertrag

Tag	Uhrzeit
_____ bis _____	von _____ bis _____ Uhr
Sonntag	von _____ bis _____ Uhr
Feiertag am Erfüllungsort	von _____ bis _____ Uhr

16.4.3 Hotline

- ☐ Der Auftragnehmer gewährt eine telefonische deutschsprachige Unterstützung (Hotline) zu folgenden Zeiten:

Tag	Uhrzeit
_____ bis _____	von _____ bis _____ Uhr
Sonntag	von _____ bis _____ Uhr
Feiertag am Erfüllungsort	von _____ bis _____ Uhr

- ☐ Weitere Vereinbarungen zur Hotline gemäß Anlage Nr. _____.

16.5 Teleservice*

- ☒ Der Auftragnehmer erbringt Teile der Leistung mittels Teleservice* entsprechend der Teleservicevereinbarung gemäß Anlage Nr. **5**.

16.6 Weitere Vereinbarungen zur Mängelhaftung

- ☐ Weitere Vereinbarungen gemäß Anlage Nr. _____.

16.7 Vereinbarung zur kaufmännischen Rügepflicht, für den Fall, dass der Auftraggeber Kaufmann ist

- ☐ Es werden gemäß Anlage Nr. _____ von § 377 HGB abweichende Regelungen getroffen.

17 Haftungsregelungen

17.1 Haftungsobergrenze bei leicht fahrlässiger Pflichtverletzung

- ☐ Abweichend von Ziffer 15.1 EVB-IT Systemlieferungs-AGB beträgt die Haftungsobergrenze bei einem Auftragswert* über 100.000 EURO insgesamt für diesen Vertrag 50 % des Auftragswertes*.
- ☐ Abweichend von Ziffer 15.1 EVB-IT Systemlieferungs-AGB gelten für die Haftung bei leicht fahrlässigen Pflichtverletzungen die Regelungen gemäß Anlage Nr. _____.

17.2 Haftung bei Verzug

- ☐ Abweichend von Ziffer 15.2 EVB-IT Systemlieferungs-AGB gelten für die Haftung für Verzug die Regelungen gemäß Anlage Nr. _____.

17.3 Haftung für entgangenen Gewinn

- ☐ Abweichend von Ziffer 15.6 EVB-IT Systemlieferungs-AGB haftet der Auftragnehmer auch für entgangenen Gewinn.



Systemlieferungsvertrag

18 Vertragsstrafen bei Verzug

18.1 Verzug bei Systemlieferung* oder Teillieferung*

- ☐ Abweichend von Ziffer 9.3 EVB-IT Systemlieferungs-AGB gilt die dort aufgeführte Vertragsstrafe nicht bei Überschreitung der für die Teillieferungen* gemäß Nummer 10 festgelegten Termine.
- ☐ Abweichend von Ziffer 9.3 EVB-IT Systemlieferungs-AGB wird bei Verzug der Systemlieferung* oder Teillieferung* die Vertragsstrafenregelung gemäß Anlage Nr. _____ vereinbart.

18.2 Verzug bei Reaktions-* und Wiederherstellungszeiten*

- ☐ Zusätzlich zur Vertragsstrafe gemäß Ziffer 9.3 EVB-IT Systemlieferungs-AGB werden in Anlage Nr. _____ Vertragsstrafen für die Nichteinhaltung der in Nummer 7.1.1.2 geregelten Reaktions-* und Wiederherstellungszeiten* zur Wiederherstellung der Betriebsbereitschaft* nach der Systemlieferung* vereinbart.
- ☐ Zusätzlich zur Vertragsstrafe gemäß Ziffer 9.3 EVB-IT Systemlieferungs-AGB werden in Anlage Nr. _____ Vertragsstrafen für die Nichteinhaltung der in Nummer 16.4.1 geregelten Reaktions-* und Wiederherstellungszeiten* im Rahmen der Mängelhaftung (Gewährleistung) vereinbart.

19 Weitere Vereinbarungen

19.1 Abweichende Mängelklassifizierung

- ☐ Abweichend von Ziffer 3 EVB-IT Systemlieferungs-AGB werden die in Anlage Nr. _____ genannten Mängelklassen vereinbart.

19.2 Garantien

19.2.1 Auftragnehmergarantien

- ☐ Der Auftragnehmer übernimmt zusätzlich zu der in diesem Vertrag (Nummer 16 und Ziffer 13 EVB-IT Systemlieferungs-AGB) vereinbarten Mängelhaftung die in Anlage Nr. _____ aufgeführten Haltbarkeitsgarantien (Konkretisierung und/oder Begrenzung z.B. des Inhalts oder der Rechtsfolgen dieser Haltbarkeitsgarantie).
- ☐ Der Auftragnehmer übernimmt zusätzlich zu der in diesem Vertrag vereinbarten Mängelhaftung (Nummer 15 und Ziffer 13 EVB-IT Systemlieferungs-AGB) eine Beschaffenheitsgarantie, deren Konkretisierung und/oder Begrenzung, z.B. des Inhalts oder der Rechtsfolgen in Anlage Nr. _____ erfolgt.

19.2.2 Herstellergarantien

- ☐ Der Auftragnehmer erklärt, dass die Hersteller der folgenden Systemkomponenten* folgende Haltbarkeitsgarantien übernehmen:

Lfd. Nr. der betroffenen Systemkomponente* gemäß Nummer 4	Garantiebeginn	Dauer der Garantie in Monaten	Name des Herstellers	Art der Garantie (z.B. VOS/BIS ¹)

Fußnote	Erläuterung
1	VOS = Vorortservice (am Erfüllungsort) BIS = Bring-In-Service (zum Auftragnehmer auf dessen Kosten)

- ☐ Weitere Vereinbarungen (Konkretisierung und/oder Begrenzung z.B. des Inhalts oder der Rechtsfolgen) zur Haltbarkeitsgarantie und/oder Beschaffenheitsgarantie des Herstellers gemäß Anlage Nr. _____.



Systemlieferungsvertrag

19.3 Hinterlegung des Quellcodes*

- ☐ Es wird gemäß Ziffer 16.1 EVB-IT-Systemlieferungs-AGB die Hinterlegung des Quellcodes* folgender Standardsoftware* vereinbart:

Lfd. Nr. aus Nummer 4.2.1	Hinterlegungsstelle und Hinterlegungsvereinbarung	Beitritt zu einer bestehenden Hinterlegungsvereinbarung ja/nein
	Hinterlegungsstelle: Hinterlegungsvereinbarung gemäß Anlage Nr.	

19.4 Haftpflichtversicherung

- ☐ Der Nachweis einer Haftpflichtversicherung gemäß Ziffer 17.1 EVB-IT Systemlieferungs-AGB wird vereinbart.

19.5 Sicherheiten

19.5.1 Vorauszahlungssicherheit

- ☐ Abweichend von Ziffer 18.1 EVB-IT Systemlieferungs-AGB beträgt die Höhe der Vorauszahlungssicherheit statt 100 % der Vorauszahlung _____ Euro (Hinweis: wenn niedriger als 100 % der Vorauszahlung, haushaltsrechtlich i.d.R. nicht zulässig).

19.5.2 Mängelhaftungssicherheit

- ☐ Es wird die Leistung einer Sicherheit für die Mängelhaftung durch Hinterlegung von Geld auf einem Sperrkonto oder Übergabe einer Mängelhaftungsbürgschaft gemäß Ziffer 18.2 EVB-IT Systemlieferungs-AGB vereinbart.

Höhe der Sicherheit:

- ☐ Abweichend von Ziffer 18.2 EVB-IT Systemlieferungs-AGB beträgt die Höhe der Sicherheit: _____ % des Auftragswertes*.

19.6 Datenschutz, Geheimhaltung und Sicherheit

- ☐ Ergänzend zu bzw. abweichend von Ziffer 19 EVB-IT Systemlieferungs-AGB ergeben sich Regelungen zur Geheimhaltung bzw. zur Sicherheit aus Anlage Nr. _____.
- ☐ Da durch den Auftragnehmer personenbezogene Daten im Auftrag des Auftraggebers verarbeitet werden sollen (Auftragsdatenverarbeitung), treffen die Parteien in Anlage Nr. _____ eine schriftliche Vereinbarung, die zumindest die gesetzlichen Mindestanforderungen beinhaltet (z.B. DSGVO).
- ☐ Die Parteien treffen sonstige Vereinbarungen zum Datenschutz gemäß Anlage Nr. _____.

19.7 Vereinbarungen zur Korruptionsprävention

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, für die Laufzeit des Vertrages

- ☐ die in Anlage Nr. _____ aufgeführten Vorschriften zur Korruptionsprävention in der öffentlichen Verwaltung zu beachten.
- ☐ folgende weitere Regelungen einzuhalten: _____.

19.8 Sonstige Vereinbarungen

- ☒ Gerichtsstand: Dortmund
- ☒ Auf den Rechnungen bitte die genannte Vertragsnummer des Auftraggebers angeben.
- ☒ Eine fällige Vergütung ist innerhalb von 30 Tagen nach Zugang einer prüffähigen Rechnung zu zahlen.
- ☒ Rechnungsadresse: Stadt Dortmund, Dortmunder Systemhaus, 44109 Dortmund



Systemlieferungsvertrag

- ☒ Nach Aufforderung durch den Auftraggeber teilt der Auftragnehmer Kontaktdaten (Name, Vorname, Mailadresse) der mit der Leistungserbringung betrauten Beschäftigten mit. Der Auftraggeber koordiniert in diesem Fall die Durchführung der förmlichen Verpflichtung. Erfolgt die Aufforderung vor dem im Vertrag festgelegten Beginn der Leistungsausführung, dürfen die Beschäftigten Tätigkeiten im Rahmen der Vertragserfüllung erst nach erfolgter förmlicher Verpflichtung aufnehmen. Veränderungen bei ihren im Rahmen des Vertrages tätigen Beschäftigten teilt der Auftragnehmer dem Auftraggeber unverzüglich und unaufgefordert mit (Name, Vorname, Mailadresse, geplanter Beginn der Tätigkeit für die Stadt Dortmund). Die Tätigkeit für die Stadt Dortmund darf erst nach erfolgter Verpflichtung aufgenommen werden.
- ☐ Sonstige Vereinbarungen: ____.
- ☐ Die sonstigen Vereinbarungen ergeben sich aus Anlage Nr. ____.

Unterschrift Auftraggeber

Unterschrift Auftragnehmer

Stadt Dortmund
Der Oberbürgermeister
Im Auftrag

ohne Unterschrift gültig, da Vertragsbestandteil

Datum, Name

ohne Unterschrift gültig, da Vertragsbestandteil

Datum, Name

Ergänzende Vertragsbedingungen für die Lieferung eines IT-Systems – EVB-IT Systemlieferungs-AGB –

Inhaltsangabe

1	Gegenstand des EVB-IT Systemlieferungsvertrages	2
2	Art und Umfang der Leistungen	2
3	Mängelklassifizierung	4
4	Systemservice	5
5	Dokumentation	7
6	Mitteilungspflichten des Auftragnehmers	8
7	Personal des Auftragnehmers, Subunternehmer	9
8	Vergütung	9
9	Verzug	10
10	Mitwirkung des Auftraggebers	10
11	Systemlieferung*	11
12	Erfüllungsort, Gefahrübergang, Versand	12
13	Rechte des Auftraggebers bei Mängeln des Systems (Gewährleistung)	12
14	Schutzrechte* Dritter	13
15	Haftungsbeschränkung	14
16	Quellcodehinterlegung bei Standardsoftware*	15
17	Haftplichtversicherung	15
18	Sicherheiten	16
19	Datenschutz, Geheimhaltung und Sicherheit	16
20	Zurückbehaltungsrechte	17
21	Textform	17
22	Anwendbares Recht	17
23	Begriffsbestimmungen	18

1 Gegenstand des EVB-IT Systemlieferungsvertrages

- 1.1 Gegenstand des EVB-IT Systemlieferungsvertrages ist die Lieferung* eines Systems auf der Grundlage eines Kaufvertrages und, soweit vereinbart, Schulung und Systemservice. Das System ergibt sich aus den vom Auftragnehmer zu erbringenden Lieferungen und Leistungen gemäß Nummer 2.1 und 4 des EVB-IT Systemlieferungsvertrages. Die Leistungen des Auftragnehmers zur Lieferung* des Systems können insbesondere umfassen:

- Verkauf von Hardware,
- dauerhafte Überlassung von Standardsoftware* gegen Einmalvergütung (Verkauf),
- Herbeiführung der Betriebsbereitschaft* des Systems,
- Dokumentation.

Diese Leistungen bilden eine sachliche, wirtschaftliche und rechtliche Einheit. Die Beistellungen* selbst sind nicht Teil des Systems, sind aber in das System einzubinden.

- 1.2 Die dem Auftraggeber obliegenden Mitwirkungsleistungen ergeben sich aus Nummer 13 des EVB-IT Systemlieferungsvertrages sowie aus Ziffer 10.
- 1.3 Für den Auftraggeber ist von vertragswesentlicher Bedeutung, dass der Auftragnehmer die im EVB-IT Systemlieferungsvertrag vereinbarte Gesamtfunktionalität des Systems herstellt.

2 Art und Umfang der Leistungen

Soweit nichts anderes vereinbart ist, gelten hinsichtlich der jeweiligen Leistungsbestandteile folgende Regelungen:

2.1 Verkauf von Hardware

Ist der Verkauf von Hardware vereinbart, stellt der Auftragnehmer die Hardware entsprechend den Vereinbarungen auf, und verschafft dem Auftraggeber jeweils mit der Lieferung* das Eigentum daran. Der Auftragnehmer übernimmt die Entsorgung der Verpackungen und nach Ende der Nutzung die Entsorgung der von ihm gelieferten Hardware, soweit in Nummern 12.4 oder 12.5 des EVB-IT Systemlieferungsvertrages nichts anderes vereinbart ist.

2.2 Dauerhafte Überlassung von Standardsoftware*

Ist die dauerhafte Überlassung von Standardsoftware* gegen Einmalvergütung vereinbart, überlässt der Auftragnehmer dem Auftraggeber diese Standardsoftware* entsprechend den Vereinbarungen im EVB-IT Systemlieferungsvertrag und stellt ihm diese zur Verfügung. Soweit im EVB-IT Systemlieferungsvertrag keine andere bestimmungsgemäße Nutzung vereinbart ist, räumt der Auftragnehmer dem Auftraggeber jeweils mit der Lieferung*

- das nicht ausschließliche,
- mit der Einschränkung der Ziffer 2.2.1 übertragbare,
- dauerhafte, unwiderrufliche und unkündbare,
- örtlich unbeschränkte,
- in jeder beliebigen Hard- und Softwareumgebung ausübbare

Recht ein, die Standardsoftware* zu nutzen, das heißt insbesondere dauerhaft oder temporär zu speichern und zu laden, sie anzuzeigen und ablaufen zu lassen. Dies gilt auch, soweit hierfür Vervielfältigungen notwendig werden. Das Recht, die Standardsoftware* in jeder beliebigen Hard- und Softwareumgebung zu nutzen, lässt die Einschränkung der Mängelansprüche gemäß Ziffer 13.5 unberührt.

- 2.2.1 Macht der Auftraggeber von seinem Recht zur Übertragung des Nutzungsrechts Gebrauch, hat er seine vertraglichen Verpflichtungen bezüglich Inhalt und Umfang der Nutzungsrechte dem Dritten aufzuerlegen. Mit der Übertragung an den Dritten ist der Auftraggeber nicht mehr zur Nutzung berechtigt. Der Auftraggeber ist jedoch berechtigt, eine Kopie ausschließlich für Prüfungszwecke zu behalten und zu nutzen.
- 2.2.2 Der Auftraggeber ist berechtigt, von der Standardsoftware* eine Kopie zu Sicherungszwecken herzustellen. Die der Softwareverteilung zur bestimmungsgemäßen Nutzung oder der ordnungsgemäßen Datensicherung dienenden Vervielfältigungen der Standardsoftware* sind Teil des bestimmungsgemäßen Gebrauchs.
- 2.2.3 Werden die Nutzungsrechte auf eine im EVB-IT Systemlieferungsvertrag definierte Hard- und/oder Softwareumgebung beschränkt, bedarf eine hiervon abweichende Nutzung der Zustimmung des Auftragnehmers. Ist eine im EVB-IT Systemlieferungsvertrag definierte Hard- und/oder Softwareumgebung nicht funktionsfähig, ist die Nutzung bis zu deren Wiederherstellung in einer anderen Umgebung auch ohne Zustimmung des Auftragnehmers zulässig.
- 2.2.4 Der Auftraggeber verpflichtet sich, die Standardsoftware* nicht in eine andere Codeform zu bringen oder Veränderungen am Code vorzunehmen, es sei denn, dass dies nach den gesetzlichen Vorschriften zulässig ist.
- 2.2.5 Die im Rahmen des EVB-IT Systemlieferungsvertrages gelieferte Standardsoftware* wurde zu einem angemessenen Zeitpunkt vor der Überlassung mit aktueller Scan-Software auf Befall mit Schaden stiftender Software* überprüft. Der Auftragnehmer erklärt, dass die Überprüfung keinen Hinweis auf Schaden stiftende Software* ergeben hat. Diese Regelung gilt für jede, auch die vorläufige und Vorabüberlassung, z.B. zu Testzwecken.

2.3 Herbeiführung der Betriebsbereitschaft* des Systems

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Betriebsbereitschaft* des Systems entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen herbeizuführen und hierfür insbesondere die einzelnen von ihm geschuldeten Systemkomponenten* aufzustellen, zu installieren, zu customizen* und zu integrieren* sowie die Beistellungen* des Auftraggebers zu integrieren*. Dies erfolgt jeweils nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung bzw., sofern sich daraus nichts ergibt, soweit zur Herbeiführung der Betriebsbereitschaft* des Systems bzw. zur Integration* der Beistellungen* erforderlich. Nach erfolgreichem Abschluss der Arbeiten demonstriert der Auftragnehmer zum vereinbarten Termin die Betriebsbereitschaft* des Systems gemäß Ziffer 11.

2.3.1 Rechteumfang an Leistungen zur Herbeiführung der Betriebsbereitschaft* des Systems

Soweit im EVB-IT Systemlieferungsvertrag keine andere bestimmungsgemäße Nutzung vereinbart ist, räumt der Auftragnehmer dem Auftraggeber an den anlässlich der vorgenannten Tätigkeiten für den Auftraggeber insoweit erbrachten Arbeitsergebnissen jeweils mit der Lieferung* das

- nicht ausschließliche,
- örtlich unbeschränkte,
- in jeder beliebigen Hard- und Softwareumgebung ausübbare,
- übertragbare,
- dauerhafte, unwiderrufliche und unkündbare

Recht ein, die Arbeitsergebnisse

- im Original oder in abgeänderter, übersetzter, bearbeiteter oder umgestalteter Form zu nutzen,

- abzuändern, zu übersetzen, zu bearbeiten oder auf anderem Wege umzugestalten,
- für nichtgewerbliche Zwecke auf einem beliebigen bekannten Medium oder in anderer Weise zu speichern, zu vervielfältigen, auszustellen, zu veröffentlichen, in körperlicher oder unkörperlicher Form zu verbreiten,
- durch Dritte nichtgewerblich nutzen zu lassen,
- für den Auftraggeber betreiben zu lassen,
- nicht nur für eigene Zwecke zu nutzen, sondern auch zur Erbringung von Leistungen an Dritte einzusetzen.

Soweit die Tätigkeiten an Standardsoftware* erfolgen, räumt der Auftragnehmer dem Auftraggeber an diesen Arbeitsergebnissen nur Rechte in dem Umfang ein, wie sie dem Auftraggeber an der Standardsoftware* selbst zustehen.

2.4 Schulungen

- 2.4.1 Sind Schulungen vereinbart, führt der Auftragnehmer diese in eigener Verantwortung und insbesondere entsprechend den Vereinbarungen in Nummer 5 des EVB-IT Systemlieferungsvertrages durch. Ist nichts anderes vereinbart, sind alle Schulungen in deutscher Sprache durchzuführen. Schulungen finden beim Auftraggeber statt, soweit nichts anderes vereinbart ist. Soweit Schulungen nicht beim Auftraggeber stattfinden, ist der Auftragnehmer für die Bereitstellung der Räumlichkeiten und der entsprechenden Schulungsinfrastruktur verantwortlich. Ein Schultag umfasst acht Unterrichtsstunden à 45 Minuten sowie angemessene Pausen. Die Schulungsvergütung beinhaltet die angemessene Vorbereitung der Schulung sowie die Einräumung der vereinbarten Nutzungsrechte an den Schulungsunterlagen. Die Schulungsunterlagen sind in deutscher Sprache geschuldet. Die vereinbarten Vervielfältigungsstücke gehen in das Eigentum des Auftraggebers über. Zu den Schulungsunterlagen gehören die elektronischen Präsentationsdateien.
- 2.4.2 An nicht für den Auftraggeber erstellten Schulungsunterlagen räumt der Auftragnehmer dem Auftraggeber das nicht ausschließliche, unwiderruflich dauerhafte übertragbare Recht ein, die Schulungsunterlagen für eigene Zwecke des Rechteinhabers zu nutzen, soweit nichts anderes vereinbart ist.
- 2.4.3 Soweit Schulungsunterlagen oder Teile davon für den Auftraggeber erstellt wurden, räumt der Auftragnehmer diesem für Schulungen und im Übrigen allein für eigene Zwecke des Rechteinhabers die Rechte entsprechend Ziffer 2.3.1 ein, soweit nichts anderes vereinbart ist.

3 Mängelklassifizierung

- 3.1 Soweit im EVB-IT Systemlieferungsvertrag nichts anderes vereinbart ist, wird im Rahmen der Gewährleistung und des Systemservice zwischen folgenden drei Mängelklassen unterschieden:
- 3.1.1 Ein betriebsverhindernder Mangel liegt vor, wenn die Nutzung des Systems unmöglich oder schwerwiegend eingeschränkt ist.
- 3.1.2 Ein betriebsbehindernder Mangel liegt vor, wenn die Nutzung des Systems erheblich eingeschränkt ist.
- 3.1.3 Ein leichter Mangel liegt vor, wenn die Nutzung des Systems mit leichten Einschränkungen möglich ist.
- 3.2 Ein betriebsbehindernder Mangel liegt auch vor, wenn die leichten Mängel insgesamt zu einer erheblichen Einschränkung der Nutzung des Systems führen.

4 Systemservice

Sind Systemserviceleistungen vereinbart, erbringt der Auftragnehmer diese nach Maßgabe der Vereinbarungen im EVB-IT Systemlieferungsvertrag sowie der folgenden Regelungen:

4.1 Wiederherstellung der Betriebsbereitschaft* (Störungsbeseitigung)

Zur Wiederherstellung der Betriebsbereitschaft* gehören die für die Störungsbeseitigung notwendigen Maßnahmen des Auftragnehmers, soweit nichts anderes vereinbart ist. Dies umfasst z.B. Instandsetzungsleistungen für Hardware und Pflegeleistungen für Standardsoftware* zur Beseitigung von Störungen. Letztere beinhalten z.B. die Überlassung eines für die Störungsbeseitigung notwendigen Programmstandes* für die Standardsoftware*. Bei vereinbarter Störungsbeseitigung für Standardsoftware* ist der Auftragnehmer während der Vertragslaufzeit verpflichtet, einen verfügbaren, die Störung beseitigenden Programmstand* bereitzustellen. Ist ein die Störung beseitigender Programmstand* nicht verfügbar, hat der Auftragnehmer eine Umgehungslösung* zur Verfügung zu stellen. Diese muss keine Programmierung umfassen. Ist dies unzumutbar, hat er sich beim Hersteller der Standardsoftware* für die baldmögliche Überlassung eines die Störung beseitigenden Programmstandes* einzusetzen. Auf Verlangen des Auftraggebers wird der Auftragnehmer hierüber Auskunft erteilen. Im Rahmen der Pflicht zur Bereitstellung einer Umgehungslösung* kann der Auftraggeber in der Regel keinen Eingriff in den Objekt- oder Quellcode* der Standardsoftware* verlangen.

Die Verpflichtung zur Überlassung eines Programmstandes* umfasst auch die Verpflichtung zur Einräumung von Nutzungsrechten in Art und Umfang, wie sie für die zu pflegende Standardsoftware* bestehen.

- 4.1.1 Soweit nichts anderes vereinbart ist, ist eine neue Systemkomponente* vom Auftraggeber zu übernehmen, wenn sie der Beseitigung von Störungen dient. Zur Übernahme einer neuen Systemkomponente* ist der Auftraggeber nicht verpflichtet, wenn ihm dies nicht zuzumuten ist, weil die neue Systemkomponente* wesentlich von der vereinbarten Ausführung abweicht.

Übernimmt der Auftraggeber eine neue Systemkomponente* aus diesem Grunde nicht, wird der Auftragnehmer auf Wunsch des Auftraggebers eine andere Lösung vorschlagen, sofern eine solche möglich und zumutbar ist.

Übernimmt der Auftraggeber eine neue Systemkomponente*, gilt Folgendes:

- Enthält die neue Systemkomponente* mehr Funktionalität als die im EVB-IT Systemlieferungsvertrag aufgeführte Systemkomponente* („Mehrleistung“), ist der Auftraggeber zur Zahlung einer Mehrvergütung nur verpflichtet, wenn er diese Mehrleistung nutzen will. Dazu zählt auch der Fall, dass er die Mehrleistung nutzt, obwohl er die neue Systemkomponente* auch ohne die Mehrleistung vertragsgemäß nutzen könnte, nicht jedoch der Fall, dass er die bisherige Funktionalität nur zusammen mit der Mehrleistung nutzen kann. Eine Mehrvergütung entfällt, soweit die Überlassung der neuen Systemkomponente* bereits Gegenstand der Leistungsverpflichtung gemäß Ziffer 4.3 ist.
- Entstehen ihm durch die Nutzung der neuen Systemkomponente* höhere Kosten als zuvor, gehen diese zu Lasten des Auftragnehmers. Dies gilt nicht, soweit diese höheren Kosten darauf zurückzuführen sind, dass der Auftraggeber vorhandene Mehrleistungen nutzen will. Satz 2 des ersten Aufzählungspunktes dieser Ziffer 4.1.1 gilt entsprechend.

- 4.1.2 Sind keine Servicezeiten vereinbart, gelten die Zeiträume von Montag bis Freitag von 8:00 Uhr bis 17:00 Uhr (mit Ausnahme der gesetzlichen Feiertage am Erfüllungsort) als Servicezeiten. Sind keine Reaktionszeiten* vereinbart, ist mit den Arbeiten zur Wiederherstellung der Betriebsbereitschaft* un-

verzüglich nach Zugang der Störungsmeldung innerhalb der Servicezeiten zu beginnen. Sind keine Wiederherstellungszeiten* vereinbart, sind die Arbeiten zur Wiederherstellung der Betriebsbereitschaft* in angemessener Frist innerhalb der Servicezeiten abzuschließen. Hält der Auftragnehmer vereinbarte Reaktions- und/oder Wiederherstellungszeiten* nicht ein, gerät er nach deren Überschreitung auch ohne Mahnung in Verzug, es sei denn, dass er die Fristüberschreitung nicht zu vertreten hat.

Im Falle des Verzuges kann der Auftraggeber den Ausgleich des Verzögerungsschadens verlangen. Darüber hinaus kann er die Vereinbarung zum Systemservice gemäß Nummer 7 des EVB-IT Systemlieferungsvertrages kündigen und/oder Schadensersatz statt der Leistung verlangen, wenn er dem Auftragnehmer erfolglos eine angemessene Frist zur Leistung gesetzt hat. Tritt die gleiche Störung in zeitlichem Zusammenhang nach Erklärung der Betriebsbereitschaft* wieder auf und beruht die Störung auf der gleichen Ursache, gilt sie als nicht beseitigt. Weist der Auftragnehmer nach, dass der Auftraggeber die Störung schuldhaft verursacht hat, kann der Auftragnehmer vom Auftraggeber eine angemessene Vergütung für die Störungsbeseitigung verlangen.

4.2 Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft* (vorbeugende Maßnahmen)

Zur Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft* gehören, soweit nichts anderes vereinbart ist, alle zur Vermeidung zukünftiger Störungen vereinbarten Maßnahmen des Auftragnehmers am System oder an Systemkomponenten*. Dies umfasst z.B. den regelmäßigen Austausch von Verschleißteilen und den Austausch von Baugruppen rechtzeitig vor Ende ihres Lebenszyklus. Erfasst ist auch die Überlassung von fehlerbeseitigenden Programmständen* der Standardsoftware*, soweit diese für den Auftragnehmer ohne Zahlung von Lizenzgebühren für die Nutzung durch den Auftraggeber verfügbar und zur Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft* erforderlich sind.

4.3 Überlassung von verfügbaren Programmständen* der Standardsoftware*

Ist der Auftragnehmer zur Überlassung neuer Programmstände* verpflichtet, hat der Auftragnehmer diese zu installieren, zu customizen* und in das System zu integrieren*, soweit dies für die Herbeiführung der Betriebsbereitschaft* erforderlich und nichts anderes vereinbart ist. Dies erfolgt jeweils nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung bzw., sofern sich daraus nichts ergibt, soweit zur Herbeiführung der Betriebsbereitschaft* erforderlich. Die Verpflichtung zur Überlassung von Programmständen* umfasst auch die Verpflichtung zur Einräumung von Nutzungsrechten in Art und Umfang, wie sie für die zu pflegende Standardsoftware* bestehen.

4.4 Erklärung der Betriebsbereitschaft*/Abnahme der Systemserviceleistungen

Nach Durchführung von Systemserviceleistungen am System erklärt der Auftragnehmer den erfolgreichen Abschluss der jeweiligen Arbeiten, also z.B. der Störungsbeseitigung. Liegt trotz dieser Erklärung die Betriebsbereitschaft* nicht vor, gilt die Durchführung der Systemserviceleistung nur dann als erfolgreich erbracht, wenn der Auftragnehmer nachweist, dass dies weder auf die durchgeführte Serviceleistung noch auf die ggf. zugrundeliegende Störung zurückzuführen ist. Für die Einhaltung einer vereinbarten Wiederherstellungszeit* genügt bei erfolgreicher Beseitigung einer Störung der Zeitpunkt der Erklärung der Störungsbeseitigung für die Fristwahrung. Im Einzelfall kann eine Abnahme der Systemserviceleistungen vereinbart werden.

4.5 Mängelhaftung bei Systemserviceleistungen

Sind die Systemserviceleistungen mangelhaft erbracht, gilt Ziffer 13 entsprechend. An Stelle des Rücktritts tritt das Recht auf Kündigung der Systemservicevereinbarung in Bezug auf die betroffene Leistung, es sei denn, dem Auftraggeber ist das Festhalten an der Systemservicevereinbarung insge-

samt nicht zumutbar. In diesem Fall ist der Auftraggeber zur Kündigung der Systemservicevereinbarung insgesamt berechtigt.

4.6 **Dokumentation der Systemserviceleistungen**

Der Auftragnehmer dokumentiert die durchgeführten Systemserviceleistungen in angemessener Art und Weise, soweit nichts anderes vereinbart ist.

Der Auftragnehmer wird Anpassungen und Änderungen, die aufgrund von Maßnahmen zum Systemservice gemäß Ziffer 4 an den Dokumentationen erforderlich werden, in die Dokumentationen einarbeiten, soweit nichts anderes vereinbart ist. Soweit eine Einarbeitung dem Auftragnehmer rechtlich nicht möglich ist, wird er eine entsprechende Ergänzung der Dokumentation zur Verfügung stellen.

4.7 **Laufzeit und Kündigung**

Soweit nichts anderes vereinbart ist, beginnt der Systemservice mit der Systemlieferung*.

4.7.1 Ist für den Systemservice kein Ende der jeweiligen Laufzeit im EVB-IT Systemlieferungsvertrag vereinbart, können die vertraglichen Regelungen zum Systemservice mit einer Frist von drei Monaten zum Ablauf eines Kalendermonats gekündigt werden, frühestens jedoch zum Ende einer im EVB-IT Systemlieferungsvertrag vereinbarten Mindestvertragsdauer. Im EVB-IT Systemlieferungsvertrag kann eine andere Kündigungsfrist vereinbart werden.

4.7.2 Im Übrigen können die vertraglichen Regelungen zum Systemservice von jeder Partei nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes - ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist - innerhalb einer angemessenen Zeit ab Kenntnis des Kündigungsgrundes gekündigt werden. Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn Tatsachen gegeben sind, aufgrund derer dem Kündigenden unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles und unter Abwägung der Interessen der Parteien die Fortsetzung des Vertrages nicht mehr zugemutet werden kann. Besteht der wichtige Grund in der Verletzung einer vertraglichen Pflicht, ist die Kündigung erst nach erfolglosem Ablauf einer zur Abhilfe gesetzten Frist oder nach erfolgloser Abmahnung zulässig, soweit nicht gemäß § 323 Abs. 2 BGB eine Fristsetzung entbehrlich ist.

5 **Dokumentation**

5.1 Der Auftragnehmer hat das System mit Dokumentation nach Maßgabe der Nummer 6 des EVB-IT Systemlieferungsvertrages zu liefern.

5.1.1 Die Dokumentation der Systemkomponenten* muss es dem für die Nutzung und Administration einzusetzenden Personal des Auftraggebers ermöglichen, die jeweilige Systemkomponente* nach Durchführung der vereinbarten Schulung ordnungsgemäß zu bedienen, sofern das Personal ausreichende Vorbildung und Ausbildung aufweist.

5.1.2 Der Auftragnehmer hat zudem die Leistungen gemäß Ziffer 2.3 zur Herbeiführung der Betriebsbereitschaft* so umfassend zu dokumentieren, dass die Integration* der Systemkomponenten* untereinander und mit den Beistellungen* für Fachkundige nachvollziehbar ist.

5.2 Soweit nichts anderes vereinbart ist, ist die jeweilige Dokumentation zusammen mit dem System vor der Demonstration der Betriebsbereitschaft* gemäß Ziffer 11 in deutscher Sprache in ausdrückbarer oder ausgedruckter Form zu übergeben und zu übereignen. Die Nutzung der gängigen englischen Fachbegriffe ist zulässig.

5.3 Der Auftragnehmer dokumentiert die im Rahmen der Mängelhaftung gemäß Ziffer 13 durchgeführten Maßnahmen, soweit nichts anderes vereinbart ist.

- 5.4 Der Auftragnehmer wird alle Anpassungen und Änderungen, die aufgrund von Maßnahmen im Rahmen der Mängelhaftung gemäß Ziffer 13 an den Dokumentationen erforderlich werden, in diese einarbeiten, soweit nichts anderes vereinbart ist. Soweit eine Einarbeitung dem Auftragnehmer rechtlich nicht möglich ist, wird er eine entsprechende Ergänzung der Dokumentation zur Verfügung stellen.
- 5.5 An für den Auftraggeber erstellten Dokumentationen räumt der Auftragnehmer diesem die Rechte entsprechend Ziffer 2.3.1 ein, soweit nichts anderes vereinbart ist. An allen anderen Dokumentationen räumt der Auftragnehmer dem Auftraggeber die Rechte entsprechend Ziffer 2.2 ein, soweit nichts anderes vereinbart ist. Soweit es sich um Dokumentationen zu Standardsoftware* handelt, räumt der Auftragnehmer dem Auftraggeber an diesen Dokumentationen nur Rechte in dem Umfang ein, wie dem Auftraggeber an der Standardsoftware* selbst zustehen.

6 Mitteilungspflichten des Auftragnehmers

- 6.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen, wenn Vorgaben des Auftraggebers in wesentlichem Umfang
- fehlerhaft, unvollständig oder widersprüchlich,
 - nicht wie vereinbart ausführbar,
- oder Beistellungen* oder die Systemumgebung* nicht geeignet sind, die Betriebsbereitschaft* des Systems herbeizuführen. In Bezug auf Beistellungen* und die Systemumgebung* haftet er für die Nichterfüllung dieser Pflicht nicht bei leichter Fahrlässigkeit. Sofern mit zumutbarem Aufwand möglich, hat er dem Auftraggeber gleichzeitig die ihm erkennbaren Folgen mitzuteilen und vor weiteren Maßnahmen dessen Entscheidung abzuwarten. Der Auftraggeber wird diese Entscheidung unverzüglich mitteilen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Vorgaben, Beistellungen* und Systemumgebung* nur insoweit zu untersuchen und zu prüfen, als dies zur Herbeiführung der Betriebsbereitschaft* des Systems erforderlich ist.
- 6.2 Erkennt der Auftragnehmer, dass die Datensicherungsmaßnahmen des Auftraggebers nicht einer ordnungsgemäßen Datensicherung entsprechen, hat er dies und die ihm erkennbaren Folgen dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.
- 6.3 Sofern eine Mitwirkung des Auftraggebers nicht in zwischen den Parteien abgestimmten Zeitplänen festgehalten ist, hat der Auftragnehmer den Auftraggeber so rechtzeitig auf die zu erbringende Mitwirkung hinzuweisen, dass die vereinbarte Leistungserbringung nicht gefährdet wird. Sofern eine Mitwirkung des Auftraggebers nach Auffassung des Auftragnehmers nicht oder nicht rechtzeitig oder nicht ordnungsgemäß erfolgt und diese für die vertragsgemäße Erfüllung wesentlich ist, wird der Auftragnehmer den Auftraggeber hierauf hinweisen.
- 6.4 Ist im Rahmen der Vertragserfüllung festzustellen, dass die Einhaltung von Terminen gemäß Termin- und Leistungsplan gefährdet ist, wird der Auftragnehmer den Auftraggeber hierüber unverzüglich informieren.
- 6.5 Der Auftragnehmer teilt dem Auftraggeber Kopier- oder Nutzungssperren* mit, die die vertragsgemäße Nutzung des Systems beeinträchtigen könnten.

7 Personal des Auftragnehmers, Subunternehmer

- 7.1 Der Auftragnehmer führt die Betriebsbereitschaft* des Systems durch Personal herbei, das entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen qualifiziert ist. Die Kommunikation mit dem Auftraggeber erfolgt in deutscher Sprache, soweit nichts anderes vereinbart ist.
- 7.2 Der Auftragnehmer darf für wesentliche Leistungen, für die eine Leistungserbringung durch ihn selbst vereinbart ist, Subunternehmer nur einsetzen, wenn der Auftraggeber dem zustimmt. Sind Subunternehmer vereinbart, ist die Zustimmung für deren Austausch in jedem Fall erforderlich. Eine Zustimmung wird der Auftraggeber nicht ohne sachliche Gründe verweigern; die Gründe müssen nicht mitgeteilt werden. Die Einarbeitung eines neuen Subunternehmers erfolgt auf Kosten des Auftragnehmers.

8 Vergütung

- 8.1 Der Pauschalpreis ist die einseitig nicht änderbare Gesamtvergütung, die für die Leistung nach Ziffer 1.1 geschuldet ist, soweit nicht für einzelne Leistungen eine gesonderte ggf. pauschalierte Vergütung vereinbart ist. Reisezeiten, Reise-, Neben- und Materialkosten sind im Pauschalpreis enthalten. Nachforderungen durch den Auftragnehmer sind ausgeschlossen, soweit die Parteien keine Änderung der Leistungen vereinbaren.
- 8.2 Eine im EVB-IT Systemlieferungsvertrag vereinbarte Vergütung nach Aufwand ist das Entgelt für den Zeitaufwand, soweit nichts anderes vereinbart ist. Materialkosten, Reisezeiten, Reisekosten und Nebenkosten* werden entsprechend der vertraglichen Vereinbarung vergütet. Vom Auftraggeber zu vertretende Wartezeiten des Auftragnehmers werden wie Arbeitszeiten vergütet. Der Auftragnehmer muss sich jedoch anrechnen lassen, was er durch die Nichterbringung seiner Leistung erspart oder durch anderweitige Verwendung seiner Dienste erwirbt oder zu erwerben böswillig unterlässt. Ist bei Vergütung nach Aufwand eine Obergrenze vereinbart, ist der Auftragnehmer auch bei Überschreitung dieser Grenze zur vollständigen Erbringung der vereinbarten Leistung verpflichtet. Dies gilt nicht, wenn der Auftragnehmer die Überschreitung nicht zu vertreten hat. Der Auftragnehmer ist jedoch in diesem Fall verpflichtet, die vereinbarte Leistung gegen zusätzliche Vergütung nach Aufwand zu den vereinbarten Sätzen vollständig zu erbringen, sofern der Auftraggeber dies verlangt.
- 8.3 Die Vergütung wird nach der Systemlieferung* fällig, soweit nicht im Zahlungsplan gemäß Nummer 10 des EVB-IT Systemlieferungsvertrages etwas anderes (z.B. für Teillieferungen*) vereinbart ist. Die Vergütung für den Systemservice wird monatlich nachträglich fällig, soweit nichts anderes vereinbart ist. Ziffer 8.4 Satz 2 bleibt unberührt. Ist bei vereinbarter Vergütung nach Aufwand für Systemserviceleistungen gemäß Ziffer 4.4 letzter Satz eine Abnahme vereinbart, ist diese eine weitere Fälligkeitsvoraussetzung.
- 8.4 Eine fällige Vergütung ist innerhalb von 30 Tagen nach Zugang einer prüffähigen Rechnung zu zahlen, soweit nichts anderes vereinbart ist. Dies setzt bei Vergütung nach Aufwand die Vorlage eines vom Auftragnehmer unterschriebenen Leistungs- und ggf. Materialnachweises, z.B. entsprechend Muster 2 - Leistungsnachweis Systemlieferungsvertrag – voraus.
- 8.5 Je Kalendertag wird pro Person nicht mehr als ein Tagessatz vergütet, soweit nichts anderes vereinbart ist. Ein vereinbarter Tagessatz kann nur dann in Rechnung gestellt werden, wenn mindestens acht Zeitstunden geleistet wurden. Werden weniger als acht Zeitstunden pro Tag geleistet, sind diese anteilig in Rechnung zu stellen. Ist ein Stundensatz vereinbart, werden angefangene Stunden anteilig vergütet.
- Pausen sind auszuweisen und werden nicht vergütet. Werden mehr als sechs Zeitstunden geleistet,

wird vermutet, dass der Auftragnehmer eine halbstündige Pause eingelegt hat. Dies gilt nicht, wenn der Auftragnehmer nachweist, keine Pause gemacht zu haben.

- 8.6 Ist eine Preisanpassung für Systemserviceleistungen gemäß Ziffer 4 vereinbart, die nicht im Pauschalpreis enthalten sind, gilt, falls keine anderweitige Regelung vorgesehen ist, Folgendes: Eine Erhöhung der Vergütung kann erstmalig 12 Monate nach der Systemlieferung*, weitere Erhöhungen frühestens jeweils 12 Monate nach Wirksamwerden der vorherigen Erhöhung angekündigt werden. Eine Erhöhung wird drei Monate nach der Ankündigung wirksam. Die Erhöhung hat angemessen und marktüblich zu sein und darf maximal 3% der zum Zeitpunkt der Ankündigung der Erhöhung geltenden Vergütung für die Systemserviceleistungen betragen.
- 8.7 Alle Preise verstehen sich rein netto und, soweit Umsatzsteuerpflicht besteht, zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer.

9 Verzug

- 9.1 Die Termine für die Systemlieferung* und, soweit vereinbart, Teillieferungen* sind im Termin- und Leistungsplan gem. Nummer 9 des EVB-IT Systemlieferungsvertrages festgelegt. Soweit nicht anders vereinbart, sind diese Termine verbindlich einzuhalten. Bei Verzögerungen, die der Auftragnehmer nicht zu vertreten hat, verschieben sich die von der Verzögerung betroffenen Liefertermine angemessen; sonstige Ansprüche der Parteien bleiben hiervon unberührt.
- 9.2 Wenn der Auftragnehmer einen Termin für die Systemlieferung* oder Teillieferungen* nicht einhält, kommt er ohne Mahnung in Verzug. Dies gilt nicht, wenn der Auftragnehmer die Verzögerung nicht zu vertreten hat. Der Auftraggeber kann im Fall des Verzuges den Verzögerungsschaden verlangen. Ferner kann der Auftraggeber vom EVB-IT Systemlieferungsvertrag zurücktreten und Schadensersatz statt der Leistung verlangen, wenn er dem Auftragnehmer erfolglos eine angemessene Frist zur Leistung gesetzt hat. Anstelle des Schadensersatzes statt der Leistung kann der Auftraggeber Ersatz vergeblicher Aufwendungen im Sinne von § 284 BGB verlangen. Die Fristsetzung ist in den gesetzlich genannten Fällen gem. § 281 Abs. 2, § 323 Abs. 2 BGB entbehrlich.
- 9.3 Des Weiteren ist der Auftraggeber für den Fall der Überschreitung des vereinbarten Termins für die Systemlieferung* um mehr als sieben Kalendertage berechtigt, für jeden Kalendertag, an dem sich der Auftragnehmer in Verzug befindet, eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,2 % des Auftragswertes* zu verlangen. Satz 1 gilt auch für Überschreitungen von vereinbarten Terminen für Teillieferungen*. In diesem Fall berechnet sich die Vertragsstrafe nach dem auf die Teillieferung* entfallenden Anteil am Auftragswert*. Insgesamt darf die Summe der aufgrund dieser Regelung zu zahlenden Vertragsstrafen jedoch nicht mehr als 5 % des Auftragswertes* betragen.
- 9.4 Die jeweilige Vertragsstrafe kann bis zur vollständigen Zahlung der Vergütung für die jeweilige Teillieferung* bzw. die Systemlieferung* geltend gemacht werden. Dies gilt nicht, wenn sich der Auftraggeber bei der jeweiligen Lieferung* die Vertragsstrafe trotz Aufforderung durch den Auftragnehmer nicht vorbehalten hat. Die Vertragsstrafen werden auf Schadensersatzansprüche angerechnet.

10 Mitwirkung des Auftraggebers

- 10.1 Dem Auftraggeber obliegen die in Nummer 13 des EVB-IT Systemlieferungsvertrages aufgeführten Mitwirkungsleistungen sowie die gemäß Nummer 3 des EVB-IT Systemlieferungsvertrages vereinbarten Beistellungen* und die Zurverfügungstellung der vereinbarten Systemumgebung*. Er wird dem Auftragnehmer die erforderlichen Informationen und Unterlagen aus seiner Sphäre zur Verfügung stel-

len. Der Auftraggeber wird den Mitarbeitern des Auftragnehmers Zugang zu seinen Räumlichkeiten und der dort vorhandenen informationstechnischen Infrastruktur gewähren, soweit dies zur Erbringung der Leistung erforderlich ist und die vertraglich vereinbarten persönlichen Voraussetzungen (z.B. Sicherheitsüberprüfungen nach Sicherheitsüberprüfungsgesetz - SÜG) erfüllt sind.

Kommt der Auftraggeber seinen Mitwirkungsleistungen nicht, nicht rechtzeitig oder unvollständig nach, kann der Auftragnehmer ein Angebot unterbreiten, diese Leistungen selbst anstelle des Auftraggebers zu erbringen. Sonstige Ansprüche des Auftragnehmers bleiben unberührt.

- 10.2 Der Auftraggeber hat Störungen bzw. Mängel unter Angabe der ihm bekannten und für deren Erkennung zweckdienlichen Informationen zu melden. Soweit keine andere Form der Störungsmeldung vereinbart ist, wird er diese in der Regel auf dem Störungsmeldeformular entsprechend Muster 1 vornehmen. Auf Nachfrage des Auftragnehmers hat er im Rahmen des Zumutbaren bestimmte, in seine Sphäre fallende Maßnahmen zu treffen, die eine Feststellung und Analyse der Störung bzw. des Mangels ermöglichen, z.B. notwendige, mit zumutbarem Aufwand von ihm beschaffbare einzelne technische Informationen aus seiner Sphäre bereit zu stellen.
- 10.3 Bei vereinbartem Teleservice* wird der Auftraggeber entsprechend den Festlegungen in einer Teleservicevereinbarung die notwendigen technischen Einrichtungen beim Auftraggeber bereitstellen und den Zugriff auf das System ermöglichen.
- 10.4 Die ordnungsgemäße Datensicherung obliegt dem Auftraggeber, soweit die Datensicherung nicht Bestandteil der vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen ist.
- 10.5 Bei vereinbartem Systemservice ist der Auftraggeber verpflichtet, den Auftragnehmer rechtzeitig über nicht vom Auftragnehmer vorgenommene Änderungen an den Systemkomponenten* zu informieren, sofern sich diese auf die Erbringung der vertraglichen Leistungen des Auftragnehmers auswirken. Diese Verpflichtung gilt unabhängig davon, ob der Auftraggeber zu einer solchen Änderung berechtigt ist. Der Auftraggeber ist weiterhin verpflichtet, den Auftragnehmer über Änderungen an der Systemumgebung* oder Beistellungen* zu informieren, sofern sich diese auf die vertraglichen Leistungen des Auftragnehmers auswirken. Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber über ihm bekannte nachteilige Auswirkungen dieser Änderungen unverzüglich unterrichten. Jeder Vertragspartner kann verlangen, dass der Vertrag entsprechend der Änderungen angepasst wird.
- 10.6 Der Auftraggeber wird bei auszutauschenden Systemkomponenten* oder Teilen von diesen die Datenträger entnehmen, sofern nichts anderes vereinbart ist.

11 Systemlieferung*

- 11.1 Die Systemlieferung* umfasst die Anlieferung aller vereinbarten Systemkomponenten* des Systems einschließlich der Herbeiführung und Demonstration der Betriebsbereitschaft* des Systems und weitere ggf. zur Systemlieferung* vereinbarte Leistungen. Die Demonstration umfasst die Vorführung der Ablauffähigkeit des Systems sowie, soweit dies im Systemlieferungsvertrag ausdrücklich vereinbart ist, bestimmter Funktionalitäten. Das System ist nicht geliefert, wenn der Auftraggeber die Systemlieferung* gemäß Ziffer 11.4 berechtigterweise zurückweist.
- 11.2 Sofern nichts anderes vereinbart ist, stellt der Auftraggeber erforderliche Testdaten zur Verfügung und findet die Demonstration der Betriebsbereitschaft* des Systems beim Auftraggeber und zu dessen Geschäftszeiten statt. Der Zeitpunkt der Demonstration ist mit dem Auftraggeber abzustimmen.

- 11.3 Teillieferungen* finden nur statt, wenn sie vereinbart sind. Ziffer 11.1 und 11.2 gelten entsprechend. In die Demonstration der Betriebsbereitschaft* der letzten Teillieferung* ist die Demonstration der Interoperabilität mit allen früheren Teillieferungen* einzubeziehen, soweit diese zur Herbeiführung der Betriebsbereitschaft* des Systems geschuldet wird.
- 11.4 Der Auftraggeber kann die jeweilige Lieferung* zurückweisen, sofern bis zum Abschluss der jeweiligen Lieferung* betriebsverhindernde Mängel im Sinne von Ziffer 3.1.1 und/oder betriebsbehindernde Mängel im Sinne von Ziffer 3.1.2 festgestellt werden. Das Recht auf Zurückweisung besteht auch dann, wenn der Auftragnehmer seiner Pflicht zur ordnungsgemäßen Demonstration der Betriebsbereitschaft* des Systems nicht nachkommt.
- 11.5 Die Unterzeichnung eines Lieferscheines bestätigt lediglich die räumliche Verbringung von Systemkomponenten* in den Einflussbereich des Auftraggebers, nicht aber deren Vollständigkeit oder Mangelfreiheit oder eine Systemlieferung* oder Teillieferung*.

12 Erfüllungsort, Gefahrübergang, Versand

- 12.1 Der Erfüllungsort ist beim Auftraggeber, soweit nichts anderes vereinbart ist.
- 12.2 Die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung geht mit der Systemlieferung* oder der jeweiligen Teillieferung* über.
- 12.3 Soweit nicht anders vereinbart, trägt der Auftragnehmer die Versand- und Verpackungskosten.

13 Rechte des Auftraggebers bei Mängeln des Systems (Gewährleistung)

- 13.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, das System frei von Sach- und Rechtsmängeln zu liefern. Ein Sachmangel des Systems liegt auch vor, wenn die Betriebsbereitschaft* des Systems nicht vertragsgemäß herbeigeführt worden ist.
- 13.2 Die Verjährungsfrist für Sach- und Rechtsmängelansprüche beträgt 24 Monate nach der Systemlieferung*, soweit nichts anderes vereinbart ist. Nach Ablauf von 12 Monaten der Verjährungsfrist ist, sofern sich der Auftragnehmer darauf beruft, ein Rücktritt vom EVB-IT Systemlieferungsvertrag bezogen auf die Standardsoftware* gleich aus welchem Grund ausgeschlossen. Hinsichtlich aller weiteren Leistungen bleibt das Recht zum Rücktritt unberührt, auch wenn der Rücktrittsgrund in einem Mangel der Standardsoftware* liegt. Sämtliche Sach- und Rechtsmängelansprüche verjähren in der regelmäßigen Verjährungsfrist, wenn der Auftragnehmer den Mangel arglistig verschwiegen hat. Die Verjährungsfrist endet in diesem Falle jedoch nicht vor den Fristen gemäß Satz 1 und 2.
- 13.3 Für alle Mängel an Teillieferungen* beginnt die Verjährungsfrist mit der Teillieferung*, endet jedoch erst mit dem Ablauf der Verjährungsfrist für Mängel des Systems, spätestens drei Jahre nach der jeweiligen Teillieferung*.
- 13.4 Die Mängelansprüche erstrecken sich nicht auf solche Systemkomponenten*, die der Auftraggeber oder ein Dritter ohne Zustimmung des Auftragnehmers ändert. Dies gilt nicht, wenn der Auftraggeber nachweist, dass diese Änderung für den gemeldeten Mangel nicht ursächlich ist.
- 13.5 Darüber hinaus erstrecken sich die Mängelansprüche nicht auf Standardsoftware*, die der Auftraggeber nicht in der vereinbarten Systemumgebung* einsetzt, es sei denn, der Auftraggeber weist nach, dass dieser Einsatz für den gemeldeten Mangel nicht ursächlich ist.
- 13.6 Meldet der Auftraggeber vor Ablauf der Verjährungsfrist Mängel, und verhandeln die Parteien im Sinne des § 203 BGB, ist die Verjährung gehemmt, bis der Auftragnehmer oder der Auftraggeber die Fort-

setzung der Verhandlungen verweigert. Die Verjährung tritt frühestens drei Monate nach dem Ende der Hemmung ein.

- 13.7 Eine neue Systemkomponente* ist vom Auftraggeber zu übernehmen, wenn sie der Vermeidung oder Beseitigung von Mängeln dient und der Auftragnehmer aus der Übernahme resultierende nachteilige Folgen für den Auftraggeber ebenfalls ausgleicht, wobei Ziffer 13.8 Anwendung findet. Zur Übernahme der neuen Systemkomponente* ist der Auftraggeber nicht verpflichtet, wenn ihm dies nicht zuzumuten ist, z.B. weil die neue Systemkomponente* wesentlich von der vereinbarten Ausführung oder im Hinblick auf ihre Bedienung abweicht. An neuen Programmständen* räumt der Auftragnehmer dem Auftraggeber Nutzungsrechte in Art und Umfang ein, wie sie für die gelieferte Standardsoftware* bestehen.
- 13.8 Übernimmt der Auftraggeber eine neue Systemkomponente*, gilt Folgendes:
- Enthält die neue Systemkomponente* mehr Funktionalität als die im EVB-IT Systemlieferungsvertrag aufgeführte Systemkomponente* („Mehrleistung“), ist der Auftraggeber zur Zahlung einer Mehrvergütung nur verpflichtet, wenn er diese Mehrleistung nutzen will. Dazu zählt auch der Fall, dass er die Mehrleistung nutzt, obwohl er die neue Systemkomponente* auch ohne die Mehrleistung vertragsgemäß nutzen könnte, nicht jedoch der Fall, dass er die bisherige Funktionalität nur zusammen mit der Mehrleistung nutzen kann.
 - Entstehen ihm durch die Nutzung der neuen Systemkomponente* höhere Kosten als zuvor, gehen diese zu Lasten des Auftragnehmers. Dies gilt nicht, soweit diese höheren Kosten darauf zurückzuführen sind, dass der Auftraggeber vorhandene Mehrleistungen nutzen will; Satz 2 des ersten Aufzählungspunktes dieser Ziffer 13.8 gilt entsprechend.
- 13.9 Der Auftragnehmer hat ihm bekannte Mängel unverzüglich, spätestens innerhalb einer vom Auftraggeber gesetzten angemessenen Frist, nach Wahl des Auftragnehmers durch Nachbesserung oder Neulieferung zu beheben. Handelt es sich um einen Mangel in der Standardsoftware*, kann der Auftragnehmer bis zur Überlassung eines den Mangel beseitigenden Programmstandes* eine Umgehungslösung* zur Verfügung stellen, soweit und solange dies für den Auftraggeber zumutbar ist. Die Verpflichtung des Auftragnehmers, den Mangel unverzüglich zu beseitigen, bleibt unberührt. Bei der Verletzung von Schutzrechten Dritter gilt vorrangig Ziffer 14. Der Auftragnehmer hat die zum Zwecke der Nacherfüllung erforderlichen Kosten, insbesondere Transport-, Wege-, Arbeits- und Materialkosten zu tragen. Erfolgt die Nacherfüllung durch Neulieferung entfällt der Nutzungsherausgabeanspruch des Auftragnehmers.
- 13.10 Schließt der Auftragnehmer die Mängelbehebung nicht innerhalb einer ihm gesetzten Frist erfolgreich ab, kann der Auftraggeber dem Auftragnehmer entweder eine weitere angemessene Nachfrist setzen und nach deren fruchtlosem Ablauf die Vergütung angemessen herabsetzen oder vom EVB-IT Systemlieferungsvertrag ganz oder teilweise zurücktreten. Ein Rücktritt wegen eines unerheblichen Mangels ist jedoch ausgeschlossen.
- 13.11 Der Auftraggeber kann darüber hinaus bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen Schadens- oder Aufwendungsersatz gemäß § 437 Nr. 3 BGB verlangen.
- 14 Schutzrechte* Dritter**
- 14.1 Macht ein Dritter gegenüber dem Auftraggeber Ansprüche wegen der Verletzung von Schutzrechten* durch die Nutzung der gelieferten Systemkomponenten* oder sonstige Leistungen des Auftragneh-

mers geltend und wird deren Nutzung hierdurch beeinträchtigt oder untersagt, haftet der Auftragnehmer unbeschadet der Rechte des Auftraggebers gemäß Ziffer 13 wie folgt:

- Der Auftragnehmer kann im Rahmen des Wahlrechts gemäß Ziffer 13.9 auf seine Kosten entweder die Leistungen so ändern oder ersetzen, dass sie das Schutzrecht* nicht verletzen, aber im Wesentlichen doch den vereinbarten Funktions- und Leistungsmerkmalen in für den Auftraggeber zumutbarer Weise entsprechen, oder den Auftraggeber von Ansprüchen gegenüber dem Schutzrechtsinhaber freistellen.
- Ist die Nacherfüllung dem Auftragnehmer unmöglich oder nur zu unverhältnismäßigen Bedingungen möglich, hat er das Recht, die betroffenen Leistungen gegen Erstattung der entrichteten Vergütung zurückzunehmen. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber dabei eine angemessene Auslaufzeit zu gewähren, es sein denn, dies ist nur zu unzumutbaren rechtlichen oder sonstigen Bedingungen möglich.

Die sonstigen Ansprüche des Auftraggebers z.B. auf Rücktritt, Minderung und Schadensersatz bleiben unberührt.

- 14.2 Die Parteien werden sich wechselseitig von geltend gemachten Ansprüchen Dritter unverzüglich verständigen. Der Auftraggeber wird die behauptete Schutzrechtsverletzung nicht anerkennen und jegliche Auseinandersetzung einschließlich etwaiger außergerichtlicher Regelungen entweder dem Auftragnehmer überlassen oder nur im Einvernehmen mit dem Auftragnehmer führen. Der Auftragnehmer erstattet dem Auftraggeber notwendige Verteidigungskosten und sonstige Schäden, soweit dem Auftraggeber aus Rechtsgründen die geeigneten Abwehrmaßnahmen und Vergleichsverhandlungen vorbehalten bleiben bzw. bleiben müssen. Der Auftraggeber hat in diesem Fall Anspruch auf einen Vorschuss in Höhe der geschätzten Verteidigungskosten.
- 14.3 Soweit der Auftraggeber die Schutzrechtsverletzung selbst zu vertreten hat, sind Ansprüche gegen den Auftragnehmer ausgeschlossen.

15 Haftungsbeschränkung

Sofern keine andere vertragliche Haftungsvereinbarung vorliegt, gelten für alle gesetzlichen und vertraglichen Schadens-, Freistellungs- und Aufwendungsersatzansprüche des Auftraggebers folgende Regelungen:

- 15.1 Bei leicht fahrlässigen Pflichtverletzungen wird die Haftung für den Vertrag insgesamt grundsätzlich auf den Auftragswert* beschränkt.
- Beträgt der Auftragswert* weniger als 25.000,- €, wird die Haftung auf 50.000,- € beschränkt.
 - Beträgt der Auftragswert* 25.000,- € oder mehr, aber weniger als 100.000,- €, wird die Haftung auf 100.000,- € beschränkt.
- 15.2 Die Haftung für leicht fahrlässig verursachten Verzug wird insgesamt auf 50 % der Haftungsobergrenzen gemäß Ziffer 15.1 beschränkt. Im Falle weiterer leicht fahrlässiger Pflichtverletzungen überschreitet die Haftung des Auftragnehmers für den Vertrag jedoch nicht die in Ziffer 15.1 vereinbarten Haftungsobergrenzen.
- 15.3 Die Haftungsobergrenze für leicht fahrlässige Pflichtverletzungen beim Systemservice beträgt insgesamt das Doppelte der Vergütung, die für das erste Vertragsjahr des Systemservice ohne Berücksichtigung einer etwaigen vereinbarten Reduktion wegen Mängelansprüchen zu zahlen ist.

- 15.4 Bei Verlust von Daten haftet der Auftragnehmer nur für denjenigen Aufwand, der bei ordnungsgemäßer und regelmäßiger Datensicherung durch den Auftraggeber für die Wiederherstellung der Daten erforderlich gewesen wäre. Die Beschränkung gilt nicht, wenn und soweit die Datensicherung Bestandteil der vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen ist.
- 15.5 Die Haftungsbeschränkungen gelten nicht für Ansprüche wegen Vorsatz und grober Fahrlässigkeit, bei der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, bei Arglist, soweit das Produkthaftungsgesetz zur Anwendung kommt, sowie bei einem Garantieverprechen, soweit bzgl. Letzterem nichts anderes geregelt ist.
- 15.6 Ansprüche aus entgangenem Gewinn sind ausgeschlossen, soweit in Nummer 16.3 des EVB-IT Systemlieferungsvertrages nichts anderes vereinbart ist.

16 Quellcodehinterlegung bei Standardsoftware*

- 16.1 Ist die Hinterlegung des Quellcodes* bestimmter Standardsoftware* vereinbart, erfolgt diese aufgrund der im EVB-IT Systemlieferungsvertrag aufgeführten Hinterlegungsvereinbarung bei der vereinbarten Hinterlegungsstelle. Die Hinterlegungsverpflichtung bezieht sich auf die vom Auftragnehmer auf der Grundlage des EVB-IT Systemlieferungsvertrages jeweils letzte geänderte Fassung des Quellcodes* eines überlassenen Programmstandes* einschließlich von Fehlerbeseitigungen, sofern nicht in der Hinterlegungsvereinbarung etwas anderes vereinbart wird. An sämtlichen zu hinterlegenden Fassungen des Quellcodes* von Standardsoftware* steht dem Auftraggeber das für den Fall der Herausgabe aufschiebend bedingte Recht zu, diesen zum Zwecke der Fehlerbeseitigung und zur Aufrechterhaltung der Nutzungsmöglichkeit, insbesondere im System, zu bearbeiten und daraus ausführbare neue Programmstände* zu erzeugen, an denen dem Auftraggeber wiederum dieselben Rechte wie an dem ursprünglich überlassenen Stand der Standardsoftware* zustehen.
- 16.2 Die vorgenannten Rechteeinräumungen erfolgen mit Überlassung der ausführbaren Programmstände*.
- 16.3 Ist für die hinterlegte Standardsoftware* die Überlassung neuer Programmstände* in Nummer 7.1.3 des EVB-IT Systemlieferungsvertrages vereinbart, bezieht sich die Hinterlegungsverpflichtung ebenfalls auf den jeweiligen Quellcode* der überlassenen Programmstände*.
- 16.4 Die Kosten der Hinterlegung trägt der Auftraggeber.

17 Haftpflichtversicherung

- 17.1 Soweit vereinbart, weist der Auftragnehmer bei Abschluss des EVB-IT Systemlieferungsvertrages dem Auftraggeber nach, dass er über eine im Rahmen und Umfang marktübliche Industriehaftpflichtversicherung oder eine vergleichbare Versicherung eines Versicherungsunternehmens aus einem Mitgliedsstaat der EU verfügt.
- 17.2 Der Auftragnehmer wird diesen Versicherungsschutz bis zum Ende des EVB-IT Systemlieferungsvertrages aufrechterhalten, mindestens aber bis zur Verjährung der Mängelansprüche. Kommt der Auftragnehmer dieser Verpflichtung nicht nach, ist der Auftraggeber nach erfolgloser angemessener Fristsetzung zum Rücktritt vom EVB-IT Systemlieferungsvertrag berechtigt, wenn ihm ein Festhalten am Vertrag nicht mehr zuzumuten ist. Weitergehende Ansprüche des Auftraggebers, insbesondere Schadensersatzansprüche, bleiben hiervon unberührt. Nach Systemlieferung* tritt an die Stelle des Rücktrittsrechts das Recht zur Kündigung des Systemservice.

18 Sicherheiten

- 18.1 Ist der Auftraggeber zu einer Vorauszahlung verpflichtet, übergibt der Auftragnehmer Zug um Zug gegen Leistung der Vorauszahlung eine selbstschuldnerische Bürgschaft eines in Deutschland oder einem Mitgliedstaat der EU ansässigen Kreditinstituts in Höhe der vereinbarten Vorauszahlung oder hinterlegt den Geldbetrag gemäß § 18 Nr. 5 VOL/B. Die Sicherheit dient als Sicherheit für Ansprüche des Auftraggebers auf Rückzahlung der Vorauszahlung. Die Vorauszahlungsbürgschaftsurkunde ist unverzüglich zurückzugeben, wenn der Auftragnehmer Leistungen im Wert der Vorauszahlung erbracht hat.
- 18.2 Ab einem Auftragswert* von 50.000,- € kann eine Mängelhaftungssicherheit vereinbart werden. Ist eine Mängelhaftungssicherheit vereinbart, hinterlegt der Auftragnehmer zum Zeitpunkt der Systemlieferung* bzw. soweit Teillieferung* vereinbart ist, zu dieser, den vereinbarten Geldbetrag gemäß § 18 Nr. 5 VOL/B oder übergibt dem Auftraggeber eine selbstschuldnerische Bürgschaft eines deutschen Kreditinstituts oder eines vergleichbaren Kreditinstituts aus einem Mitgliedstaat der EU in der vereinbarten Höhe. Die Mängelhaftungssicherheit beträgt 5 % des Auftragswertes*, bei Teillieferungen* des anteiligen Auftragswertes*, soweit nichts anderes vereinbart ist. Die Sicherheit dient der Absicherung sämtlicher Mängelansprüche. Sie ist unverzüglich nach Ablauf der Verjährungsfristen für sämtliche Mängelansprüche und nach Erfüllung der bis dahin nicht verjährten Mängelansprüche an den Auftragnehmer zurückzugeben.

19 Datenschutz, Geheimhaltung und Sicherheit

- 19.1 Der Auftraggeber gibt dem Auftragnehmer alle relevanten, über die gesetzlichen Regelungen hinausgehenden Sachverhalte bekannt, deren Kenntnis für ihn aus Gründen des Datenschutzes und der Geheimhaltung erforderlich ist.
- 19.2 Vor Übergabe eines Datenträgers an den Auftragnehmer stellt der Auftraggeber die Löschung schutzwürdiger Inhalte sicher, soweit nichts anderes vereinbart ist.
- 19.3 Der Auftragnehmer sorgt dafür, dass alle Personen, die von ihm mit der Bearbeitung oder Erfüllung des Vertrages betraut sind, die gesetzlichen Bestimmungen über den Datenschutz beachten. Die nach Datenschutzrecht erforderliche Verpflichtung auf das Datengeheimnis ist spätestens vor der erstmaligen Aufnahme der Tätigkeit vorzunehmen und dem Auftraggeber auf Verlangen schriftlich zu bestätigen.
- 19.4 Der Auftraggeber kann ganz oder teilweise vom EVB-IT Systemlieferungsvertrag zurücktreten, wenn der Auftragnehmer seinen Pflichten gemäß Ziffer 19.3 unter Berücksichtigung der Sachverhalte gemäß Ziffer 19.1 schuldhaft innerhalb einer gesetzten angemessenen Frist nicht nachkommt oder Datenschutzvorschriften vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt. Betreffen vorgenannte Pflichtverletzungen ausschließlich den Systemservice, tritt an die Stelle des Rücktrittsrechts das Recht zur Kündigung des Systemservices.
- 19.5 Auftraggeber und Auftragnehmer sind verpflichtet, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse vertraulich zu behandeln, insbesondere nicht an Dritte weiterzugeben oder anders als zu vertraglichen Zwecken zu verwerten. Dies gilt auch für den Erfahrungsaustausch innerhalb der öffentlichen Hand.
- 19.6 Vertrauliche Informationen sind Informationen, die ein verständiger Dritter als schützenswert ansehen würde oder die als vertraulich gekennzeichnet sind; dies können auch solche Informationen sein, die

während einer mündlichen Präsentation oder Diskussion bekannt werden. Vertrauliche Informationen dürfen ausschließlich zum Zweck der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem EVB-IT Systemlieferungsvertrag eingesetzt werden. Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit gilt nicht für Informationen, die den Parteien bereits rechtmäßig bekannt sind oder außerhalb dieses Vertrages ohne Verstoß gegen eine Vertraulichkeitsverpflichtung bekannt werden.

20 **Zurückbehaltungsrechte**

Zurückbehaltungs- und Leistungsverweigerungsrechte des Auftragnehmers sind ausgeschlossen, es sei denn, der Auftraggeber bestreitet die zugrunde liegenden Gegenansprüche nicht oder diese sind rechtskräftig festgestellt.

21 **Textform**

Soweit nichts anderes geregelt ist, bedürfen vertragliche Mitteilungen und Erklärungen mindestens der Textform. Für Mängelrügen ist der Eintrag in ein Ticketsystem ausreichend.

22 **Anwendbares Recht**

Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf (CISG*).

23 Begriffsbestimmungen

Auftragswert	Angebotspreis für die Systemlieferung* zuzüglich der Vergütung für Zusatzlieferungen*. Der Auftragswert dient lediglich zur Berechnung von Vertragsstrafen, der Haftungsobergrenzen und der Höhe der Mängelhaftungssicherheit.
Beistellungen	Beistellungen sind Komponenten außerhalb der Systemumgebung*, die der Auftraggeber zur Integration* zur Verfügung stellt.
Betriebsbereitschaft	Das System oder die Teillieferung* steht dem Auftraggeber vertragsgemäß zur Verfügung. Im Rahmen von Systemserviceleistungen bezieht sich die Betriebsbereitschaft nur auf die vereinbarten Systemkomponenten*, wenn der Systemservice nicht für das gesamte System vereinbart wird.
CISG	United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods (Übereinkommen der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf).
Customizing	Anpassen von Systemkomponenten* an die vereinbarten Anforderungen zur Systemlieferung* oder Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft* (z.B. Konfiguration von Systemkomponenten* zur Herbeiführung der Betriebsbereitschaft*).
Integration	Einbinden von Systemkomponenten* in die vereinbarte Systemumgebung* bzw. von Systemkomponenten* und Beistellungen* untereinander.
Kopier- oder Nutzungssperre	Maßnahmen zur Einschränkung der Kopierbarkeit und/oder Nutzungsmöglichkeit einer Systemkomponente*
Lieferung	Oberbegriff von Systemlieferung* und Teillieferung*
Nebenkosten	Aufwendungen des Auftragnehmers, die zur Leistungserbringung notwendig, aber weder Reisekosten noch Materialkosten sind
Patch	Behebung eines Mangels und/oder einer Störung in der Standardsoftware* ohne Eingriff in den Quellcode*
Programmstand	Oberbegriff für Patch*, Update*, Upgrade* und Release/Version*.

Quellcode	Code eines Programms in der Fassung der Programmiersprache.
Reaktionszeit	Zeitraum, innerhalb dessen der Auftragnehmer mit den Störungs- bzw. Mängelhebungsarbeiten zu beginnen hat. Der Zeitraum beginnt mit dem Zugang der Störungs- bzw. Mängelmeldung innerhalb der vereinbarten Servicezeiten und läuft während der vereinbarten Servicezeiten.
Release/Version	Neue Entwicklungsstufe einer Standardsoftware*, die sich gegenüber dem vorherigen Release* bzw. der Version* im Funktions- und/oder Datenspektrum erheblich unterscheidet (z.B. 4.5.7 → 5.0.0)
Schaden stiftende Software	Software mit nicht vereinbarter Funktion, die zumindest auch den Zweck hat, die Verfügbarkeit von Daten, Ressourcen oder Dienstleistungen, die Vertraulichkeit* von Daten oder die Integrität von Daten, zu gefährden bzw. zu beeinträchtigen, z.B. Viren, Würmer, Trojanische Pferde u.a.
Standardsoftware	Softwareprogramme, Programm-Module, Tools etc., die für die Bedürfnisse einer Mehrzahl von Kunden am Markt und nicht speziell vom Auftragnehmer für den Auftraggeber entwickelt wurden einschließlich der zugehörigen Dokumentation.
Systemkomponente	Teil des Systems, z.B. Hard- oder Standardsoftware*. Hierzu gehören auch auf der Grundlage des Vertrages überlassene neue Programmstände*.
Systemlieferung	Leistungen des Auftragnehmers gemäß Ziffer 11.1.
Systemumgebung	Technische, räumliche und fachlich organisatorische Umgebung, in die das zu liefernde System zu integrieren ist.
Schutzrechte	Gewerbliche Schutzrechte, Urheberrechte und verwandte Schutzrechte.
Teillieferung	Anlieferung eines Teils des Systems gemäß Ziffer 11.3 i. V. m. Ziffer 11.1 und Ziffer 11.2.
Teleservice	Leistungen unter Inanspruchnahme von technischen Einrichtungen zur Fernkommunikation von einem Standort außerhalb des Einsatzortes des Systems.
Umgehungslösung	Temporäre Überbrückung eines Mangels und/oder einer Störung in der Standardsoftware*.

Update	Bündelung mehrerer Mängelbehebungen und/oder Störungsbeseitigungen sowie gegebenenfalls geringfügige funktionale Verbesserungen und/oder Anpassungen der Standardsoftware* (z.B. 4.1.3 → 4.1.4).
Upgrade	Bündelung mehrerer Mängelbehebungen und/oder Störungsbeseitigungen und mehr als geringfügige funktionale Verbesserungen und/oder Anpassungen der Standardsoftware* (z.B. 4.1.3. → 4.2.0).
Version/Release	siehe Release/Version*.
Wiederherstellungszeit	Zeitraum, innerhalb dessen der Auftragnehmer die Störungsbehebungs- bzw. Mängelbehebungsarbeiten erfolgreich abzuschließen hat. Der Zeitraum beginnt mit dem Zugang der Störungs- bzw. Mängelmeldung und läuft ausschließlich während der vereinbarten Servicezeiten.
Zusatzlieferung	zusätzliche, nach Vertragsabschluss vereinbarte Lieferungen (z.B. Optionsabruf weiterer Hardware).